

## Heute in der WELT



### Wie das Ausland Deutschland sieht

Für André Fontaine, Herausgeber der Pariser Tageszeitung „Le Monde“, ist es vor allem das Gewicht Europas in der Welt, das heute das Verhältnis von Franzosen und Deutschen bestimmt. Ohne die Einheit des alten Kontinents drohe das Protektorat einer fremden Macht. Der Kern dieser Einheit sei die Vernunft der ehemaligen Erbfeinde. Diese Ehe ist solide, meint Fontaine im letzten Teil unserer Serie. Seite 5

### Asylanten in Skandinavien

Der Asylanten-Strom in viele europäische Länder hat bedrohliche Formen angenommen. In einer losen Artikelreihe schildert die WELT die Probleme unserer Nachbarn. Heute: Schweden und Dänemark. Auch die Skandinavier haben von ihrer liberalen Haltung Abschied genommen und kanalisieren ihre „Gastfreundschaft“ sehr gezielt. Seite 5

## POLITIK

**Krisenbewältigung:** In Italien hat nach dem gescheiterten Versuch des Christdemokraten Andreotti Staatspräsident Cossiga den amtierenden Ministerpräsidenten Craxi mit der Regierungsbildung beauftragt. Craxi war am 27. Juni zurückgetreten, nachdem 70 Abgeordnete gegen die eigene Regierung votiert hatten. (S. 5)

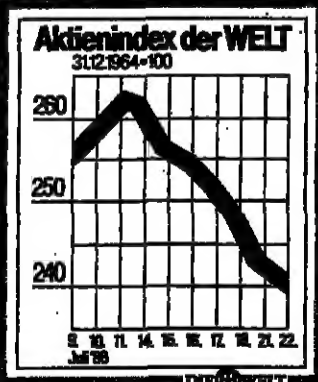
**„DDR“-Agenten:** Die Spionageabwehr hat in Kaiserslautern ein Ehepaar und einen pensionierten Major der „DDR“-Armee unter dem Verdacht der Agententätigkeit festgenommen. Die mutmaßlichen Spione sollen Geheimpläne über die US-Streitkräfte in der Pfalz verraten haben.

**Boykott:** Zwei Tage vor Beginn der Commonwealth-Spiele in Edinburgh ist die Zahl der Länder, die die Sportveranstaltungen boykottieren, auf 29 gestiegen. Damit hat sich genau die Hälfte der ursprünglich angemeldeten Mannschaften dem Sidschik-Boykott angeschlossen. (S. 5)

## WIRTSCHAFT

**Informationsmangel:** Die Sozialwahlen zur Selbstverwaltung bei Versicherungen wurden durch den Mangel an Informationen gehemmt. Die Wähler hätten über die Wahlziele der kandidierenden Organisationen zu wenig gewußt, erklärte der Bundesbeauftragte für die Sozialwahlen, Eugen Glombig. Die Sozialwahlen finden in der Bundesrepublik nur alle sechs Jahre statt. (S. 7)

**Börse:** An den Aktienmärkten blieb die Tendenz uneinheitlich. Auf der ermittelten Kursbasis kam es zu Meinungskäufen. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex: 241,64 (243,50). BHF Rentenindex: 106,958 (106,909). BHF Performance Index 105,732 (105,655). Dollar-Mittelkurs 2,1252 (2,1299) Mark. Goldpreis pro Feinunze 353,50 (353,95) Dollar.



## KULTUR

**Amadeus '86:** Mit einem Großprojekt wird im Schloss Brühl bei Köln das 200. Todesjahr von Mozart gedacht. In einer Festwoche werden die 1786 entstandenen Werke aufgeführt. Bis 1991 sollen weitere Kompositionen gespielt werden. (S. 13)

## SPORT

**Tennis:** Das deutsche Team erreichte beim Federation Cup in Prag gegen Belgien die zweite Runde. Claudia Kohde-Kilsch besiegte Sandra Wassermann 4:6, 6:1, 6:1. Steffi Graf schlug Anne Kriess 6:3, 6:1. (S. 12)

## AUS ALLER WELT

**Miß Universum:** Die 23jährige Venezolanerin Barbara Palacios (Foto) ist in Panama-Stadt zur schönsten Frau der Welt gekürt worden. Die 1,72 Meter große Schönheitskönigin arbeitet in einer Werbeagentur. (S. 14)



**Anti-Drogen-Test:** Für 24,95 Dollar können besorgte Eltern in den USA jetzt feststellen, ob ihre Kinder rauchgiftabhängig sind. Besonderheit des Verfahrens: Die Untersuchung ist zu Hause möglich. (S. 14)

**Giftbombe:** Der holländischen Nordseeküste droht eine Umweltkatastrophe. An Bord eines gesunkenen britischen Frachters befinden sich große Mengen von Blei, Cadmium und Arsen. (S. 14)

Leserbriefe und Personalien Seite 6  
Fernsehen Seite 12  
Wetter: Kühl Seite 14

# Bonn hofft jetzt auf einen Umwelt-Vertrag mit Moskau

Genscher kündigt Treffen der Ressortminister an / „Ein neues Fundament“

RMB/DW, Moskau  
Die Bundesregierung gibt die Unterzeichnung des Rahmenabkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion eine Signalwirkung für ähnliche Vereinbarungen auch mit anderen Warschauer-Pakt-Staaten. Bundesaußenminister Genscher kündigte zum Abschluß seines Besuchs in der Sowjetunion an, demnächst würden auch die Umweltminister beider Seiten zusammentreffen. Genscher und sein sowjetischer Amtskollege Eduard Schewardnadse hatten im Gästehaus des Außenministeriums ihre Unterschriften unter die Vereinbarungen gesetzt. Als zweites Bonner Regierungsglied unterzeichnete Forschungsminister Heinz Riesenhuber, der am Montag nach Moskau gereist war.

SEITE 2:  
Was Brandt und Schmidt mitliefen

Einbarungen angestrebt werden, gehören die Energieerzeugung, Biologie und Biotechnik, die Datenverarbeitung, das Verkehrswesen, Maschinenbau und Metallurgie.

Die Berücksichtigung des Umweltbundesamtes ist für Bonn von großer Bedeutung. Dem Amt, das nach der Unterzeichnung des Viermächteabkommens errichtet worden war, wurde von der Sowjetunion hartnäckig jegliche Legitimation abgesprochen. Als Vorteil der jetzt gefundenen Lösung wurde ferner die direkte Einbeziehung der Berliner Landesinstitutionen in die Zusammenarbeit bewertet. Diese Tatsache hat Gewicht, weil

Moskau an seiner Drei-Staaten-Theorie festhält. 1977 hatte der Kreml schon einmal „Entgegenkommen“ im Wege einer Protokollnotiz signalisiert. Im Unterschied zu heute bezog sich diese Offerte aber nicht auf die Bundesinstitutionen in der alten Reichshauptstadt und war daher für Bonn nicht annehmbar. Eine erste Nagelprobe der Verlässlichkeit der sowjetischen Zusagen wird das Umweltschutzabkommen zwischen Bonn und Moskau sein, bei dessen Verhandlungen die Experten des Umweltbundesamtes in Berlin einbezogen werden müssen. Offen ist jetzt noch ein Rechtschließabkommen, das allerdings kaum erreichbar scheint.

„Wir haben ein neues Blatt in den Beziehungen aufgeschlagen und ein neues Fundament für die Zusammenarbeit errichtet“, resümierte gestern Außenminister Genscher. Er will sich in Zukunft häufiger mit Schewardnadse treffen. Allerdings konnte er nicht sagen, wann Kreml-Chef Gorbatschow oder der sowjetische Außenminister in die Bundesrepublik Deutschland kommen werden.

## „DDR“-Mit Asylanten nichts zu tun

Vogel fordert Intervention Schäubles in Ost-Berlin / Heute tagt das Bundeskabinett

D. DOSE/DW, Bonn  
Die „DDR“ denkt derzeit offenbar nicht daran, den Zustrom von Asylbewerbern über den Flughafen Schönefeld nach West-Berlin einzudämmen. Das Außenministerium in Ost-Berlin erklärte gestern auf Anfrage von dpa: „Der Antwort, daß die DDR mit dem Zustrom von Asylanten nichts zu tun hat, ist nichts hinzuzufügen.“

Einen Tag, bevor das Bundeskabinett unter Leitung von Kanzler Helmut Kohl das Asylantenproblem erörtert, hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Hans-Joachim Vogel, die Bundesregierung gestern aufgefordert, in Ost-Berlin vorstellig zu werden. Vogel sagte, die Regierung wäre gut beraten, wenn sie der „DDR“ sehr bald und sehr hochrangig deutlich mache, daß die gegenwärtige Praxis das deutsch-deutsche Verhältnis belasten könnte. Dies sei ein Fall, in dem sich Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble, der die Asylkommission leitet, in die „DDR“ begeben sollte. Vogel sagte der Bundesregierung die Unterstützung der

Asylbewerbern den Zugang nach West-Berlin zu gewähren.

Kewenig kündigte an, daß das Bearbeitungsverfahren der Antragsteller beschleunigt werde, um ihren Aufenthalt in Berlin (derzeit etwa sechs bis sieben Wochen) auf zwei bis drei Wochen zu verkürzen.

Rund 40 Mitarbeiter aus den verschiedenen Berliner Verwaltungen wurden von sofort an zusätzlich eingesetzt, um die Ausländerbehörde zu verstärken. Damit soll vor allem erreicht werden, daß rund 1300 „Anträge“ von Antragstellern schnellstens erledigt werden. Weiter will der Senat sich dafür einsetzen, daß die Transporte von Asylbewerbern von Berlin in die Bundesländer häufiger als bisher stattfinden.

Sozialsenator Ulf Fink (CDU) erklärte, daß die derzeitigen Notunterkünfte, wie Turnhallen, Sportplätze und Zelte, bis Mitte August geräumt werden sollen. Man hoffe, andere Möglichkeiten zur Unterbringung der Asylanten zu finden.

## Gewinnen „Autonome“ an Einfluß?

Rebmann warnt vor der wachsenden Rolle militanter Gruppen in der Anti-Kernkraft-Bewegung

WERNER KAHLE, Karlsruhe  
Die Generalbundesanwaltschaft hat den Verdacht geäußert, daß sich militante autonome Gruppen in die Anti-Atomkraft-Bewegung eingemischt haben. Die gewalttätigen Gruppen „propagieren und verüben insbesondere auch Anschläge gegen die von ihr so genannte „Atom-Mafia“, also vor allem gegen Baufirmen, Strom-Trassen und Baugelände“, sagte Rebmann bei der Vorstellung des Tätigkeitsberichts der Bundesanwaltschaft für das erste Halbjahr 1986. Die Bundesanwaltschaft untersuche, ob es sich bei den offenbar aus autonomen Lager stammenden Gruppen um organisierte Kriminelle oder gar terroristische Vereinigungen im Sinne der Paragraphen 129 und 129a handelt. Für den Einsatz organisierter Gewaltkriminalität gerade bei den Ausschreitungen in Wackersdorf spricht nach Ansicht der obersten Strafverfolgungsbehörde, daß Erdbeben, Molotow-Cocktails, Kränze und brennbare Chemikalien befanden.

Seite 2:  
Böcke und Schote

dem Ziel eingeleitet, die Straftäter gegen Polizeibeamte dingfest zu machen.

Zur „Gefährdungslage durch Terrorismus von links“ äußerte Rebmann die Sorge, daß nach dem Mord an dem Siemens-Vorstand Professor Karl Heinz Beckurts und seinem Fahrer Eckart Groppeler mit weiteren „schweren Anschlägen der RAF-Kommandoebene“ gerechnet werden müsse. Unverändert sei das Ziel der Terroristen der „militärisch-industrielle Komplex“ (MIK) sowie der

„Repressionenapparat“. Stark gefährdet seien Unternehmen und Mitarbeiter, die in den Bereichen „SDI“, „Eu-reka“ und Kernenergie tätig seien. Prominente Repräsentanten dieser Unternehmensbereiche sollten deshalb „auf gepanzerte Fahrzeuge“ nicht verzichten.

Als Gegenleistung für die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen den in die „DDR“ zurückgekehrten Ostberliner Professor Herbert Meißner wurde Rebmann „eine Freilassung von in der DDR inhaftierten Personen begreifen“. Auf die „DDR“-Propaganda eingehend, bemerkte der Generalbundesanwalt, „wenn der Fall Meißner überhaupt eine Belastung für die deutsch-deutschen Beziehungen darstellt, dann nur deshalb, weil Meißner nach seinen Angaben mit Zustimmung der DDR-Regierung, nämlich des Ministeriums für Staatssicherheit, eine geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland ausgeübt hat“.

## Im Fall Meißner Panne mit Fernschreiben des BND

Wie es zur „Informationslücke“ im Kanzleramt kam

ms. Bonn  
Die Frage, ob es im Zusammenhang mit der Spionageaffäre um den „DDR“-Professor Meißner Informationslücken zwischen dem Bundesnachrichtendienst (BND) und dem dienstaufsichtsführenden Bundeskanzleramt in Bonn gegeben hat, richtet sich jetzt wieder an die BND-Führung. Sie hatte erklärt, nachdem Meißner nach einem Kaufhausdiebstahl in Israel aufhalten wurde, daß der BND nach Murnau gebracht worden war, das Kanzleramt über diesen Vorgang ferner schriftlich unterrichtet hat. Tatsächlich aber ist dieses Telex der BND-Führung zwar unter dem Datum 11. Juli abgefaßt, aber erst einen Tag später, am 12. Juli, um 7.15 Uhr, im Kanzleramt eingegangen. Das war an einem Samstag. Das Fernschrei-

## Dollar: Niedrigster Stand seit 1981

DW, Frankfurt/Bonn

Der amerikanische Dollar fiel gestern an den europäischen Devisenmärkten auf den niedrigsten Stand seit mehr als fünf Jahren. In Frankfurt lag der amtliche Mittelkurs mit 2,1252 Mark fast einen halben Pfennig unter dem Vortagsfixing von 2,1299 Mark. Die Deutsche Bundesbank griff nach Angaben von Händlern nicht in das Marktgeschehen ein. Der Dollar hatte zuletzt am 8. April 1981 mit 2,1233 Mark niedriger notiert als gestern.

Die Bundesregierung hat sich zur Aufwertung der Mark, vor allem gegenüber dem US-Dollar, seit Anfang 1985 positiv geäußert. In einer Analyse des Presse- und Informationsamtes heißt es, die deutschen Importpreise seien kräftig gesunken, während die Exportpreise nur wenig zurückgegangen seien. Außerdem habe die Aufwertung auch die Inflation gedämpft und weitere Zinssenkungen ermöglicht.

## DER KOMMENTAR

### Mutiger König

PETER M. RANKE

Im Krieg von 1973 kämpfte noch eine marokkanische Brigade auf Seiten der Syrer gegen Israel. Jetzt hat König Hassan den israelischen Ministerpräsidenten Peres zu Friedensgesprächen empfangen. Das erste Ergebnis steht leider schon fest: Die syrische Regierung nannte Hassan einen Verräter und brach die Beziehungen ab. Andere radikale Araberstaaten dürften folgen.

Praktisch hat König Hassan den Schritt unternommen, den man im Westen von König Hussein von Jordanien erwartet hatte: direkte Gespräche ohne die Arafat-PLO und ohne UNO-Palaver. Aber der jordanische Monarch muß Rücksichten auf die Syrer, Saudis und Iraker nehmen.

Vieles verbindet Israel und Marokko. Beide widersetzten sich künstlichen Staatsgründungen, einmal einem Palästinenser-Staat am Jordan, zum anderen einem Polisario-Staat in der Westsahara. Israel und Marokko gestatten auch ihren Bürgern, sich gegenseitig zu be-

suchen, denn Hunderttausende marokkanische Juden leben heute in Israel. Erst im letzten Jahr pflanzte die Israelis bei Jerusalem zehntausend Bäume in dankbarem Gedenken an König Mohammed V. von Marokko, den Vater Hassans. Er hatte im Zweiten Weltkrieg die Juden Marokkos vor Auslieferung an das französische Vichy-Regime und an die Deutschen geschützt.

Die Reise von Peres nach Marokko kann nur als erster Schritt gewertet werden. Schließlich wurde in Marokko bei arabischen Gipfeltreffen die PLO als „einzige Vertretung“ der Palästinenser anerkannt und der Fes-Plan mit seinen unerfüllbaren Forderungen verabschiedet. Trotzdem: König Hassan ist offenbar gewillt, im Nahost-Konflikt einen offenen, direkten Meinungsaustausch mit Israel zu beginnen.

Für einen Frieden müssen aber, wie im Fall Ägypten, die Nachbarn Israels gewonnen werden. Und da ist kein Durchbruch zu erkennen.

## Peres trifft König Hassan. Syrien bricht mit Marokko

Legt Israels Ministerpräsident neuen Friedensplan vor?

hav./DW, Jerusalem/Rabat

Israel will durch einen neuen Vorstoß offenbar Bewegung in die diplomatischen Bemühungen um einen Frieden im Nahen Osten bringen. Obwohl offiziell nichts über die Gespräche von Ministerpräsident Peres mit König Hassan II. bei seinem überraschenden Besuch in Marokko bekannt wurde, halten es Diplomaten in Rabat durchaus für möglich, daß Peres einen Friedensplan im Gepäck haben könnte.

Die Hoffnungen gründen sich auf die Aussagen des marokkanischen Königs nach dem letzten arabischen Gipfel im August 1985 in Casablanca. Damals hatte Hassan II. seine Bereitschaft zu einer Begegnung mit der israelischen Führung an die Bedingung geknüpft, daß diese „einen ernsthaften Friedensplan mit Anerkennung des palästinensischen Volkes auf sein Recht zur Selbstbestimmung und mit der Entscheidung, alle besetzten Gebiete zu räumen, beizugehen“.

Die überraschende Reise von Peres nach Marokko, selbst im israelischen Kabinett waren nur Außenminister Shamir und Verteidigungsminister Rabin informiert, hat zu heftigen Reaktionen in arabischen Ländern geführt. Syrien gab im staatlichen Rundfunk gestern den Abbruch

sämtlicher Beziehungen zu Marokko bekannt. In der Meldung hieß es weiter, alle Araber, einschließlich der Marokkaner würden „diesen schändlichen, verräterischen Akt in Verteidigung ihrer Würde und Ehre“ bekämpfen. Libyen steht in den Gesprächen einen Vorstoß gegen die Libysch-Marokkanische Union von 1984.

Der ägyptische Präsident Mubarak dagegen begrüßte die Initiative des israelischen Regierungschefs. Auch die Regierung in Washington zeigte sich befriedigt über die Peres-Reise. „Wir begrüßen alle Kontakte zwischen Israel und einem arabischen Staat“, erklärte ein Sprecher des Außenministeriums.

In Israel selbst wurde der erste öffentliche Empfang eines israelischen Ministerpräsidenten in Marokko fast ebenso sensationell aufgeführt wie die historische Jerusalem-Reise des ägyptischen Präsidenten Sadat vor neun Jahren.

Aus Marokko verlautete gestern, das erste Gespräch zwischen dem König und Peres habe am Vormittag in Ifrane im mittleren Atlas-Gebirge stattgefunden. Offiziell wurde der Besuch des israelischen Regierungschefs von den marokkanischen Behörden bis gestern mittag nicht bekanntgegeben.

## Nakasone stellt neues Kabinett vor

DW, Tokio

Der japanische Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone ist gestern mit großer Mehrheit vom Parlament als Regierungschef wiedergewählt worden.

Im Unterhaus stimmten von 512 Abgeordneten alle 304 der Liberaldemokratischen Partei (LDP) für den 68jährigen. Offen ist allerdings immer noch die Frage, wie lange Nakasone über den Ablauf seiner zweijährigen Amtszeit als Parteichef im Oktober hinaus sein Amt als Ministerpräsident behalten kann.

Unmittelbar nach seiner Bestätigung im Parlament stellte Nakasone sein Kabinett vor, das mit einer Ausnahme in allen Ressorts neue Gesichter zeigt. Nur Kanzleichef Masaharu Gotoda behielt seinen Posten.

Den bisherigen LDP-Generalsekretär Shin Kanamaru ernannte Nakasone zum stellvertretenden Regierungschef ohne Portfeuille. Neuer Finanzminister wird der bisherige Vorsitzende des Exekutivrates der regierenden Liberaldemokraten, Kiichi Miyazawa. Als Nachfolger von Shintaro Abe übernimmt Tadashi Kuramari das Außenministerium.

## Wallmann contra Düsseldorf?

by./DW, Düsseldorf

Die Ankündigung des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister Jochimsen (SPD), für den „Schnellen Brüter“ in Kalkar auf absehbare Zeit keine Betriebsgenehmigung zu erteilen, ist auf scharfe Kritik der Opposition im Landtag gestoßen. Der nordrhein-westfälische CDU-Chef Biedenkopf und die FDP warfen dem Minister vor, eine „politische Entscheidung“ anstelle von Recht und Gesetz gefällt zu haben. Biedenkopf schloß nicht aus, daß Bundesumweltminister Wallmann (CDU) die NRW-Landesregierung zur Betriebsgenehmigung für den „Schnellen Brüter“ anweisen werde. Wallmann werde bei „ordentlicher Prüfung“ die Bedenken in Düsseldorf ausräumen.

Als „angemessene Konsequenz“ aus den Erkenntnissen über das Reaktormodell SNR 300 bezeichnete der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Partmann, gegenüber dpa in Düsseldorf die Äußerungen Jochimsens. Wer Ja zu einem Versuch sage, der müsse auch den Mut haben zuzugeben, daß der Versuch gescheitert sei.

Seiten 2 und 4: Weitere Beiträge

## HOLSTEN HILFT DER NATUR.

Wir alle lieben die Schönheit unserer Natur. Wir alle müssen helfen, unsere Natur zu erhalten und zu schützen.

Die Holsten-Brauerei hat deshalb im Jahre 1984 den Holsten-Naturschutzfonds gegründet und arbeitet mit der Umweltschutz-WWF Deutschland zusammen. Ein

Beispiel: An der Wattenmeerküste wurden Salzwiesen gekauft, um

seltene Vogelarten ein ungestörtes Brutgebiet zu schaffen. So leistet Holsten einen wichtigen Bei-

trag zum Naturschutz. Holsten-Edel. Der Norden kennt seinen guten Geschmack.





# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Theaterdonner

Von Arnulf Gosch

Wieder hat der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen gewaltig auf die Pauke gehauen: Gestern war es der Hochtemperaturreaktor in Uentrop, heute ist es der Schnelle Brüter in Kalkar, dem Jochimsen die Betriebsgenehmigung verweigern will. Will er es wirklich, oder geht es ihm nur um Zeitgewinn bis zur Bundestagswahl 1987?

Ein lohnendes Geschäft für Kaffeesatzleser. Denn bisher ist nur eins sicher: Jochimsens Zungenschlag ist keineswegs identisch mit seinem Federstrich. Seine Düsseldorfer Pressekritiken – von den elektronischen Medien gewaltig ins Bild gesetzt – entsprechen überhaupt nicht den Schreiben, die der Minister praktisch gleichzeitig an seine Bonner Kollegen Riesenhuber und Wallmann und an die Bosse von RWE und KWU, Spalthoff und Barthel, verschickte. In diesen Briefen jedenfalls bot Jochimsen weitere Gespräche über Kalkar an, und die wären ja wohl überflüssig, wenn er sich bereits definitiv gegen den Schnellen Brüter festgelegt hätte.

Insofern zeigt Bonn zu Recht Gelassenheit, ganz abgesehen davon, daß bei einer endgültigen Negativentscheidung Nordrhein-Westfalens dem Bundesumweltminister immer noch die Möglichkeit gegeben wäre, im Rahmen der Auftragsverwaltung laut Artikel 85 Grundgesetz die Weisung zu erteilen, den Brüter in Gang zu setzen.

Die Meinungen über die Schnellbrüter-Technologie gehen nach wie vor weit auseinander. Es gibt sicher gute Argumente für wie auch gegen sie. Richtig ist auch, daß der SNR 300 eigentlich kein echter Brüter mehr ist, nachdem man sich bereits 1973 aus Kostengründen für eine Brutrate von 0,7 entschieden. Es würde also nicht mehr Brennstoff als eingesetzt produziert werden, sondern weniger.

Trotzdem würde die energetische Ausbeute des eingesetzten Natur-Urans um fast das Hundertfache über der bei den herkömmlichen Leichtwasserreaktoren liegen: eine gewaltige Rohstoffersparnis. Und außerdem würde sich eine Technologie weltweit schlecht verkaufen lassen, wenn sie zu Hause – aus welchen Gründen auch immer – eingemottet bliebe.

## Böcke und Schafe

Von Werner Kahl

Nach den gewalttätigen Ausschreitungen vor allem in Wackersdorf und Brokdorf hat die Generalbundesanwaltschaft Vorermittlungen eingeleitet; sie prüft alle Berichte über die Vorgänge. Augenzeugen waren schon auf den Kundgebungen der Meinung, daß dort bis an die Zähne bewaffnete kleine Gruppen zusammenwirken. In diesen Gruppen kommen nun „Strukturen“, wie sie in der Sprache der Gewalttäter bezeichnet werden, für neue Formen des Kampfes zum Ausdruck. Die Frage ist nun, ob es sich um organisierte oder gar um terroristische Vereinigungen im Sinne der Paragraphen 129 oder 129 a des Strafgesetzbuches handelt.

Dabei denken die Fachleute an „autonome Gruppen“ oder sonstige „revolutionäre“ Kleingruppen und Einzeltäter. Diese bilden um der größeren Beweglichkeit und Schlagkraft willen bewußt keine festgefügtten Organisationen, sondern rotten sich von Fall zu Fall für Aktionen zusammen. Eine schwierige Aufgabe für die Justiz, die nach Paragraph 129 a erforderlichen Struktur-Elemente nachzuweisen, die eine Strafverfolgung dieser „Guerrilla diffusa“ voraussetzt.

Symbolhaft für die organisierte Gewalt bei Massenkundgebungen erscheint die jüngste Parole: „Wir sind Chaoten. Wir wollen mit diesem Recht und Gesetz nichts zu tun haben, außer täglich dagegen anzukämpfen!“ Diese Kräfte machen sich bisher den Zuständigkeits-Deckelungen der Strafverfolger zunutze. Denn etwa achtzig Prozent der strafbaren Handlungen im Bereich politisch motivierter Brand- und Sprengstoffanschläge werden nicht vom Generalbundesanwalt, sondern dezentral von vielen Staatsanwaltschaften verfolgt. In dieser schwer überschaubaren juristischen Landschaft versucht die Bundesanwaltschaft jetzt klare Kompetenzen zu schaffen.

Für alle, die in dieser Gesellschaft mit Mißverständnissen Politik machen, stellt Generalbundesanwalt Rehmann klar, daß bei der Prüfung der Straftaten in Brokdorf und Wackersdorf das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit der friedlich Demonstrierenden, und bei diesen handelt es sich nach Auffassung Rehmanns um die „überwiegende Mehrheit“, nicht ange-tastet wird. Die oberste Strafverfolgungsbehörde geht viel mehr daran, die Böcke von den Schafen zu trennen.

## Was ans Herz geht

Von Peter Ruge

Dank Mitterand ist seit dem Nationalfeiertag am 14. Juli das Wort „Étrangère“ wieder ein Begriff im französischen politischen Vokabular. Bisher galt die Ausländerfeindlichkeit, die mit dem nahezu ungehinderten Zustrom afrikanischer Gastarbeiter anschwoll, als ein „natürliches Volksempfinden“. Der französische Präsident hat dieses Gefühl nun zur Staats-theorie erhoben: Wer als Ausländer etwa die Absicht hat, eines von fünfundsiebzehn ent-staatlichten Unternehmen in Frankreich zu kaufen, vergeht sich damit an der Nation.

Man faßt sich an den Kopf – nicht nur in der Umgebung von Jacques Chirac. Der Premierminister appellierte jetzt an die französische Wirtschaft, ihr Wachstum durch den Schritt nach Europa hinein anzustreben. Dieser Dynamismus müsse auf die EG ausgerichtet sein. Es habe keinen Sinn, vor dem Wettbewerb Schutz hinter einem nationalen Baum zu suchen. „Wir werden nur größer mit Europa“, sagte Jacques Chirac. Dies aber müsse dann auch im umgekehrten Sinne für das Engagement der europäischen Partner in Frankreich gelten.

Welche Wende: Die Gaullisten verteidigen Europa, die Sozialisten, denen traditionell ihr Internationalismus bescheinigt wird, reden nun plötzlich vom Protektionismus. So also ist das: wenn Ausländer sich in eine französische Gruppe einkaufen, dann wird Frankreich die Haut abgezogen – wenn dagegen französische Manager ihre Expansion betreiben, dann ist das eine nationale Tat.

Nichts wird in Frankreich so heiß gegessen, wie es von den Oberköchen angerührt wird. Solange die Franzosen eher ihr Geld in der Étrangère, auf ausländischen Kapitalmärkten, investieren, als es in heimische Aktien zu stecken, kann es wohl mit der Europa-Feindlichkeit nicht so weit her sein. Das ändert wohl auch nicht der Ausspruch eines früheren Finanzministers: „Nicht den Franc zu lieben, heißt Frankreich nicht zu lieben“. Der Appell, das nationale Erbe zu verteidigen, geht den Franzosen weniger zu Herzen als ihr Portefeuille – und Geld, wo immer es auch herkommt, kennt bekanntlich keine Hautfarbe.



KLAUS BÖHLE

## Kein allgemeines Fluchtrecht

Von Rupert Scholz

Die über die Bundesrepublik hereinbrechende Asylan-schwemme fordert rasches Handeln. Es gilt vor allem, sich darauf zu besinnen, daß es in Wahrheit nur in sehr seltenen Fällen um wirkliche Asylrechtsfälle, also um wirklichen Schutz vor politischer Verfolgung, und nicht um allgemeine Fluchtbe-wegungen, namentlich vor wirtschaftlicher Not, geht.

Will die Bundesrepublik nicht zum allgemeinen Einwanderungsland werden, muß sie vor allem ihr Aus-länderrecht entsprechend strenger fassen und im Bereich des Asylrechts dafür sorgen, daß mißbräuchliche In-anspruchnahmen nach Möglichkeit ausgeschlossen werden. Auf internationaler Ebene müssen nach der Grundlagen für ein gemeinsames eu-ropeisches Ausländer- und Asylrecht geschaffen werden, da die heutigen Probleme der Bundesrepublik schon morgen – diese Prognose ist nicht leicht – die Probleme ganz Westeu-ro-pas sein werden.

Des weiteren bedarf es dringend der Eindämmung des Transitmiß-brauchs, den die DDR zur Zeit in ebenso großem Maße wie die Bundes-republik gegenüber unfreundlicher Weise begeht. Die DDR ist das einzige Land Europas, das entgegen allen in-ternationalen Gepflogenheiten Transi-tivisa an Ausländer ausstellt, ohne daß diese über ein gültiges Einreise-visum der Bundesrepublik verfügen; gelegentlich werden Ausländer sogar mit gefälschten Transivisa zum Ost-berliner Flughafen Schönefeld trans-portiert und von dort nach West-Ber-lin weitergeschleust!

Gibt die DDR nicht bald diese Pra-sis auf, so wird die Frage zu stellen sein, ob entsprechende Flüchtlinge nicht an die DDR selbst zurückzu-verweisen sind, ob die DDR nicht selbst zur Asylgewährung verpflichtet ist bzw. ob in der uneingeschränkten und vorbehaltlosen Gewährung von Transivisa nicht in Wahrheit eine verkappte Aufnahme bzw. ein verkappter Schutz vor der behaupteten politischen Verfolgung liegt, der die Bundesrepublik ihrerseits ermäch-tigt, die eigene Aufnahme solcher Flüchtlinge zu verweigern.

So vielfältig jetzt die Forderung auf Änderung des verfassungsräch-tlichen Asylparagraphen Artikel 16 Grundgesetz erhoben wird, so sehr ist vor einer politischen Alibi-Debatte zu warnen. So zweckmäßig es wäre, in Artikel 16 Grundgesetz einen Geset-zesvorbehalt einzufügen, der die Ab-wehr von Mißbrauch leichter gestal-tete, so eindeutig steht schon heute fest, daß auch Artikel 16 Grundgesetz

– wie jedes andere Grundrecht – unter dem selbstverständlichen Miß-brauchsvorbehalt und damit auch vor der Möglichkeit entsprechender ge-setzlicher Vorkehrungen gegenüber Mißbrauch steht. Solche Vorkehrun-gen müssen vor allem im Rahmen des Verfahrensrechts gesucht werden!

Mehrjährige Verfahren zur Prü-fung eines Asylbegehrens sind nicht länger hinnehmbar. Länger als durchschnittlich ein Jahr darf kein Verfahren dauern. Dies bedingt er-hebliche Effektivierungsmaßnahmen im zentralen Anerkennungsverfahren in Zim-dorf wie in der Überwindung der nach wie vor bestehenden Zweispur-igkeit von Asylrecht einerseits und (allgemeinem) Ausländerrecht an-dererseits. Bei offensichtlich unbegrün-deten Asylanträgen muß schon im unmittelbaren Grenzbereich selbst eine Entscheidung möglich sein, die zur direkten Zurückweisung oder umgehenden Abschiebung des Nicht-Asylberechtigten führt.

Daß das Grundgesetz auch dem Ausländer, wie jedem Menschen, das Recht auf gerichtlichen Rechtsschutz gibt, steht dem nicht entgegen. Vor-aussetzung ist allerdings, daß der ver-waltungsgerichtliche Rechtsschutz weiter gestärkt, gegebenenfalls auf eine Instanz und die unmittelbare Entscheidung durch den Einzelrich-ter konzentriert wird. Welche Mög-lichkeiten hier bestehen, lehrt seit

kurzem das skandinavische Beispiel. Die grundgesetzliche Rechtsschutz-garantie fordert keinen mehrstufigen Gerichtsschutz. Von Ausnahmefällen abgesehen, kann der Verwaltungs-rechtsschutz auf ein erst- und damit als letztinstanzliches Verfahren be-schränkt werden. Es geht auch nicht länger an, nach jahrelangen Prü-fungs- und Gerichtsverfahren über-haupt auf die Abschiebung Nicht-Asylberechtigter faktisch zu verzich-ten.

Da die entsprechenden Flücht-lingsbewegungen häufig durch viele Länder gehen, das Zielland Bundes-republik Deutschland häufig erst auf entsprechenden Umwegen erreicht oder angestrebt wird, muß künftig ebenso konsequent wie sorgfältig ge-prüft werden, ob ein Flüchtling nicht schon in einem anderen Land Auf-nahme oder Schutz vor politischer Verfolgung gefunden hat. In diese Prüfung sind auch solche Länder ein-zubeziehen, die einem Flüchtling (zu-nächst) nur Transitberechtigungen ein-geräumt haben – wie die DDR. Wer sich wie diese so gern als „freies Transitland“ geriert, der hat auch die Frage zu beantworten, warum er nicht ein ebenso „freies Asylland“ zu sein beabsichtigt. Die Bundesrepu-blik kann jedenfalls nicht der End-punkt internationaler Flüchtlings-strome sein.

Solche Regelungen und solche Verbesserungen im materiellen Asyl- wie Ausländerrecht einerseits und im Verwaltungs- sowie Gerichtsver-fahren andererseits lassen sich sämtlich einführen. Der Bundesgesetzgeber ist hier nachdrücklich gefordert – nicht zuletzt, nachdem der Bundesrat we-sentliche Verbesserungen vorge-schlagen hat. Des weiteren sind alle Bundesländer wie die zentrale In-stanz in Zim-dorf aufgefordert, ihre Verfahren zu konzentrieren und in der vorgenannten Richtung zu be-schleunigen.

Alles dies ist nicht liberal, wie mancher so gern reklamiert. Im Ge-genteil, gerade angesichts einer Situa-tion, in der mit zahllosen Menschen in fernen Ländern in gewissenloser Weise Mißbrauch getrieben wird, in der Menschen ein angebliches Pa-radies – verborgen unter der Zaubermagel „Asyl“ – in Deutschland vorge-kaufte, wird, geht es auch darum, in wirklich verantwortlicher und huma-ner Weise solchen Tragödien rechtzei-tig vorzubeugen. Dies fordert nicht zuletzt das Prinzip vom Schutz der Menschenwürde, das an der Spitze unserer verfassungsrechtlichen Wert-ordnung steht.

## GAST-KOMMENTAR



Der Staatsrechtslehrer Professor Rupert Scholz ist Berliner Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten. FOTO: HANS HOFF

## Erreicht, was den Kanzlern Brandt und Schmidt mißlang

Ein wichtiger Erfolg der Bundesregierung in Moskau / Von Bernd Conrad

Die Bundesregierung hat einen wichtigen Erfolg errungen. Mit der Unterzeichnung des deutsch-so-wjetischen Abkommens über wissen-schaftlich-technische Zusammenar-beit ist es ihr zum ersten Mal gelun-gen, die Mitarbeiter von Berliner Bundesinstitutionen in den Aus-tausch mit dem Ostblock einzube-ziehen. Dies öffnet die Tür zu einer Ko-operation auch in anderen Bereichen unter Ein-schluß von Angehörigen des Berliner Umweltbundesamtes, das bisher vom Osten konsequent boykottiert worden war.

Die Bedeutung des Vorgangs läßt sich daran ermessen, daß um die jetzt in Moskau abgeschlossene Verein-bare dreizehn Jahre lang gerungen wurde. Als der damalige Bundes-kanzler Brandt und sein sowjetischer Partner Breschnew 1973 den Weg für ein wissenschaftlich-technisches Ab-kommen unter Einbeziehung West-Berlins auf der Basis der seitdem viel-fach verwendeten Frank-Fallin-Form freigegeben hatten, ahnte nie-mand, daß daraus weder unter

Brandt noch unter seinem Nachfolger Schmidt etwas werden würde. Aber schon bald zeigte es sich sowohl bei der wissenschaftlichen Kooperation als auch beim Kulturaustausch und der ebenfalls anvisierten Rechtshilfe, daß nicht der Grundsatz, sondern die Details einer Berlin-Regelung die Ei-nigung verhinderten.

Dabei spielten die in den Westsek-toren errichteten Behörden und Insti-tutionen des Bundes eine zentrale Rolle. Die Sowjets erkannten sie auch nach Abschluß des Viernächte-Ab-kommens nicht als statuskonform an und lehnten ihre Teilnahme an allen Austausch- und Kooperationspro-grammen mit osteuropäischen Staa-ten rigoros ab. Natürlich konnte Bonn seine eigenen Behörden nicht verneigen. Deshalb unternahm Kanzler Schmidt und sein Außenmi-nister Genscher zwar in den siebziger Jahren mehrere Anläufe, gaben aber in der entscheidenden Frage nicht nach.

Nach dem Wechsel in Bonn er-reichte Bundeskanzler Kohl 1983 bei einem Besuch im Kreml beim damali-

gen Parteichef Andropow neue Ver-handlungen. Tatsächlich kamen die Dinge wieder in Fluß, und zwar durch die schon früher in Bonn ventilierte Idee, mit Hilfe einer pragmatischen, personenbezogenen Lösung die Dif-ferenzen über die Berücksichtigung der Berliner Bundesinstitutionen zu umschiffen. Genscher konnte seinem damaligen Amtskollegen Gromyko im Mai 1984 einen konkreten Entwurf vorlegen, den dieser auch diskutabel fand. Doch dann führte die inzwi-schen abgeklühte politische Groß-wetterlage dazu, daß die Materie wie-der auf Eis gelegt wurde.

Doch Kohl gab nicht auf. Als sich vor einigen Wochen durch einen Briefwechsel mit Gorbatschow die Möglichkeit eines neuen deutsch-so-wjetischen Dialogs abzeichnete, kam er auf das vielbesprochene Projekt zurück. Die Verhandlungen wurden wieder aufgenommen und reiften nach einigem taktischen Hin und Her des Kreml im Vorfeld des Genscher-Besuches zur Unterzeichnung heran. Was dabei herauskam, mag keine ide-

## IM GESPRÄCH Siegfried Gehrke

### Der Küstenschutz

Von Rolf Tophoven

Sein Tätigkeitsfeld liegt im Schnitt-punkt von NATO und Warschauer Pakt. Denn in der Lübecker Bucht konzentriert sich der Einsatzschwerpunkt des BGS-See. Soeben hat der 50-jährige Polizeiberat im Bundesgrenzschutz, Siegfried Gehrke, im Heimathafen der seege-henden Verbände des BGS, in Neu-stadt/Holstein, das Kommando „auf der Brücke“ übernommen.

Der Chef über 570 Beamte, zwei Einsatzflottillen (zusammen acht Pa-trouillenboote) sowie eine Küstemei-nungsdienstschiff überwatcht mit sei-nen Männern die offene Seegrenze zur „DDR“ in der Lübecker Bucht. Seit 1. Januar 1985 haben sich hier die Verhältnisse grundlegend ge-ändert. Die DDR hat ihre Seegrenzen auf nahezu zwölf Seemeilen erwei-tert. Dieses reduziert den freien See-raum in der Lübecker Bucht um fast die Hälfte.

Doch Gehrke kennt das „Geschäft“ zur See. Denn an der Ostsee, wo er mit seiner Frau und der zwanzig-jährigen Tochter in Fehrbach wohnt, hat er die deutsch-deutsche Grenze täglich vor Augen. Siegfried Gehrke ist der geborene „Skipper“. In Stettin geboren, floh er 1945 nach Schles-wig-Holstein. Er wuchs in Ratzeburg auf. Nach der mittleren Reife heuerte er bei der christlichen Seefahrt an. 1963 erwarb er die Lizenz zum „Kapi-tän auf großer Fahrt“ (A-6-Patent und Diplom). Dann wurde er zum Reser-veoffizier an der Marineschule Min-derburg ausgebildet.

Als Oberleutnant zur See kam Siegfried Gehrke 1965 zum BGS nach Neustadt. In den folgenden Jahren diente er als Kommandant eines Pa-trouillenbootes und als Flottillenchef (vier Boote). Von 1977 an blühte Gehrke zwei Jahre an der Polizeifüh-rungsakademie in Flitrop. Nach be-standenem Lehrgang kam die Ernennung zum Polizeirat und zum stell-vertretenden Kommandeur BGS-See.



Umweltschützer und Grenzverletzer beobachtet: Neuer BGS-See-Chef Gehrke. FOTO: DW/WT

Gehrke legt Wert auf maritime Tra-ditionen „auch beim BGS“. Seine Flottillen stehen auf Tüchtlung mit den Booten der Grenzbrigade Küste der „DDR“. Sicherung der deutsch-deutschen Seegrenze lautet ihre Auf-gabe. Vom neuen Kommandeur wird dabei viel Fingerspitzengefühl, aber auch Entscheidungsgewalt und Durchsetzungsvermögen verlangt. Für etwas Entspannung und Aus-gleich können da vielleicht die pri-vaten Interessengebiete – Surfen, Jog-ging und Skilaufen – sorgen.

Die Aufgaben des BGS-See haben sich in den letzten Jahren stark aus-geweitet. Siegfried Gehrke weiß um diese Bürde: „Besonders die Jagd auf Umweltschützer in Ost- und Nordsee erfordert zusätzliche Kraftanstren-gungen. Was wir künftig brauchen, sind schnellere und bessere Boote.“ Ein berechtigter Wunsch des neuen ersten Mannes beim BGS-See. Doch vorerst bleibt dies Wunschdenken. Finanzminister Stoltenberg hat die „Anschaffung neuer Boote für den Seegrenzschutz“ zurückgestellt.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### HEILBRONNER STIMME

Die schwebende Wahl-Verhältnisse

(In Washington) läßt man dem Dol-metscher freien Lauf nach unten, um die US-Exportposition zu verbessern, und hat den Letztins auf sechs Pro-zent, das niedrigste Niveau seit acht-ehnhundert Jahren, zurückgenommen, um Investitions-Anreize zu geben. Jetzt will die US-Regierung die stärk-sten Partnerländer Japan und Bun-desrepublik in die Pflicht nehmen, fordert von ihnen ebenfalls Zinsen-senkungen und Maßnahmen zur stär-keren Belebung der Konjunktur, von der wiederum die USA zu profitieren hoffen. Doch in Tokio und Bonn will man die angelegene Rolle der Kon-junktur-Lokomotive nicht überneh-men.

### RHEINISCHER MERKUR

Die Rheinische Zeitung bemerkt zu Kal-der:

In Annäherung an die Grünen, de-ren Partnerschaft der Kanzlerkandi-dat Rau immer ablehnt, verkündete Jochimsen das Aus für den Schnellen Brüter von Kalkar, obwohl der Mini-ster dazu nicht das Recht hat. Nicht das Gesetz gilt, sondern es ist zu be-fürchten, daß die SPD über Kalkar nachdenkt unter der Fragestellung: Was könnte Wähler bringen? Es geht hier nicht darum, den Schnellen Brü-ter um jeden Preis zu verteidigen, sondern nur um die Frage, welche Geltung das Recht noch haben soll, wenn selbst eine Landesregierung sich nicht darum kümmert.

### NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG

Die mecklenburgische Zeitung bemerkt:

Unter Gorbatschow hat die Krennführung von Anfang an außen-

politische Akzente durch Bevorna-gung Frankreichs und Englands ge-setzt. Die Bundesrepublik wurde ins-zwischen als zweites Glied verwiesen. Für die Ab-kehrung machte Gorbatschow erneut das konsequente Bonner Eintreten für die Nachrüstung sowie die Hal-tung in den Fragen SDI und chemi-scher Waffen verantwortlich. Eine we-sentliche Ursache für die sowjetische Zurückhaltung dürfte aber auch im deutsch-deutschen Verhältnis liegen. ... Offenbar fürchtet der derzeitige Herr im Kreml eine gute deutsch-deutsche Nachbarschaft.

### BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Die Braunschweiger Zeitung bemerkt:

Die Proteste von Berliner Bürgern sollen als das genommen werden, was sie sind: als Flammenzeichen am Horizont, als möglicher Beginn einer innenpolitischen Auseinander-setzung über Asylanträge insbesondere, aber Ausländer im allgemeinen. Unsere Politiker sind gefordert, genau dies zu vermeiden. Die Bundesrepu-blik ist es der Geschichte, aber auch der Zukunft unseres Volkes schuldig, eine zugleich humane und vernunft-bezogene Lösung eines Problems zu finden, das uns in seiner heiligen Schärfe von außen aufgezungen wird.

### Schwarzröhrer Bot

Die Oberösterreichische Zeitung bemerkt:

Es darf jedenfalls nicht die Regel werden, daß die DDR mit dunklen Drohungen gegen den innerdeut-schen Reiseverkehr jeden ihrer Spio-ne freispielen kann. ... Die Bundes-regierung hat mit dieser an sich be-grüßenswerten schnellen Lösung hoffentlich keinen Musterfall ge-schaffen, auf den sie entsappte Spio-ne künftig berufen können.



# Chiracs politischer Handel mit Butter und Agenten

Am 1. August sollte der „Butter-Krieg“ ausbrechen. So hatte Paris für die Regierung in Wellington für den Fall gedroht, daß seine Agenten, die das „Greenpeace“-Schiff „Rainbow Warrior“ versenken, nicht aus der Haft entlassen würden. Ein Kompromiß, den viele Neuseeländer für einen schlimmen „Kuhhandel“ halten, scheint diesen Krieg zu verhindern.

Von PETER RUGE

Die Nachrichten überlieferten sich in Paris: Während aus Neuseeland gemeldet wurde, ein Richter habe die beiden französischen Geheimdienstagenten, die vor zehn Monaten zu zehn Jahren Haft verurteilt wurden, unter neuer Anklage für den 12. September vorgeladen, hieß es von der Südpazifikinsel Wallis, dort sei der Militärflughafen für den zivilen Luftverkehr geschlossen worden – ein Anzeichen mehr dafür, daß die Übergabe der beiden Agenten stattfinden werde.

Damit wäre die Affäre um das falsche Geheimdienst-Ehepaar Turengs aber noch nicht abgeschlossen: Major Alain Marfat (35) und seine angebliche Ehefrau, Hauptmann Dominique Priour (37), wechseln nur ihre Zellen, um als Verbannte auf ein französisches Atoll gebracht zu werden, das Eiland Hao, eine kahle Militärbasis in der Nähe von Mururoa.

Diese Pazifik-Insel ist das Symbol für die Atomkraft Frankreichs: Mururoa mit seinen unterirdischen Versuchsanlagen galt eine Protestaktion von „Greenpeace“ im letzten Som-

mer. Im neuseeländischen Hafen von Auckland lag ihr Schiff „Rainbow Warrior“ zum Auslaufen bereit, da zwischen Explosionen den Rumpf Ein „Greenpeace“-Fotograf starb, den französischen Geheimdienstchef und den Verteidigungsminister kostete es den Posten und den sozialistischen Regierungschef die Reputation. Dieses Erbe übernahm Jacques Chirac am 16. März.

Neuseelands Premier Lange erklärte danach, seine beiden Gefangenen stünden nicht „zum Verkauf“. Die öffentliche Meinung ließ Wellington kaum eine andere Wahl: Die meisten Neuseeländer standen auf der Seite von „Greenpeace“.

In Frankreich hatte das Ansehen der Staatsführung nicht etwa gelitten, weil Agenten in einem fremden Land einen Anschlag ausführten, sondern dadurch, daß sie sich nicht nur vom kleinen Neuseeland, sondern auch von den „Greenpeace“-Leuten an den Pranger stellen lassen mußten.

Kaum im Amt, begann die bürgerliche Regierung unter Jacques Chirac auf Importe aus Neuseeland den Zoll anzusetzen: Tiefgefrorene Hammelkeulen wurden für den Fleischbeschauer an der Grenze aufgetaut; in Ballen gepresste Schafswolle wurde geöffnet, so daß sich der nötige Transportraum vervielfachte. Trotz dieser Warnsignale, die Regierung in Wellington blieb dabei: Die Agenten sollten die Haft voll verbüßen.

Paris zog die Handelschraube an: Da war der Butterkrieg, den Neuseeland durch Exporte nach Europa nur noch vergrößerte. Anstatt des Überschusses in der EG an die UdSSR zu verschleudern, sollte die Einfuhr der Butter aus Neuseeland gestoppt wer-

den. Immerhin zahlen die zwölf EG-Länder pro eingeführte Tonne 2000 Dollar, pro Jahr also 160 Millionen Dollar an Wellington für 80 000 Tonnen Butter. Frankreich sondierte in der Europäischen Gemeinschaft, das Echo war positiv.

Die Aktion startete Mitte Mai: Ein neues Gesicht betrat die Szene, Rund Lubbers, der holländische Regierungschef, der zu dieser Zeit im EG-Ministerrat präsidierte. Vom Hotel Matignon, dem Amtssitz des französischen Premiers, wurde es so eingerichtet, daß Lubbers mit in der Präsidentenmaschine zum Weltwirtschaftsgipfel nach Tokio reiste. Mittlerweile hatte während des Flugs sieben Stunden Zeit, seinen Gast für den „Butter-Krieg“ zu gewinnen.

Als wenig später der neuseeländische Premier in Den Haag Station machte, erklärte Lubbers, die Gemeinschaft werde dem Butter-Veto Frankreichs nicht entgegenstehen. Der Kontrakt, sonst alle zwei Jahre fällig, laufe somit Ende Juli aus. Plötzlich zeigte sich Wellington an Verhandlungen interessiert. Jetzt ging es nur noch darum, möglichst ehrenhaft aus der Affäre herauszukommen: Mittlerweile zwischen Paris und Wellington wurde UNO-Generalsekretär Pérez de Cuellar. Drei von vier Problemen wurden sofort gelöst.

Der Entschuldigungs-Brief: Chirac erfüllte diese Bedingung, die sein Vorgänger Fabius abgelehnt hatte, ohne zu zögern.

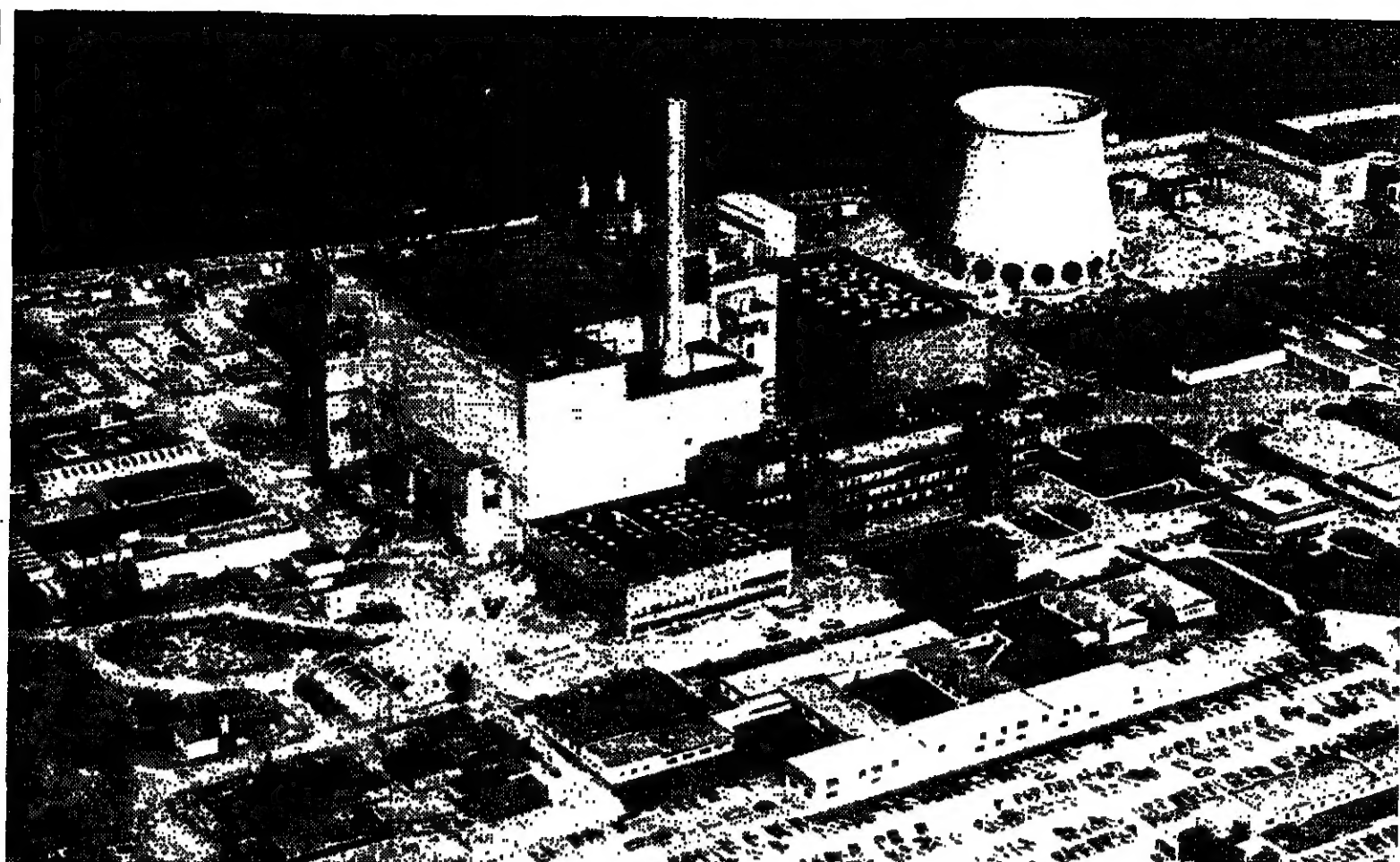
Die Wiedergutmachung: Neun Millionen Dollar wollten die Neuseeländer, vier boten die Franzosen. Der Pérez-Vorschlag von sieben Millionen Dollar wurde schließlich akzeptiert.

Der „Butter-Krieg“: Frankreich war bereit, auf ein Veto zu verzichten, allerdings nur bei Erfüllung von Punkt 4.

Der „Fall Turengs“: David Lange sperrte sich gegen eine Freilassung. So bot Paris die Atoll-Lösung an, auf drei Jahre.

Vor Journalisten in Wellington verteidigte der neuseeländische Premier seine Zustimmung mit den Worten: „Hao ist nicht der Broadway, es gibt dort keine Touristen, keine Bars, keine Restaurants. Mururoa ist nicht weit, so können die Geheimagenten die radioaktive Strahlung hautnah erleben.“ 63 Prozent der Neuseeländer wollen dennoch von diesem „Kuhhandel“ nichts wissen.

In Frankreich dagegen herrscht Erleichterung. Und Chirac hat mit sofortiger Wirkung den wirklichen Ehepaar der Agentin Dominique Priour akkommodieren lassen – nach Hao, auf das Atoll im Südpazifik.



Der „Schnelle Brüter“ bei Kalkar: Rund tausend Menschen arbeiten hier zur Zeit und fürchten, daß die Anlage zu einer gigantischen Ruine wird. FOTO: BERND KRUG, Freigabe RP Karlsruhe Nr. 21a/784

## „Das gibt hier eine Katastrophe“

Der „Schnelle Brüter“ in Kalkar ist so gut wie fertig. Doch die Landesregierung in Düsseldorf hält ihn nicht für sicher genug und will das Projekt zu den Akten legen. Daß dreizehn Jahre Arbeit und Investitionen von fast sieben Milliarden Mark umsonst gewesen sein sollen – das will man in Kalkar nicht glauben.

Von WALTER H. RUEB

Auf einer Kommode neben dem Schreibtisch des Stadtdirektors steht eine Steinplastik, darunter eine Inschrift: „Auch aus Steinen, die einem in den Weg gelegt werden, kann man Schönes bauen.“ Kalkars Verwaltungschef Rainer Jürgenliemk kann eine Aufmunterung durchaus gebrauchen.

„Wenn der Brüter nicht in Betrieb geht, gibt es hier eine Katastrophe“, befürchtet er. „Schon jetzt spüren wir wirtschaftliche Auswirkungen. Der Personalabbau drückt belastet den Arbeitsmarkt und Wohnungsmarkt, Einzelhandel sowie Hotels und Gaststätten melden Umsatzeinbußen. Wenn das auskommt, verliert Kalkar seinen größten Gewerbesteuerzahler und den zweitgrößten Arbeitgeber. Dann fehlen uns 1,2 Millionen Mark Gewerbesteuer und 15 Millionen Mark gehen an Kaufkraft verloren.“

Das niederrheinische Städtchen – 11 000 Einwohner, Zuckerfabrik, Versandeschlachthof, Landwirtschaft, ein bißchen Mittelstand und rund 1000 Mann von Bundeswehr und US-Armee – knüpft seine Hoffnungen auf eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse an den Schnellen Brüter. „Wir schleppen in unserem Gemeindehaushalt Jahr für Jahr ein Defizit mit. Zur Zeit beträgt es vier Millionen“, sagt der Stadtdirektor.

Wassergräben, Betonmauern, Metallzäune und Stacheldraht mußten jahrelang den Koloß von Kalkar vor Demonstrationen schützen. Hunderte der Polizei verwandelten die niederrheinische Idylle in ein Heerlager. Die Abwendung der SPD-Mehrheit im nordrhein-westfälischen Landtag von der Technologie des Schnellen Brüters und die drohende Verlagerung der Brennelemente sowie zum Beladen des Reaktors haben die Situation völlig verändert. Jetzt sind jene empört, verunsichert, haben Zukunftsangst, die in 13jähriger Arbeit den Schnellen Brüter fast betriebsbereit erstellt haben.

Oberbauleiter Harald Burchardt (47) von der Internationalen Natrium-Brutreaktor-Baugesellschaft (INB) grüßt: „Eine technisch motivierte Nicht-Inbetriebnahme wäre ja noch akzeptabel, eine politische jedoch nicht.“ Er verbrachte sein ganzes Berufsleben auf Baustellen von Kernenergie-Anlagen, baute das Atomkraftwerk Neckarwestheim bei Heilbronn und ein holländisches in Borssele/Zeeland. Seit neun Jahren lebt er mit Familie unweit der Mammut-Baustelle von Kalkar. „Der Generalunternehmer INB baut die Anlage schlüsselfertig und übergibt sie dem Betreiber“, sagt Burchardt. „1983 standen auf unseren Lohn- und Gehaltslisten über 3000 Leute, Ende 1985 war mit 1100 Beschäftigten der Tiefstand erreicht. Im Frühjahr dieses Jahres nahm die Beschäftigtenzahl wieder auf 1700 zu, in den vergangenen zwei Monaten sank diese schlagartig ab. Zur Zeit liegt sie bei 500. Zusammen mit den Beschäftigten der Betreiber-Gesellschaft sowie einiger Privatfirmen verdienen hier rund 1000 Menschen ihr Brot.“

Die Abnahme der Zahl der Kraftwerksbauer hat indessen nicht allein politische Gründe. „Es hängt auch mit dem fortgeschrittenen Stand der

Bauarbeiten zusammen“, erklärt der Oberbauleiter. „Vor Tschernobyl glaubten wir noch, Mitte 1986 eine Betriebsgenehmigung zu bekommen ... Als sich diese Hoffnung nach der Katastrophe als unrealistisch erwies, verminderte sich der Termindruck bei den Restarbeiten und damit die Zahl der eingesetzten Beschäftigten.“

Was diese Mitarbeiter über sich, ihre Arbeit und ihr Werk täglich in Radio und Fernsehen hören und in Zeitungen lesen müßten, sei frustrierend und raube vielen jegliche Motivation, sagt Burchardt. „Es ist ungerecht, wie hervorragende Fachleute abqualifiziert werden. Viele sind total verunsichert. Am schlimmsten tönt es aus dem WDR. Er wird hier nur westdeutscher Rottfunk genannt ... Trotz allem aber geben wir die Hoffnung nicht auf, daß die Beschlüsse des Landtages von Düsseldorf im Papierkorb landen – schließlich ist das Atomgesetz Bundesgesetz.“

Ähnlich äußert sich der 33jährige Johannes Truttmann. „Die Landesregierung treibt mit uns ein Katz- und Maus-Spiel, kommt stets mit neuen Forderungen und Auflagen in Sachen Sicherheit ... Doch ich hoffe auf einen Sieg der Bonner Regierungskoalition bei den Wahlen im Januar – obwohl ich SPD-Mitglied bin.“

Der blonde Diplomingenieur der Informatik glaubte an berufliches

be er nicht. „Aber ich will nicht ständig meinen Standort wechseln – sonst hätte ich mir ja gleich einen Wohnwagen kaufen können.“

Franko gehört der Schnell-Brüter-Kernkraftwerks-Gesellschaft mbH (SBK) an. „Wir beschäftigen hier knapp 300 Personen“, gibt Kraftwerksdirektor Werner Koop Auskunft. „Es ist bedrückend, daß wir den Mitarbeitern nicht sagen können, wie es weitergeht ... Fest steht im Moment nur dies: Düsseldorf will uns aushungern ... Doch wir zählen auf Bonn. Zuschüsse sind bereits zugesagt. Wir hoffen zu überleben.“

Der 50jährige Diplomingenieur ist guter Mutes. „Ich habe mein ganzes Leben auf diese Technik aufgebaut“, erzählt er. „1955 machte ich Abitur – zu der Zeit, als Amerikas Präsident Eisenhower die Lösung Atom for Peace ausgab ... Ende der 60er Jahre arbeitete ich im Kernforschungszentrum Karlsruhe, ein paar Türen vom jetzt ermordeten Siemens-Manager Beckurts entfernt ... Seit 1978 bin ich Bürger von Kalkar. Niemals erlebte ich Anfeindungen. Die Kinder haben hier Abitur gemacht, ich gehe mit dem Stadtdirektor, Apotheker, Schulleiter kugeln. Im Herbst 1985 habe ich ein Grundstück gekauft. Darauf will ich bauen. Ich vertraue

Er ist in der Gegend geboren und aufgewachsen. Er schimpft: „Die heftigsten Gegner der Kernenergie sind jene, die von weit her kommen.“ Sein Stellvertreter Michael Kleineberg (38) wechselte aus dem nahen Rees nach Kalkar. „Vorher war ich Kfz-Mechaniker“, sagt der Vater von vier Kindern. „Ich kam in der Hoffnung hierher, die Zukunft meiner Familie sichern zu können. Jetzt bekomme ich vielleicht Probleme bei der Abzahlung meines Hauses. Es empört mich, wie die Politiker mit uns umspringen.“

André Arntz (34) ist der Benjamin der Werkfeuerwehr. Er ist ledig und will es vorerst auch bleiben. „Man weiß ja nicht, was kommt“, sagt der gelernte Kfz-Mechaniker. „Ich würde mir gerne ein Haus kaufen und heiraten. Die gegenwärtige Lage aber hält mich davon ab, dies zu tun. Ich will noch etwas warten.“

Am heftigsten kritisieren zwei Männer in weißen Kitteln den Sinneswandel der SPD in Düsseldorf. Maschinenbau-Ingenieur Ernst Grolle (42) empört sich: „Alles ist fertig, da kommt eine Partei daher und verweigert eine Anlage die Betriebsgenehmigung, die sicher ist wie keine andere.“ Sein 39jähriger Kollege Rainer Strauch, Bauleiter in der Starkstromtechnik, äußert seinen Unmut über die „fadenscheinige Begründung“. Selbst wenn die Anlage am Ende



Warten auf den Reaktorkern: Die Ingenieure Ernst Grolle (li.) und Rainer Strauch gewähren einen Blick in das Herz des Brüters. In dieses Reaktorgehäuse kommt – oder auch nicht – der atomare Brennstoff. FOTO: RUEB

Glück, als er vor dreieinhalb Jahren an den Niederrhein zog, ein Haus kaufte und in Kalkar bei der INB anheuerte. Er lächelt gequält und verortet: „Wir haben ein Kind, im August kommt das zweite. Doch unsere Zukunft ist ungewiß. Aber ich bin zum Kampf entschlossen. Deshalb trat ich vor kurzer Zeit in die SPD ein. Man kann doch nicht alles widerspruchsvoll hinhimmeln und akzeptieren, daß Lehrer und Sozialarbeiter in der Partei die Weichen stellen für Gesetze, die die technische Welt betreffen.“

Nicht Zukunftsangst, sondern Verärgerung bestimmt die Einstellung von Ingenieur Herbert Franke. Der Vierzigjährige wechselte 1985 vom stillgelegten Versuch-Atomkraftwerk Kahl bei Hanau nach Kalkar, übertrug seine Schweißergewerkschaft, aus Bremerhaven wegzuziehen und mit ihm zusammen am Niederrhein ein Haus zu kaufen. „Die Ungewißheit ist groß“, stellt der bärtige Mann, Vater von zwei Kindern, fest. „Bis jetzt aber beruht mir die gegenwärtige Situation keine schlaflosen Nächte. Doch selbst als SPD-Wähler vermag ich der Energiepolitik der Partei nicht zu folgen.“ Angst um den Arbeitsplatz ha-

darf, daß wir im Januar 1987 gut über die Wahlhürde kommen.“

So optimistisch wie sein Chef ist der 41jährige Maschinenbaumeister und stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Karl Haskes nicht. „Niemand weiß, wie es ausgeht“, sagt Haskes. „Von der Belegschaft sind nur 14 Mann in der ÖTV. Wir fühlen uns durch die Gewerkschaft nicht gut vertreten. Die meisten Mitarbeiter können nur auf die Inbetriebnahme des Brüters hoffen. Wir leben seit Jahren in großer Ungewißheit – von Wahl zu Wahl. Oft ist es fast unerträglich.“

Freudlos stapft Haskes, Hausbesitzer im nahen Goch, Vater von drei Kindern und überzeugter Gewerkschafter, über das weite Gelände des Atomkraftwerks. Auf Schritt und Tritt begegnet man Mauern, Malern, Elektrikern, Installateuren. Sie liegen in der „Festung“ letzte Hand an. Aus dem 90 Meter hohen Schornstein aber steigt kein Rauch. Am meisten aber herrscht in der Werkschutzabteilung am Eingang, denn der Andrang ist in diesen Tagen groß.

Einsatzbereit ist auch die Werkfeuerwehr. Leo Kösters (40) ist ihr Chef.

doch noch in Betrieb gehe, sei der Kostenschub „durch die Verzögerung im Augenblick, wo nur noch das 1-Tüpfelchen fehle, eine Sauererei.“

Das Engagement der beiden Techniker wird bei einem Rundgang durch das 40 Meter hohe, gegen Erdbeben und Flugzeugabstürze gesicherte Hauptgebäude spürbar. Sie kennen jeden Winkel, bewegen sich durch die Treppenhäuser, Räume, Schleusen und schließlich rund um den Rand des noch nicht besetzten Reaktors wie Gläubige in einer Kathedrale. Ihre Mienen sind ernst und scheinen die Sorge auszudrücken, daß das Werk als teuerste Baustelle oder als kostspieligstes Museum einer ungeliebten Technik in die Geschichte eingehen könnte.

Das befürchtet Kalkars Stadtdirektor Rainer Jürgenliemk nicht. „Ich glaube, daß nach den Bundtagswahlen 1987 eine für den Schnellen Brüter positive Entscheidung getroffen wird“, sagt der Verwaltungschef. „Ich bin optimistisch, daß in Bonn die jetzigen Mehrheitsverhältnisse bestehen bleiben und daß von dort die Betriebsgenehmigung kommen wird.“

## Der Michel in kleiner Münze

Der Hamburger Michel, das Wahrzeichen der Hansestadt, wird 200 Jahre alt. Turm und Gotteshaus werden zum Jubiläum renoviert. Die Kosten soll teilweise der Erlös von 200 000 Gedenkmünzen decken, die im August aus dem Kupferdach des Turmes geprägt werden.

Von HERBERT SCHÜTTE

Als Ernst Georg Sonnin, der Baumeister von St. Michaelis, 1786 sein „Lebenswerk“ vollendete, wurde der Turm wegen seiner 132 Meter Höhe, seiner Massivität und Schönheit sofort in ganz Europa bewundert – er war fortan das Wahrzeichen der Stadt. Hunderttausende von Besuchern kommen jedes Jahr in das riesige evangelische Barock-Gotteshaus oder führen zum Turm hinauf. Viele Touristen – so erfährt Hauptpastor Hans-Jürgen Quest – wundern sich, daß die Kirche „noch arbeitet“, daß der Michel eine wirkliche Kirche ist, nicht eine „Konzert-Kirche“, in der höchstens bei besonderen festlichen Anlässen auch Gottesdienste gehalten werden. Quest diagnostiziert bei den Hamburgern so etwas wie eine „Rückkehr zu den Kathedralen“.

Nach dem Aderlaß durch zahlreiche neue Gemeinde-Gründungen in den Außenbezirken hat nach seiner Meinung eine Rückbesinnung eingesetzt. St. Michaelis ist heute die Kir-

che, in der man sich gern trauen oder sein Kind taufen läßt. Der Turm verhilft zur Zeit sein Haupt – das Kupferdach und die Säulen der Aussegnungstafel werden erneuert. Die Kirche hat zudem Risse im Schiff, die so groß sind, daß Quest nach eigenen Worten seine „Hand durch die Mauern stecken kann“.

Den Finanzbedarf für die Renovierung von Turm und Kirche schätzt Quest bis Ende der neunziger Jahre auf zehn Millionen Mark. Die ganze Offenlegung der Schäden und das vollständige Renovierungsprogramm wäre ohne den Eingriff eines fernen Helfers nicht zustande gekommen. Er ist der große Unbekannte, den bisher nur ein Mitglied des Kirchenamtes, der Leiter der Bauabteilung, Cornelius Nissle, gesehen hat.

Quest hat die Existenz dieses ehemaligen Hamburger Bürgers nur auf dem Kirchenkonto festgestellt: Vier Millionen Mark gingen dort ein. Die Dankesgabe eines Menschen, der den Wunsch geäußert hat, daß das Inkognito erst nach seinem Tode gelüftet werden soll. Er teilte lediglich mit, daß er in dieser Kirche eine „wegweisende Ausrichtung für sein Leben“ erfahren habe. Quest hofft dennoch, daß der großzügige Geber den Schleier der Anonymität noch freiwillig zerreißt. Er hat den Millionen-Spender zum Turm-Jubiläum am 31. Oktober eingeladen. „Ich vermute, er ist ein Mann von Ende sechzig“, meint der Hauptpastor.

Bei dem Jubiläums-Festakt werden der Bischof Peter Kruschke und Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) über ein Thema sprechen, das im letzten Jahr intensiv von der EKD-Synode beraten worden war: „Das Verhältnis von Staat und Kirche in der Demokratie“. Einen Tag später verkünden europäische Turner Gottes Lob vom Balkon des Rathauses: Zum „Tag der Turner“ kommen Bürger aus ganz Europa, von Basel bis Krakau und von Dresden bis Stralsburg, um mit Chorleuten diesen Festtag zu begehen.

Geblasen wird noch heute. Zweimal täglich richtet der Turmer Hans-Henrich Fiedler seine Trompete in alle vier Himmelsrichtungen. Inzwischen ist dieser Choral sogar ein Termin für Touristenbusse geworden, die sich um den Michel postieren. Die Hauptkirche – zu der vor hundert Jahren 60 000 Gemeinde-Mitglieder gehörten, heute sind es nur noch 7000 – hat nach Quests Worten eine „Wächter-Funktion“ in der Hansestadt: „Es gibt einen Michel-Mythos“, der sich volkstümlich in Seemannsliedern und Schlegeln ausdrückt.

Jeden Sonntag kommen im Schnitt 500 Besucher zum Gottesdienst, an Festtagen sind es zwischen 1200 und 2000. Nirgendwo sonst in der „heidnischen Hochburg“ Hamburg lauschen so viele Menschen der Botschaft. Über 18 Jahre predigte hier Helmut Thielicke, jedesmal war St. Michaelis voll besetzt.



Zwanzig Mark wird die Michel-Kupfermünze kosten, die den Baumeister Sonnin und sein Werk zeigt. FOTO: DIE WELT



## Hochbegabte deutsche „Olympioniken“

P.F.R. Bonn

Bei den „Internationalen Schülerolympiaden“ schnitten die Teilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland gut ab. Im Fach Mathematik, an dem sich 210 Oberschüler aus 37 Ländern beteiligten, errang die deutsche Mannschaft mit zwei Gold- und vier Silbermedaillen in der Gesamtwertung Platz drei, hinter den USA und der UdSSR, die sich den ersten Platz punktgleich teilten. Sie verbesserte sich damit gegenüber dem Vorjahr um vier Ränge. In der „Chemieolympiade“ waren die Teilnehmer aus der Bundesrepublik mit einer Gold-, zwei Silber- und einer Bronzemedaille erfolgreich. Auch hier belegten sie Platz drei in der Mannschaftswertung, hinter Polen und den Niederlanden. Bei der „Physikolympiade“ gab es für die Deutschen drei Silbermedaillen; das reichte in der Gesamtwertung für Platz fünf. Der Mathematik-Wettbewerb fand in Warschau statt, der Chemie-Wettbewerb in Leiden/Niederlande, der Physik-Wettbewerb in Harrow/Großbritannien. Auf einem Empfang für die „Olympioniken“ im Bundes-

## Stuttgart will gegen Schlepper von Asylbewerbern hart durchgreifen

Polizei bildet Ermittlungsgruppen / Innenminister Schlee fordert schärfere Gesetze

HARALD GÜNTHER, Stuttgart In der Tätigkeit professioneller Schlepperorganisationen sieht Baden-Württemberg Innenminister Dietmar Schlee (CDU) „eine der Hauptursachen für den vermehrten Mißbrauch des Asylrechts“. Gegenüber der WELT forderte Schlee daher gestern ein „konsequenteres Vorgehen“ gegen das Schlepperunwesen. Baden-Württemberg habe inzwischen an verschiedenen Brennpunkten im Großraum Stuttgart sowie in den Gebieten um Mannheim und Karlsruhe spezielle Ermittlungsgruppen der Polizei gebildet. Außerdem sollen im grenznahen Bereich Schwerpunktkontrollen in Zusammenarbeit mit dem Zoll, dem Bundesgrenzschutz und den zuständigen Ausländerbehörden vorgenommen werden, um professionellen Schleppern das Handwerk zu legen.

### Kontrollen auf Baustellen und bei Erntearbeitern

Das polizeiliche Interesse gilt dabei nicht nur dem Grenzverkehr von Asylbewerbern. Auch der Einschleppung illegaler Arbeitskräfte will Schlee auf diesem Weg begegnen. So sollen die Ermittlungsgruppen, deren Zahl und Standort geheim gehalten werden, systematisch Baustellen, Erntebetriebe und Transportunternehmen kontrollieren. In einem Fall wurden sie inzwischen fündig. So hatte eine Schlepperorganisation einem Unternehmen im Kreis Schwäbisch Hall elf Jugoslawen als Erntehelfer vermittelt, die gegen einen Stundenlohn von 3,50 Mark als Schwarzarbeiter beschäftigt wurden. Später kamen noch 13 Polen dazu. Streitigkeiten zwischen den Arbeitern begünstigten die Aufdeckung dieser Art von Menschenhandel, der laut Schlee „unserer Volkswirtschaft großen Schaden zufügt“.

Ein Hindernis bei der Bekämpfung des Schlepper- und Schlepperunwesens sieht Baden-Württemberg Innenminister in den „unzureichenden Strafbestimmungen“. So scheiterte die Beweisführung häufig, weil nicht zu belegen sei, daß der Schlepper für seine Dienste bezahlt wurde. Schlee begrüßte ausdrücklich Pläne der Bonner Koalitionsfraktionen, wonach die Einschleppung von Asylbewerbern oder illegalen Arbeitskräften unabhängig von etwaigen Vermögensvorteilen unter Strafe gestellt werden sollten.

Unterdessen spitzt sich auch in Baden-Württemberg das Asylantragsproblem zu. Konsequenz: Alle Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern werden zwischen September und Dezember per Zwangszuweisung noch einmal rund 5000 Asylbewerber aufnehmen müssen. Somit erhöht sich deren Aufnahmequote von bisher 2,9 auf 3,7 Asylbewerber pro tausend Einwohner. Im Jahr darauf trifft es dann auch die kleineren Orte. So will die Landesregierung unmittelbar nach der Sommerpause eine Änderung des bisherigen Zuweisungsgesetzes beschließen, die darauf hinausläuft, vom 1. Januar 1987 an, grundsätzlich

alle Gemeinden zur Aufnahme von Asylbewerbern zu verpflichten. Insgesamt sind in den letzten zehn bis zwölf Monaten rund 11 000 Asylbewerber auf die Kommunen verteilt worden. Viele, darunter auch Großstädte wie Stuttgart, sind an der Grenze ihrer Möglichkeiten angelangt.

### 66 Millionen Mark im Jahr 1985 für Asylanter

Deshalb bemüht sich die Landesregierung neuerdings wieder um einen Ausbau ihres Netzes staatlicher Sammelunterkünfte. Bisher unterhält das Land 22 Heime mit rund 4400 Wohnplätzen. Drei weitere Sammelheime mit zusammen 190 Plätzen stehen unter der Obhut der Caritas. Alles in allem beherbergt Baden-Württemberg derzeit über 100 000 politische Flüchtlinge oder Asylbewerber. 6510 Neuzugänge verzeichnete das Stuttgarter Innenministerium allein in der ersten Hälfte 1986. Das sind 40 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die damit verbundenen Kosten sind enorm: 1985 mußte das Land für Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber insgesamt gut 66 Millionen Mark aufbringen. Dieser Ausgabenposten wird im laufenden Jahr deutlich ansteigen, nachdem das Kabinett Späth im März beschlossen hatte, den Städten und Gemeinden weitere Sozialleistungen bei der Versorgung der ihnen zugewiesenen Asylbewerber abzunehmen.

## Kohl-Plädoyer für Zeitungs-Vielfalt

dpa, Bonn

Die Vielfalt der deutschen Zeitungslandschaft zu erhalten, ist nach den Worten von Bundeskanzler Helmut Kohl vorrangiges medienpolitisches Ziel der Bundesregierung. In einem Gespräch mit dem Präsidium des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger betonte der Kanzler die besondere Bedeutung der mittleren und kleinen Presseunternehmen. Einzigkeit bestand darin, daß es den Zeitungsverlegern ermöglicht werden müsse, sich im Hörfunk und Fernsehen zu betätigen. Dies sei angesichts der immer größeren Bedeutung der Funkmedien unerlässlich, denn nur so könnten die wirtschaftliche Grundlage und somit die publizistische Unabhängigkeit der Verlage gewahrt werden. Dieser Grundsatz müsse auch für die notwendigen europäischen Regelungen gelten.

## „Haltung zu Hupka wirkt auf die Wahl“

dpa, Bonn

Mit „Bestürzung und Empörung“ hat die Landsmannschaft Schlesien darauf reagiert, daß ihrem Vorsitzenden Herbert Hupka von der nordrhein-westfälischen CDU kein sicherer Listenplatz für die Bundestagswahl im Januar 1987 gegeben wurde. Die „Verbitterung“ unter den Schlesiern und unter Mitbürgern, die sich um die Zukunft ganz Deutschlands sorgen, werde sich im Wahlverhalten niederschlagen. Die CDU müsse wissen, ob sie die Wahl verlieren, oder für alle Gruppen des Volkes und zugleich in nationaler Verantwortung für ganz Deutschland handeln wolle. Trotz Fürsprache des Bundeskanzlers war Hupka in der NRW-Landesliste nur der aussichtslose Platz 44 zugesprochen worden. Den lehnte er ab. Nun wird versucht, ihn über die niedersächsische Landesliste abzuschicken.

## „DDR“-Kurznote zum Fall Meißner

AP, Berlin

Ohne jegliche Hinweise auf die Hintergründe der Affäre Meißner haben die Zeitungen der „DDR“ in einer nur wenige Zeilen umfassenden Note über die Rückkehr des Wirtschaftswissenschaftlers berichtet. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ veröffentlichte auf der zweiten Seite eine knappe Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur ADN, wonach Meißner „entsprechend dem Ersuchen der DDR auf ungehinderte Rückkehr“ seit Montag nachmittags wieder in der Deutschen Demokratischen Republik ist. Meißner war nach sechsstägigem Aufenthalt in der Bonner Vertretung der „DDR“ nach Ost-Berlin zurückgekehrt. Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hatte aus „öffentlichen Interessen“ auf die weitere Strafverfolgung des mutmaßlichen Spions verzichtet.

## Bayerns Polizei befürchtet einen „heißen Sommer“

Bereits 24 Brandanschläge gegen Banken und Firmen / An Wackersdorf beteiligte Firmen auf „schwarzer Liste“

PETER SCHMALZ, München Bayerische Sicherheitsbehörden sind besorgt über die zunehmende Zahl von Brandanschlägen, die meist in einem erkennbaren oder unmittelbaren Zusammenhang mit dem Bau der Wiederaufarbeitungsanlage stehen. „Wir müssen befürchten, daß militante Atomgegner einen heißen Sommer entzünden wollen“, meinte Innenstaatssekretär Heinz Rosenbauer gestern gegenüber der WELT. Allein auf Firmen, die am Bau der WAA beteiligt sind, wurden in den vergangenen zwei Monaten 24 Anschläge mit Brandsätzen oder Molotow-Cocktails verübt. Beim schwersten auf ein Schwandorfer Betonlieferer in der Nacht zum Montag wurde ein Schaden von drei Millionen Mark verursacht.

Noch ist nicht geklärt, ob auch die beiden Anschläge in der gestrigen

Nacht politisch motiviert sind. „Wir ermitteln aber auch in dieser Richtung“, erklärte ein Polizeisprecher gestern. Unbekannte Täter hatten gegen 22 Uhr in Bayreuth ein Nebengebäude des Festspielhauses angegriffen. Sie schleuderten einen Molotow-Cocktail zum geöffneten Fenster der Damengarderobe im ersten Stock, der Brandsatz zersplitterte jedoch am Fenstersims und setzte lediglich einen Teil der Fassade in Brand. Wachmänner erstreckten die Flammen mit Handfeuerlöschern, die Täter entkamen unerkannt. Der Schaden wird auf 3000 Mark geschätzt.

Ein weit höherer Schaden von rund 100 000 Mark entstand beim zweiten Anschlag in dieser Nacht: Unbekannte schlugen kurz nach Mitternacht im Münchner Nordosten mehrere Scheiben einer Filiale der Deutschen Bank

ein und warfen drei Plastikkanister mit brennbarer Flüssigkeit in die Räume. Politische Bekenntnisse der Täter liegen nicht vor, doch zumindest beim Anschlag auf das Schwandorfer Unternehmen Transport-Beton GmbH, bei dem an sieben Stellen Feuer gelegt wurde, ist der politisch-motivierte Hintergrund erkennbar. Die Firma steht mit weiteren 25 Unternehmen, die Aufträge zum Bau der WAA erhalten haben, auf einer von Kernkraftgegnern erstellten „schwarzen Liste“, die als Handzettel verteilt wird und in Nummer sieben der Anti-Atom-Postille „Radi Aktiv“ abgedruckt ist.

Dieses Heft, herausgegeben von der Landeskonferenz der Bürgerinitiativen, die sich für gewaltsamen Widerstand gegen die Wiederaufbauanlage ausspricht, veröffentlicht

## Frau Wilms lobt Hamburger ABM-Modell

hs, Hamburg

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms, in ihrer Freizeit Hochbegabte, begab sich in Hamburg auf den schwankenden Boden eines Wohnschiffs. Ein neuartiges Projekt des Vereins „Jugend in Arbeit“ kombiniert Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf einer kleinen Werft und der Vermittlung von Bildung. Die zwanzig bisher arbeitslosen Jugendlichen, die 24 Stunden in der Woche das ehemalige und bereits unter Denkmalschutz stehende Fahrgastschiff „Stadt Kiel“ so weit herriechen, daß es im nächsten Jahr als Museumsschiff Richtung Kieler Förde auslaufen kann, erhalten zusätzlich 16 Wochenstunden als Bildungsangebot auf dem Wohnschiff. Die Löhne zahlt die Bundesanstalt für Arbeit.

### Arbeitsstugenden als Ziel

Frau Wilms befand sich bei der Begutachtung dieses Modells trotz leicht schaukelnder Schiffsplanken auf dem festem Boden der bildungspolitischen Grundsätze der Bundesregierung. Und die letzten: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen machen nur Sinn, wenn sie zur Qualifikation führen. „Für sie sei es ganz wichtig“, so betonte die CDU-Politikerin bei ihrem Hafen-Ausflug, „wenn die jungen Leute ohne Arbeit auf diesem Wege wieder ein paar Arbeitsstunden lernen.“ Die in Hamburg demonstrierte Koppelung von ABM und Qualifizierung sei bundesweit vorbildlich. Hamburgs CDU-Fraktionsvorsitzender Hartmut Perschke assistierte: „Diese Initiative ist auch sozialtherapeutisch von Bedeutung, weil sie jungen Menschen, die nach Jahren ohne Arbeit sozial abzusinken drohen, eine Perspektive bietet.“

In Hamburg hat die Jugendberufslosigkeit die Marke von 16 Prozent erreicht – gegenüber sechs Prozent im Bundesdurchschnitt. 70 Prozent dieser Jugendlichen ohne Beschäftigung haben nach Perschke Ermittlungen keinen Hauptschulabschluß. Die Bonner Bildungsministerin nahm den Ortstermin bei arbeitslosen jungen Menschen zum Anlaß, mehr Flexibilität und Mobilität zu fordern. So gäbe es zahlreiche Berufe mit freien Ausbildungsstellen, so etwa auf dem Bau, bei Fleischern, Konditoren und Bäckern. Vor allem junge Mädchen nutzen in der Praxis noch zu wenig die Ausbildungsmöglichkeiten. Frau Wilms betonte: „Von den rund 430 anerkannten Ausbildungsberufen sind lediglich 30 aufgrund gesetzlicher Bestimmungen für Frauen nicht zugänglich.“

## Bonn: Aussagen von Jochimsen sind unklar

„Diskrepanzen“ bei Erklärungen zum Schnellen Bräuer

ARNULF GOSCH, Bonn

Die öffentlichen Presseerklärungen des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers Reimut Jochimsen (SPD) vom Montag, wonach er keine Betriebsgenehmigung für das 6,5 Milliarden Mark teure Projekt des Schnellen Bräuers SNR 900 in Kalkar erteilen kann, sind von den zuständigen Bonner Ressorts gelassen aufgenommen worden. Sowohl das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit als auch das Bundesforschungsministerium betonten gegenüber der WELT, daß Jochimsen im Gegensatz zu seinen öffentlichen Äußerungen keineswegs eine definitive Entscheidung gegen Kalkar getroffen habe. Daher bestehe auch kein Grund, in formalrechtliche Überlegungen einzutreten.

Besonders verwundert zeigte sich das Bundesforschungsministerium über die „deutliche Diskrepanz“ zwischen Jochimsens mündlichen Erklärungen vor der Presse und einem Schreiben an Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU). Danach hält es Jochimsen „in Übereinstimmung mit dem Antragsteller... für geboten, daß alsbald in einem Grundsatzgespräch beim nordrhein-westfälischen Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie über die Folgen aus diesem Sachstand (des Genehmigungsverfahrens) gesprochen wird, dem sich ein Gespräch zwischen uns anschließen sollte“.

### Schreiben an Wallmann

Gleichlautende Schreiben sind im übrigen an Bundesumweltminister Walter Wallmann, an BWE-Chef Franz Josef Spalthoff und an KWI-Chef Klaus Barthel gegangen. Zur Unterbreitung legte Jochimsen ein umfangreiches Schreiben an den Antragsteller (Schnell-Bräuer Kernkraftwerksgesellschaft mbH in Essen) bei, das den Stand des Genehmigungsverfahrens wiedergibt. Die

ses Schreiben, so ein Sprecher des BMFT, bedürfe der sorgfältigen Prüfung. Erst danach lasse sich sagen, ob Jochimsens Presseerklärungen lediglich als Umsetzung von Parteibeschlüssen zu werten oder ob in der Tat sachlich begründete Sicherheitsrisiken zu befürchten seien. Zu Gesprächen sei das Bundesforschungsministerium grundsätzlich immer bereit.

### Gespräche erwünscht

Anlässlich der Erläuterung des SPD-Energiebeiratsbeschlusses zur Novellierung des Atomgesetzes wiederholte Jochimsen gestern vor der Presse in Bonn seine Einschätzungen zum Schnellen Bräuer. Gleichwohl räumte der Minister ein, daß das förmliche Genehmigungsverfahren mit der von ihm gezogenen „Zwischenbilanz“ noch nicht beendet sei, sondern ordnungsgemäß abgewickelt werde. Es müsse also noch ein Grundsatzgespräch folgen. Trotzdem blieb Jochimsen dabei, daß eine Betriebsgenehmigung derzeit und absehbare Zeit mit Sicherheit nicht erreichbar sei. Im übrigen sei auch den Bonner Ressorts der „deplorable Zustand“ des Kalkarer Projekts seit langem bekannt.

Der Energiebeirat beim SPD-Parteivorstand hat am 18. Juli eine Novellierung des Atomgesetzes beschlossen, wonach sein Förderzweck künftig entfallen müsse. Energiewirtschaftlich genutzte atomtechnische Anlagen sollen nur noch für eine „unabänderlich notwendige“ Übergangszeit betrieben werden. Bau- und Betriebsgenehmigungen für weitere Atomkraftwerke soll es nicht mehr geben. Die Wiederaufarbeitung wird untersagt und auf eine wirtschaftliche Nutzung des Plutoniums verzichtet. Die Haftung der Atomkraftwerksbetreiber soll künftig unbegrenzt sein und die Deckungsvorsorge von einer Milliarde auf zehn Milliarden Mark angehoben werden.

## Biedenkopf attackiert Rau: SPD schiebt Recht beiseite

Entscheidung über Neue Heimat nennt er „Skandal“

WILHELM HELLYN, Düsseldorf Der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Professor Kurt Biedenkopf, hat gestern in Düsseldorf die SPD beschuldigt, die schiebe Recht und Gesetz beiseite, wenn es für ihn in den politischen Kräftepaß. Er begründete seinen Vorwurf unter anderem mit der Entscheidung des Regierungspräsidenten zu Düsseldorf, Hermann Strich, der Regionalgesellschaft Neue Heimat NRW ihre Gemeinnützigkeit nicht abzuerkennen.

Einen entsprechenden Antrag hatte die Oberfinanzdirektion gestellt. Die CDU erwarte nun, so erklärte Biedenkopf, daß die Behörde gegen diesen Beschluß klage. Den Vorgang nannte er einen „Skandal“.

### Kritik an Jochimsen

In diese Kategorie fällt auch die Entscheidung des Wirtschaftsministers Reimut Jochimsen, keine Teilrichtungsenehmigung für den Schnellen Bräuer in Kalkar zu geben. Dies sei ein vordergründiges Manöver, der Bonner Bundesregierung den Schwarzen Peter zuzuschleichen. Er begrüßte die Ankündigung des für Reaktorsicherheit zuständigen Bundesministers Walter Wallmann, die Vorlagen von Jochimsen sachlich zu prüfen. Er könne Wallmann nach einer positiven Prüfung nur empfehlen, von seinem Weisungsrecht Gebrauch zu machen. Es könne nicht angehen, daß die Wirtschaft im Vertrauen auf

die Politik mehr als sechs Milliarden Mark umsonst investiert, zudem dürfe sich das Land nicht aus der Forschung zurückziehen. „Bemerkenswert sei, daß der Ministerpräsident es vorziehe, eine politische Sommerreise durch die Bundesrepublik zu Wahlkampfzwecken zu machen, statt bei solchen Fraktionsentscheidungen dabei zu sein. Es verstärkt sich sein Eindruck, daß Johannes Rau immer mehr zum Groß-Gott-August werde.“

Die CDU werde in dem kommenden Wahlkampf deutlich machen, daß Johannes Rau und seine SPD-Regierung nicht instand sind, die Kräfte und Leistungen der Bürger zu aktivieren. Das Konzept der SPD, Rau gegen Bundeskanzler Helmut Kohl in eine personalisierte Auseinandersetzung zu stellen, sei schon jetzt gescheitert. Die Sozialdemokraten ließen sich nicht – wie es Helmut Schmidt noch 1980 geschafft habe – disziplinieren, weil ih. Spitzenkandidat keine politischen Positionen beziehe. „Wir können von Rau nicht erfahren, was er will, also fragen wir die SPD“, sagte Biedenkopf.

### „Zweifel der SPD am Sieg“

Es sei bezeichnend, daß die SPD es nötig habe, so kurz vor einer entscheidenden Wahl ihr eigenes Grundsatzprogramm neu definieren zu wollen. Dies zeuge davon, daß die Sozialdemokraten selbst nicht an einen Sieg mit absoluter Mehrheit glauben.

## Arthur Kulow

geb. 19. Juli 1909 gest. 16. Juli 1986

In Liebe und Dankbarkeit  
Gerda Kulow geb. SchönRondeel 5  
2000 Hamburg 60

Trauerfeier am Dienstag, dem 29. Juli 1986, um 11.45 Uhr, Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle C.

**Familienanzeigen und Nachrufe**  
können auch telefonisch oder  
fernschriftlich durchgegeben  
werden.

Telefon:  
Hamburg (0 40) 3 47-43 80,  
oder -42 30  
Berlin (0 30) 25 91-29 31  
Kettwig (0 20 54)  
1 01-5 18 und 5 24

Telex:  
Hamburg 2 17 001 777 as d  
Berlin 1 84 611  
Kettwig 8 579 104

Wir  
sorgen für  
die Gräber.

Wir  
betreten  
die  
Angehörigen.

Wir  
arbeiten  
für  
Versöhnung  
und  
Frieden.

Vollständ. Deutsche  
Kriegsgräberfürsorge  
Weimer-Hilpert-Str. 2  
3500 Kassel  
Postfach  
Konto-Nr. 4300-603  
Frankfurt/Main  
BLZ 250 100 60

## SÜDTESSIN – Magliaso bei Lugano

Für denjenigen, der etwas Außergewöhnliches sucht.  
Direkt anschließend an Golfplatz, mitten im Grünen – Sonne – und  
absolut ruhige Lage, verkaufen wir:

**3 Luxus-Reihenhäuser**  
Wohnzimmer mit Cheminée, komplett einger. Küche, Esszimmer, 2  
Schlafzimmer mit eigenem Bad, große Terrasse, Keller, Waschküche  
und Luftschutzraum. Kleiner Garten, Tiefgarage und Parkplatz.  
Preis: sfr 420 000.-  
Auskünfte durch: Herrn M. Fantoni  
HIM Immobilien, Palazzo Ducale della Stato  
6802 Agno – Tel. 091 / 51 29 83

### Siebolddruckerei

hoher Bekanntheitsgrad, 4-5 Mio.  
Jahresumsatz, gute Umsatz-/Rendite-  
verhältnisse. Gesellschaftsanteil  
bis 50 % zu verkaufen. Geeignet  
für sichere Existenz einer Unter-  
nehmerpersönlichkeit oder für  
gleichwertige Unternehmen, die ihre  
Marktanteile erweitern wollen.  
Zusch. u. T 3964 an WELT-Verlag,  
Postfach 10 06 64, 4300 Essen.

### SB-Markt

REWE-Vertrag, Neubau, Ende  
1986 fertig. Nettomiete p. a.  
300 000.- DM, jährlich steigend,  
rheinhessen. Mittenstadt, Kp.  
4 200 000.- DM.  
Anfrage  
scam Trehand GmbH  
Tel. 02 11 / 57 80 45

### HEROLD

IMMOBILIEN GMBH

Absolute Spitzenlage

Wohn- und Geschäftshaus

in der Fußgängerzone einer

niederrheinischen Stadt, Spandauer

auf einem Grundstück von 3500 m<sup>2</sup>Nutzfläche 8700 m<sup>2</sup>, davon 6200 m<sup>2</sup>

Gewerbetriebe, voll vermietet mit 22

Leasinggeschäften, 10 Pkz., 100

Wohnflächen, 194 Pkw-Stellplätze

vorhanden, Baujahr 1973,

Mietneinahmen: 1,4 Mio. DM.

Kaufpreis: 17 Mio. DM

Exposé Nr. 2

0921

401033

Emser Straße 26 • 6200 Wiesbaden

Tele 4186 591

## SYLT

Nordseebad Hörnum, Nähe  
Strandpromenade und Kurhaus.  
Eigentumswohnungen in wun-  
derschöner Dünenlandschaft ab  
DM 2400.-/m<sup>2</sup>

1 Zi., 28,78 m <sup>2</sup>	DM 66 400.-
2 Zi., 52,08 m <sup>2</sup>	DM 139 500.-
3 Zi., 65,10 m <sup>2</sup>	DM 156 300.-
4 Zi., 77,35 m <sup>2</sup>	DM 185 700.-

Unausgebaute Dachgeschosse  
Baugenehmigungen liegen vor  
ab DM 42 000.-

Besichtigungen täglich 10-12 und  
15-19 Uhr, Berliner Ring 9, Tel.  
0 46 93 / 4 15 täglich in den Abend-  
stunden.

Castell Wohnungsbau-Gesellschaft

\*\*\* Sofort – gegen bar \*\*\*

FORDERUNGSAKAUF

(Kauf – mindestens 50 Stück)

Kaufpreis 100 000.- DM, 100 000.- DM

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

## Villa

bei Düsseldorf

mit ca. 200 qm Wohnfläche,

für vermietete oder eigene

Wohnung, modernisiert, sehr schön.

Zusch. u. T 3964 an WELT-Verlag,

Postfach 10 06 64, 4300 Essen.

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90

Adressenliste 50, Tel. 02 28 / 22 11 90



# Schweden und Dänemark nahmen schon Abschied von liberalen Asyl-Gesetzen

Geheimabkommen mit der „DDR“ / Es gilt die Faustregel: Zurück in das erste sichere Land

**G. MEHNER, Kopenhagen**  
Die Flucht vor Umstürzen, Unruhen, Kriegen spülte im vergangenen Jahr eine Rekordwelle von Asylbewerbern nach Skandinavien: Schweden zählte 14 000 Flüchtlinge, Dänemark 6600. Im Vergleich zu Anfang der 80er Jahre war dies eine Verdoppelung. Doch so wie Aufnahme- und Integrationsfähigkeit von den BewerberInnen überprüften wurden, haben beide Länder von ihren äußerst liberalen Haltungen Abschied genommen und kanalisieren ihre Gastfreundschaft jetzt sehr gezielt.

In dem Maße, wie die Beschäftigungsmöglichkeiten im eigenen Land sich verschlechterten, hat Schweden seine Flüchtlingspolitik internationalisiert. 1985 wurde etwa das UNO-Flüchtlingskommissariat mit 450 Millionen Kronen unterstützt. Spenden gingen auch an andere in diesem Bereich tätige Organisationen. Außerdem verpflichteten sich die Nordländer, jährlich 1250 „Quotenflüchtlinge“, also solche aus den Lagern der UNO aufzunehmen. Diese Quote ist nicht zementiert. 1980 bot Schweden über 4000 „Boat People“ eine neue Heimat.

## Fluchtpunkt Trelleborg

Schwierigkeiten hat Schweden vor allem mit den sogenannten „Spontandflüchtlings“: das sind solche, die sich mit Sack und Pack entschieden selbst um politisches Asyl bemühen. Dieser Zahl hat sich in den 80er Jahren vervielfacht. Ihr Zug nach Norden führte fast ausschließlich über Ost-

Berlin nach Saffitz und von dort mit der Fähre nach Trelleborg. Die Mehrzahl dieser Flüchtlinge stammt aus dem Nahen Osten. Der Fluchtpunkt Trelleborg war bei den Flüchtlingen ausgesprochen „in“.

Viele Flüchtlinge haben bei ihrer Ankunft keine Papiere mehr bei sich, um zu verschleiern, woher sie kommen, berichtet Jonas Widgren, Unterstaatssekretär für Flüchtlingsfragen. Dies führte zu Spekulationen darüber, in wie vielen Ländern die Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Schweden eigentlich schon gewesen sind. An sich muß ein Flüchtling im ersten sicheren Land um Asyl nachsuchen, betont Widgren. Eine Vielzahl von Iran-Flüchtlings, so vermuten die Schweden, hatte bereits von der Türkei Asyl erhalten. Die Lebensbedingungen in der Türkei seien jedoch hart, die Unterbringungsmöglichkeiten bescheiden. Trotzdem werden Iran-Flüchtlings mit einem Zwischenstopp in der Türkei von den Schweden nur noch als „wirtschaftliche Flüchtlinge“ angesehen. Inzwischen ist es die Regel, daß Flüchtlinge in das erste asylgewährende Land zurückgeschickt werden.

Unter härtestem diplomatischen Druck und unter Androhung wirtschaftlicher Sanktionen hat Schweden die „DDR“ inzwischen dazu gebracht, daß auf der Fährverbindung Saffitz-Trelleborg nur noch Asylsuchende mit einem gültigen schwedischen Transitvisum übersetzt werden. Der eigentliche Inhalt dieser Absprache, die der ehemalige schwedische Verteidigungsminister Anders

Thunborg im Dezember in Ost-Berlin ausbandelte, wird geheimgehalten. Aber seitdem hat sich die Zahl der Asylbewerber in Schweden halbiert. Während im Januar/Februar 1985 noch 1090 Iraner ins Land kamen, waren es ein Jahr später nur noch 456. Im Vorfeld des kürzlichten Honecker-Besuches hatte Bonn Stockholm gebeten, bei einem analogen Arrangement zugunsten West-Berlins tätig zu werden.

## Menschenschmuggel

Hinter der unverändert hohen Zahl von Iran-Flüchtlings - von 409 Asylbewerbern im Juni wurden allein 295 von Iranern gestellt - vermutet die schwedische Polizei gewerbliche Asylhelfer, die für Beträge zwischen 5000 und 30 000 Kronen falsche Papiere und Einreise-Know-how zur Verfügung stellen. Um diesen Menschenschmuggel zu stoppen, möchten die Schweden gerne auch im Ausland - vorzugsweise in Kopenhagen und Frankfurt - diese Helferlogistik aufbrechen.

Dänemark hat im ersten Halbjahr 2700 Flüchtlinge aufgenommen. Vor 12 Monaten waren es noch 3300. Zufucht suchten vor allem Familien aus Sri Lanka, während noch vor Jahresfrist die Iraner vorne lagen. Im Augenblick betrug die dänische Flüchtlingshilfe 9900 Flüchtlinge. Vor allem die Unterbringung verursacht Reibungen. In den kleineren Städten kam es angesichts Arbeitslosigkeit von 8,5 Prozent schon zum Aufblähen von Fremdenhaß.

# USA: Besuch in Lettland ändert Haltung nicht

cs. Wien

Zum ersten Mal in der Geschichte der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen wird eine Delegation der USA an einer Veranstaltung in der Sowjetrepublik Lettland teilnehmen. Mitte September findet eine „Chatskva“-Konferenz des Eisenhütten-Instituts über das amerikanisch-sowjetische Verhältnis in Lielupe in Lettland statt. An der Konferenz wird unter anderem die ehemalige amerikanische UNO-Botschafterin Jeanne Kirkpatrick teilnehmen.

Damit durchbricht die US-Administration das bisher geltende Prinzip, keinerlei offizielle Vertretungen oder Delegationen in die baltischen Sowjetrepubliken zu entsenden. Die USA haben ebenso wie andere westliche Staaten die Annexion der baltischen Republiken durch die Sowjetunion 1940 nicht anerkannt. Die „Weltföderation der freien Letten“, die ihre geflüchteten und ausgewanderten Landsleute vertritt, befürchtet, daß die Anwesenheit offizieller amerikanischer Vertreter auf lettischem Boden von Moskau als Anerkennung der Zugehörigkeit der baltischen Staaten zur UdSSR interpretiert werden könnte.

Der stellvertretende amerikanische Außenminister John Whitehead hat jedoch inzwischen in einem Brief einem lettischen Exilvertreter in den USA erklärt, die Völker Lettlands, Litauens und Estlands könnten sicher sein, daß die offizielle amerikanische Beteiligung an der Konferenz in keiner Weise die Washingtoner Politik der Nichtanerkennung schwächen oder verändern werde.



Die Zeit der alten Klischees vom Erbfeind Deutschland ist vorbei. Andere Probleme beherrschen Ideenwelt und Gestaltungswillen in der Vernunft zwischen Deutschen und Franzosen. Für den Herausgeber der Pariser Tageszeitung „Le Monde“ ist es vor allem das gemeinsame Gewicht Europas in der Welt.

# Freundschaft mit Deutschland ist für Frankreich Ehrensache

Von ANDRE FONTAINE

Es ist, bei fast jeder Reise über den Rhein, dasselbe Erlebnis. Der Franzose, der beruflich in der einen oder anderen Weise mit internationalen Beziehungen zu tun hat, stellt immer wieder erstaunt fest: sein Land soll wie besessen sein von einer Furcht vor Deutschland. Gewiß, nicht jeder Zeitgenosse geht so weit wie Willy Brandt, der im Januar 1982 glaubte sagen zu müssen, die „französische Presse neigt dazu, Deutschland zum Sündenbock zu stempeln, und die Franzosen hätten „endlich mal die Gelegenheit, den Deutschen es auszuweisen“. Diese Äußerungen waren um so ärgerlicher, als derselbe ein paar Jahre zuvor noch freundlich als „schlafende Hunde“ bezeichnet hatte.

Man sollte solche Worte nicht überbewerten. Immerhin, sie legen nahe, daß die gewöhnlich maßvolle Haltung der französischen Presse in ihrer Berichterstattung über Deutschland angeblich abgrundtiefe Vorurteile und unheilvolle Ahnungen verbirgt, allesamt freilich in höchstem Maße ungerechtfertigt.

Was nun sollen wir so sehr fürchten? Wenn es nach einem Kollegen geht, der mich einmal in Tübingen im Anschluß an einen Vortrag interviewte, leben wir Franzosen in der „Angst vor der Wiedervereinigung“. Ich sehe noch seine großen Augen der Überraschung angesichts meines Erstaunens und seine Ungläubigkeit, als ich ihm antwortete, daß die meisten meiner Landsleute von solchen Ängsten keine Ahnung haben. In der Tat, sie bekümmert viel mehr das Problem der Arbeitslosigkeit oder die Gefahr des Terrorismus oder, ganz allgemein gesprochen, das Thema Unsicherheit in all seinen Varianten.

Hier und da findet man unter den Politikern, rechts und links, Leute, die sich für schlaue als alle anderen halten und zu allen möglichen intellektuellen Verrenkungen bereit sind, nur um alte Dämonen zu bannen, die angeblich wieder ihr Haupt erheben, um jene zu neuen Eroberungsströmen mitzureißen, die Gerhard Kiersch so unüberwindlich die „Erben von Goethe und Auschwitz“ nannte. Gewiß, es ist nicht leicht, gerade die, die am eigenen Leib oder in ihrer Familie Verfolgung und Verschleppung erlitten haben, jetzt aufzufordern, doch endlich all das zu vergessen. Andererseits sind es so oft gerade die Widerstandskämpfer gewesen, die als erste engagiert für die Versöhnung eintraten. Womit sie nur dem ersten unter ihnen folgten, dem die Gaulle sagte schon am Tag der Befreiung von Paris, im August 1944 zu Maurice Schumann: „Wenn Europa sich nicht vereint, ist es verloren.“ Die deutsch-französische Entente, so präzierte der General, sei die Grundlage für die Einheit Europas, und noch wenige Tage vor seinem Rücktritt wiederholte er im Gespräch, wieder mit Schumann: „Es wird für Frankreich nie mehr wieder eine sinnvolle Außenpolitik geben, wenn es nicht an der Unumkehrbarkeit der deutsch-französischen Aussöhnung festhält.“

Es gibt zweifellos nur wenig Punkte, über die die Franzosen in ihrer Gesamtheit so sehr eine Meinung sind; sämtliche Umfragen belegen es und eine stellt sogar fest, daß sie auch einen Deutschen als Regierungschef eines geeinten Europa akzeptieren würden. Desgleichen haben die verschiedenen französischen Regierungen der letzten 35 Jahre es als Ehrensache empfunden, in diesem Punkt eine Kontinuität zu zeigen, die durch die Streitigkeiten zwischen den Anhängern einer Föderation und denen eines Staatenbundes nie ernsthaft beeinträchtigt wurden.

Dieser politische Wille bedeutet nicht Vergessen. Die Erinnerung an die Verbrechen des Nazi-Regimes muß wachbleiben, damit den Menschen heute bewußt bleibt, wozu er fähig ist, wenn die Mechanik des Totalitarismus ihn erst einmal erfaßt hat und damit er weiterhin wie eine Pest all das meidet, was dem Geist der Tyrannie, der Intoleranz und des Rassismus auch nur entfernt ähnelt. Freilich, es muß auch daran erinnert werden, daß es nicht nur einen Völkermord gab, und daß Deutschland vor der zwölfjährigen Ausartung des Nazi-Regimes eine europäische Macht war, wie jede andere war - vielleicht noch mit der besonderen Note, daß es erst spät zum Nationalismus kam, den es übrigens, wie jedermann weiß oder wissen sollte, ebenso sehr Napoleon wie Bismarck verdankt.

Man muß Renans „Brief an Strauß“ wieder lesen, um sich die Faszination vorzustellen, die die deutsche Kultur im vergangenen Jahrhundert auf die französische Intelligenzia ausübte und um die große Enttäuschung zu ermessen, die diese

Nun, auch in einer Vernunftfeie ist Streit unvermeidlich. Vor allem dann, wenn es schon, wie das hier der Fall ist, bald 40 Jahre andauert. Eifersucht, Mißtrauen, Trotzreaktionen - es fehlt die große Leidenschaft, um solche Regungen hinwegzusehen. Man beugt sich ohne viel Gefallen, der Blick ist kritisch. Egoismus, Materialismus, kleinbürgerlicher Alltag: Die Fehler des anderen sind längst kein Geheimnis mehr. Aber man schweigt gern, weil das bequemer ist. Kaum ein Wort über die Wiedervereinigung, die eines Tages doch kommen wird, über eine Verteidigungsgarantie Frankreichs für die Bundesrepublik, über den „Krieg der Sterne“.

Dennoch, was gestern noch Sorgen bereite, ist heute nicht mehr unbedingt ein Grund zur Beunruhigung. Der Schreckensvorstellung von einem übermächtigen und selbstbezogenen Deutschland folgte die Idee von einem Deutschland im Ausstieg. Oder: Nach der Sorge über eine zu gefühlschaltig betriebene Allianz mit Amerika kam die bange Frage, ob Deutschland nicht von den östlichen Sirenenklängen des Neutralismus verführt würde. Auch sie ist seit der Auflösung der Pershing II zwar beantwortet. Aber die „Grünen“ sorgen immer noch für Unruhe im Publikum, das gleichzeitig die Überraschung darüber pflegt, daß die extreme Rechte heute in Frankreich ungleich viel stärker entwickelt ist als in Deutschland.

Noch einmal: Es wäre verfehlt, diesen kleinen Irritationen und Ärgernissen mehr Bedeutung beizumessen, als sie verdienen. Das um so mehr, als Cobabitation heute nicht nur zwischen Rechten und Linken, was an sich schon eine Revolution bedeutet in einem Land, in dem man, wenigstens verbal, den Bürgerkrieg im Blut hat. Die Franzosen suchen auch ehrlich und ernsthaft eine tiefgehende Entspannung zwischen Ost und West - wissend, daß die Sowjets, die Amerikaner und sie selbst ganz offensichtlich in selben Boot sitzen. Diese Sicht der Dinge gilt freilich in noch höherem Maße für Europa, das, wie jeder fühlt, allein die Perspektive bietet, um dem kollektiven Niedergang zu entkommen.

Wie dieses Europa allerdings aussehen soll, darüber gibt es in Frankreich nur konfuse Vorstellungen. Die Franzosen wissen, daß dieses Europa notfalls auf Großbritannien, nicht jedoch auf Frankreich oder die Bundesrepublik Deutschland verzichten könnte. Die größte Furcht gilt daher heute der Möglichkeit, daß man diese selbstverständliche Einsicht wegen aller Enttäuschungen und Zeichen von europäischer Ohnmacht verlieren könnte. Mit anderen Worten: Daß ein provinzielles Kleinkrämerium, wofür es viele Anzeichen gibt, sich ausbreiten und auf europäischer Ebene zu dem führen könnte, was der Westfälische Frieden für Deutschland bedeutete. Der Royalist und Historiker Jacques Bainville sah darin „den Triumph der französischen Diplomatie, eine Organisationsform für die deutsche Anarchie unter unserem Protektorat“. Niemand würde heute wagen, so weit zu denken. Die Lage ist eine andere. Das Protektorat einer anderen Macht außerhalb Westeuropas droht, sollte Europa in solch kleinstaatliche Anarchie versinken.

Deshalb: Unsere beiden Völker haben ein Recht darauf, aufgrund des gemeinsamen Erbes vom jeweils anderen Partner am Rhein zu verlangen, daß dieses Schicksal abgewendet wird. Mehr noch: Im täglichen Leben sollten unsere Bürger mittels ihrer Einflußmöglichkeiten auf ihre Regierungen darauf achten und hinwirken, daß die Identität Europas und der sie konstituierenden Nationen mit dem größtmöglichen Gewicht und der damit verbundenen Autorität auf die Waagschale der internationalen Politik gelegt wird.

Das macht die Kraft der Versöhnung aus: Frankreich und Deutschland waren letztendlich nur ein Dreiviertel Jahrhundert lang wirklich Erbfeinde, während wir, wie die Gaulle ohne Zögern sagte, „mit England immer im Krieg lagen, es sei denn, wir standen gerade mal in einer Allianz gegen einen gemeinsamen Feind“.

Vergeliche wird man bei diesem Paar, das unsere beiden Völker heute bilden, Gefühlsblitze oder Begeisterungsstürme füreinander suchen. Auch wenn es auf der persönlichen Ebene schon ziemlich oft „gefunkt“ hat, wie mittlerweile Zehntausende deutsch-französische Eheschließungen bezeugen. Und auch wenn die deutsche Musik von Bach bis Brahms und von Beethoven bis Wagner (um nicht von der österreichischen zu sprechen, die sich von der deutschen kaum unterscheidet) die Franzosen wie keine andere auf der Welt begeistert. Aber wir haben entdeckt, daß unser gemeinsames Schicksal eben heißt, zusammen leben oder zusammen sterben. Und schließlich weiß jeder, daß Vernunftfeie oft die solidesten Verbindungen sind.

André Fontaine (Jahrgang 1922) gehört zu den renommiertesten Publizisten Frankreichs. Seit anderthalb Jahren steht er an der Spitze des Weltblatts „Wichtige Botschafterposten“ schlug er aus. Bei „Le Monde“ ist er seit 1947 tätig.



Intellektuellen durchlebten, als Preußen 1870 Frankreich angriff. Erst ab diesem Zeitpunkt standen sich Ziel und Zukunft beider Länder scheinbar unversöhnlich einander im Weg, zwischen ihnen der Zankapfel Elsaß-Lothringen. In Frankreich war es die Geburtsstunde einer Furcht, die durch die Ereignisse der folgenden Jahrzehnte nur allzu sehr gerechtfertigt wurde. Erst spät, leider, begriff man auf beiden Seiten, daß eine Fortsetzung dieses Duells die Todesstunde beider Kontrahenten einläuten würde, und daß es Zeit war, das Schwert in der Scheide zu lassen.

# Rom: Verhärtete Fronten

Wenig Chancen für Craxi, die Regierungskrise zu beenden

**FRIEDRICH MECHNER, Rom**  
Italien ist zum Ausgangspunkt seiner vor fast vier Wochen ausgebrochenen Regierungskrise zurückgekehrt. Nach dem ergebnislosen Sondierungsvorstoß des christdemokratischen Senatspräsidenten Amintore Fanfani und dem Scheitern seines Parteifreundes Giulio Andreotti, der den Auftrag zur Kabinettsneubildung an Staatspräsident Cossiga zurückgegeben mußte, steht der zurückgetretene sozialistische Ministerpräsident Bettino Craxi als von Cossiga designierter neuer Regierungschef wieder im Rampenlicht.

Substantiell und personell hat sich damit der Kreis geschlossen, den nicht wenige Beobachter für einen „Circulus vitiosus“ halten. Dieselben Politiker stehen vor demselben Problem, das Ende Juni den Ausbruch der Krise bewirkte hatte: Wer soll in den nächsten 20 Monaten bis zum regulären Ende der Legislaturperiode als Regierungschef die Hauptverantwortung für die Verwirklichung eines Programms tragen, über das innerhalb der bisherigen Koalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen schon vor dieser Krise Grundkonsens bestand?

## Ruf nach Rache

Die Christdemokraten als stärkste Partei haben diesen Führungsanspruch schon auf ihrem letzten Parteitag im April kategorisch angemeldet. Sie sind nun dann bereit, Craxi als Ministerpräsident noch maximal bis zum kommenden Frühjahr hinzunehmen, wenn er sich in aller Form verpflichtet, dann einem christdemokratischen Regierungschef Platz zu machen. Craxi lehnt eine solche formelle Zusage ab.

Die Positionen haben sich verhärtet. Weithin wird erwartet, daß vor allem die Democrazia Cristiana nach dem von den Sozialisten provozierten Scheitern ihres Spitzenpolitikers Andreotti bei den bevorstehenden Konsultationen noch unumgänglich auftreten wird als zuvor, um Craxi das

beimzuhalten, was dessen Partei Andreotti angetan hat. Bei den Christdemokraten hätte man am liebsten gesehen, wenn es gar nicht erst zur Wiederbeauftragung Craxis gekommen wäre. Zuverlässigen Informationen zufolge versuchte die DC-Führung bis zum letzten Augenblick, diese von ihr als sinnlos angesehene Designierung zu verhindern.

Unter diesen Umständen gelten die Chancen Craxis als ziemlich gering - es sei denn, er zeige in der Frage seiner Verbindlichkeit zu programmatischen Ablehnung durch einen christdemokratischen Ministerpräsidenten Kompromissbereitschaft.

## Spadolini und die anderen

Da dafür bisher keinerlei Anzeichen zu erkennen sind, wird an der römischen Krisenbühne schon die nächste Akte ins Gespräch gebracht: Diejenige des ehemaligen Ministerpräsidenten und republikanischen Parteisekretärs Giovanni Spadolini. Er gilt als Kandidat für ein „Kabinett der Waffenruhe“ für den Fall, daß nach Andreotti auch Craxi scheitern sollte.

Spadolini, so meinen manche Politiker, könne vielleicht mit einem Übergangskabinett den für eine „Descalation“ zwischen Christdemokraten und Sozialisten nötigen zeitlichen Spielraum schaffen. Er selbst hat schon seine Bereitschaft zur Bildung einer solchen Regierung auf Zeit zu erkennen gegeben.

Daneben wird in Rom aber auch über die Möglichkeit spekuliert, daß Cossiga am Ende eine Persönlichkeit mit der Regierungsbildung beauftragt, die aufgrund ihrer jetzigen oder früheren institutionellen Position als über den Parteien stehend angesehen werden kann und deren Hauptaufgabe es dann wohl wäre, vorzeitige Neuwahlen vorzubereiten. In diesem Zusammenhang werden die Namen des christdemokratischen Senatspräsidenten Amintore Fanfani und des ehemaligen Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes, Elia, genannt.

# London zeigt sich irritiert

Wer ist bei Sanktionen der Verlierer im Commonwealth?

**REINER GATTERMANN, London**  
Bei aller Abscheu gegenüber der Apartheidspolitik Südafrikas und dem Wunsch, diese „so schnell wie möglich“ abzuschaffen, wächst nun auch in gleichem Maße und vor allem in konservativen Regierungskreisen Londons, jedoch auch in der Bevölkerung der Unmut über die Arroganz gewisser Commonwealth-Länder, die „ohne selbst etwas zu verlieren“ für „umfassende und verbindliche“ Südafrika-Sanktionen plädieren.

Mit den Commonwealth-Spielen als Geisel und der Drohung, die Völkerfamilie zu verlassen, soll offenbar Frau Thatcher auf den harten Sanktionskurs gedrängt werden. Ignoriert wird dabei, daß sie in ihrer Südafrika-Politik in Übereinstimmung sowohl mit dem Commonwealth als mit dem Beschluß von Nassau im Herbst 1985 nicht macht, die Beratung des Kommissionsberichts Anfang August vor) als auch mit der EG handelt und gemeinsam mit ihnen 13 „Maßnahmen“ gegen Pretoria eingelegt hat.

Regierungsbeamte und Tory-Politiker irritiert, daß diejenigen, die am lautesten für eine Blockade plädieren, am wenigsten zu verlieren haben. Nur zu gern greift man im Londoner Foreign and Commonwealth Office in die Schublade, um diese Behauptung zu unterstreichen. Da sei Kanada, das neben Handelsrestriktionen auch die Einstellung des Luftverkehrs verlangt, gegebenenfalls im Alleingang. Der Handel Kanadas mit Pretoria ist jedoch ohne Belang und die Flugverbindungen beschränken sich auf drei Charterflüge pro Woche.

## Hintergedanken

Die sozialistische Regierung in Australien will ebenfalls die Blockade, hat jedoch in Südafrika nur 24 Millionen Mark investiert, und zudem - so Frau Thatcher nicht ohne Sarkasmus - „erhoffte sie sich, als Kollateralschaden der Apartheid-Staat zerstört zu können. Ähnlich sei es mit Neuseeland, das fast gar keine Wirtschaftsverbindungen mit Pretoria habe.

Demgegenüber fliegt British Air-

ways nicht nur täglich nach Johannesburg, Großbritannien hat etwa 41 Milliarden Mark dort investiert, über 400 Aktiengesellschaften sind dort etabliert. Südafrika liegt in der Exportstatistik an zwölfter Stelle, und schließlich sind schätzungsweise 120 000 britische Arbeitsplätze direkt vom Handel mit Südafrika abhängig. Kein anderes Land hat so enge Bande. Selbst wenn man nun von Frau Thatcher erwarten und verlangen sollte, diese Fakten zu ignorieren und ihre Politik alleine an ihrer Abscheu der Apartheid auszurichten, einer ihrer engsten Mitarbeiter nannte dies „diplomatischer Masochismus“, kann sie zu Recht die Frage stellen: „Und was seid ihr bereit, zu opfern?“

## Mehr Handel mit Pretoria

Laut kritischen Erhebungen hat Rest-Afrika im vergangenen Jahr seinen Außenhandel mit der so verachteten Pretoria-Republik verdoppelt. Niemand glaubt in London ernsthaft, daß sich bei einem offiziellen Sanktionsbeschluß daran etwas ändern würde. Wäre dies dennoch der Fall, wäre der Punkt erreicht, wo Frau Thatcher das „Unmoralische“ sieht: Da säßen dann die hohen Politiker in ihrem persönlichen Wohlstand und Luxus und würden mit einer Blockade Hunderttausenden Schwarzen in Südafrika und in den Randstaaten Arbeit und Brot nehmen.

Aus Tory-Kreisen ist jetzt zunehmend die Auffassung zu hören, daß sich - ungeachtet der Position der Königin - die Regierung gar nicht so sehr um die Austrittsdrohungen kümmern sollte, schließlich seien es die afro-asiatischen Mitglieder, die am meisten dabei zu verlieren hätten, Großbritanniens könnte sich dagegen von einem Ballast befreien. Das Commonwealth bietet diesen Ländern dagegen ihre bedeutendste politische Plattform, von der aus sie mitunter auch Druck und Macht ausüben könnten. Würden sie den „Club“ verlassen, fügten sie sich selbst den größten Schaden zu.

# Für Osteuropa ist Gorbatschow Segen und Fluch zugleich

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Sowjetunion befindet sich - hauptsächlich wegen der politischen-psychologischen und auch wirtschaftlichen Folgen von Tschernobyl - gegenwärtig in einer Schwächephase. Diese Schwäche ist natürlich nicht militärisch zu verstehen. Noch immer reicht die sowjetische Machtposition aus, um Osteuropa unter Kontrolle zu halten. Gorbatschow hat zuletzt auf dem polnischen Parteikongreß in Warschau betont, daß auch er an der Breschnew-Doktrin und damit an der totalen Beherrschung des kommunistischen Vorfeldes von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer festhalten möchte.

Gerade weil der sowjetische Parteichef die „Schwachstellen“ des Sowjetsystems und auch die potentiellen Bruchstellen zwischen Moskau und den osteuropäischen Völkern besser kennt als seine Vorgänger, ist er im Augenblick an einer Atempause interessiert, die ihn dazu instandsetzt, seine innere Machtposition zu festigen und den sowjetischen Apparat auf Stromeis zu bringen. Deshalb ist der Krenl-Chef dazu übergegangen, mit dem Westen eine Politik des Wechsels von Konfrontation und Kooperation zu betreiben. Schon in

seiner Diktion wurde seit geraumer Zeit eine gewisse Präferenz für Europa erkennbar. Daher auch der Moskauer „Sommer“ gegenüber der Bundesrepublik und gegenüber anderen westeuropäischen Staaten.

Für die Osteuropäer ist Gorbatschow ein „Mixed blessing“. Teils ist es ein Segen für sie, daß ein ansprechbarer Parteichef in Moskau regiert, der überhaupt ein gewisses Problembewußtsein mitbringt. Zum anderen

bleibt in Budapest auf dem Teppich der kommunistischen Machtrealitäten.

Sowohl für Ungarn wie für die „DDR“ bieten verbesserte Beziehungen Moskaus zu Bonn ein Alibi, selber mit intensivierten Kontakten zur Bundesrepublik hervorzutreten. Spionagediffären, wie etwa der Fall Maßfener, werden dabei von den meisten Osteuropäern nur als vorübergehendes Geheimdienstgeplänkel angesehen, das den Lauf der Dinge nicht wesentlich zu stören vermag.

Generell haben alle oder fast alle osteuropäischen Staaten ein großes Interesse daran, daß es zwischen Moskau und Bonn besser geht - wenn es sich auch nur um die Atmosphäre handelt. Alle Ost- und Südosteuropäer sind wirtschaftlich mit Bonn verbunden. Eine Verschlechterung des Klimas bietet den jeweiligen sowjetischen Führungen Vorwände, um die Kontakte der Osteuropäer nach Bonn wenn nicht faktisch einzudämmen, so doch mit ideologischen-moralischen Hypothesen zu belasten. Kennzeichnend dafür: Noch bevor er Generalsekretär wurde, verbot das damalige Mitglied des Politbüros Gorbatschow dem bereits auf seinen gepackten Koffern sitzenden bulgari-

schen Parteichef Schirwkwow die Reise in die Bundesrepublik.

Allerdings - es gibt ein Land, das seine allgrößte Freundlichkeit zwischen Moskau und Bonn mit Argwohn und bösen Vorahnungen betrachtet: Die Volksrepublik Polen. Den polnischen Kommunisten sind weder allzu gute Kontakte zwischen Bonn und Ost-Berlin, noch etwa eine Entspannung zwischen Bonn und Moskau angenehm. Irgendwie schwingt auch bei Jaruzelski die Furcht mit, es könne zu einer Wiederbelebung von Rapallo oder gar potentiell zu einer „Teilung“ kommen - wobei unter den heutigen Umständen klar wäre, daß nicht die Deutschen, sondern nur die Sowjets davon profitieren würden.

Das entscheidende Problem für Osteuropa bleibt auf absehbare Zeit unlösbar: Die Überwindung der sowjetischen Hegemonie. Hier muß nicht in Jahren, sondern in Generationen gedacht werden. Immerhin, die Entwicklung schreitet voran. Und wer in Budapest, Warschau oder Prag den Weg der Sowjetunion von Stalin im Jahre 1945 zu Gorbatschow im Jahre 1986 betrachtet, weiß: In weiteren 40 Jahren wird es auch in Osteuropa wieder ganz anders aussehen.

## DIE ANALYSE

aber ist man sich auch darüber im klaren, daß Gorbatschow verstärkte Disziplin und Integration fordert - also einen Verzicht auf osteuropäische Extratouren in Richtung Westen. Dennoch betrachten die nach innen reformfreundigen ungarischen Kommunisten zum Beispiel die Situation offenbar mit gedämpftem Optimismus. Man glaubt in Budapest, daß Gorbatschow zu viele andere Sorgen hat, als daß er sich über die ungarischen Reformen viel Gedanken machen könnte - vorausgesetzt, man



## Verschärfen die USA den Druck auf Südafrika?

DW, Washington

Einen Tag vor dem Beginn seiner Vermittlungsmission in Südafrika sagte der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe, die Europäische Gemeinschaft habe „ernste Bedenken um die Zukunft Südafrikas, um all die Menschen“. Howe nannte seine Reise „schwierig, aber nicht ohne Hoffnung“. Es habe ihn „ermutigt“, daß sich bei seinen zweitägigen Gesprächen in Brüssel die Amtskollegen aus den anderen Ländern der Gemeinschaft voll dahinter gestellt hätten. Der britische Außenminister bekräftigte seine Absicht, in Südafrika mit Vertretern der schwarzen Anti-Apartheidbewegung Afrikanischer Nationalkongress (ANC) zusammenzutreffen. Der ANC hat bislang Gespräche mit Howe abgelehnt.

Demgegenüber kündigte die United Democratic Front (UDF) an, Howe werde bei der Schwarzen-Führung keinen Gesprächspartner finden. Südafrikas bedeutendste Anti-Apartheid-Organisation protestierte bei der Europäischen Gemeinschaft gegen die bevorstehende Vermittlungsreise Howes. In einem Memorandum, das den EG-Botschaften in Pretoria zugeleitet wurde, kritisierte die UDF, die Howe von der Gemeinschaft auftragene Mission verfolge lediglich das Ziel, die Regierung in Pretoria zu „beruhigen“. Die UDF werte den Besuch als indirekte Unterstützung des weißen Minderheitsregimes.

US-Präsident Ronald Reagan hält an seinem Widerstand gegen harte Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika fest. Er sei überzeugt, daß die Vereinigten Staaten mit solchen Maßnahmen genau die Menschen treffen würden, denen sie helfen wollten, nämlich die schwarze Bevölkerungsmehrheit, verurteilte aus Regierungs-kreisen in Washington. Reagan werde allenfalls eine geringfügige Ausweitung der begrenzten Sanktionen anordnen, die er im vergangenen Jahr verfügt habe.

Nach Ansicht des republikanischen Vizepräsidenten des Außenpolitischen Senatsausschusses, Richard Lugar, ist es allerdings auch denkbar, daß der Präsident einen Sonderbotschafter nach Südafrika entsenden werde. Seine Aufgabe könnte es sein, auf innere Reformen in dem Apartheidstaat zu drängen, sagte Lugar nach einem Gespräch mit Reagan.

## Saarbrücken nennt den Alarmplan für Cattenom „völlig unzureichend“

Entfacht SPD-Landesregierung neues „Störfeuer“ gegen Bonner Energiepolitik?

ULRICH REITZ, Bonn

Die saarländische Landesregierung nutzt offenbar die Veröffentlichung des französischen Alarmplans für das Kernkraftwerk Cattenom zu einem neuen Angriff auf die Energiepolitik der Bundesregierung. „Völlig unzureichend“, so kommentierten Regierungskreise in Saarbrücken gestern den Katastrophenschutzplan für das Atomkraftwerk, der die Maßnahmen, die auf französischer Seite in einem Störfall getroffen werden, beschreibt.

### „Falsche Voraussetzungen“

Bonner Regierungskreise äußerten die Vermutung, Saarbrücken entfachte nach dem Versuch, Bundesumweltminister Walter Wallmann vor dessen Reise nach Paris unter Druck zu setzen, mit seiner Kritik an dem Alarmplan für Cattenom jetzt ein neues „Störfeuer“ gegen den Widerstand der Bundesregierung, aus der friedlichen Nutzung der Atomenergie auszusteigen.

Nach Ansicht der SPD-Landesregierung ist Paris jetzt mit seinem Alarmplan, wie auch schon zuvor mit der Betriebsgenehmigung, von der

„falschen Voraussetzung“ ausgegangen, daß eine Katastrophe wie in Tschernobyl in Cattenom nicht passieren kann.

In der Einleitung des Plans, die am vergangenen Freitag in Metz veröffentlicht wurde, heißt es, die Wahrscheinlichkeit, daß in Cattenom ein Unfall passiert, bei dem die Bevölkerung zu Schaden kommt, sei „extrem schwach“. Der Plan, der in einer 77seitigen Broschüre zusammengefaßt ist und aus dem die „Saarbrücker Zeitung“ ausführlich zitierte, nimmt auch zu den Sorgen in der Bevölkerung Stellung. „Dank der hohen technologischen Sicherheit der Anlagen in Cattenom wird dieser Plan vermutlich nie angewendet.“

Besonderen Anstoß nimmt das Saarland an dem vorgesehenen Maßnahmen zur Evakuierung. In der Saar-Regierung hieß es, bei einem ersten Störfall würde in Frankreich nicht einmal ein Gebiet von zehn Kilometern evakuiert, wie es bei derartigen Unfällen in deutschen Kernkraftwerken geplant sei. Die Katastrophe von Tschernobyl habe aber gezeigt, daß man aus einem „wesentlich größeren Gebiet“ die Menschen in Sicherheit bringen müsse.

### „2000 reisende Gewalttäter“

AP, Düsseldorf

Die deutschen Polizisten werden nach Ansicht des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Günter Schröder, nach wie vor „zur Lösung politischer Streitfragen eingesetzt“. Schröder warf den verantwortlichen Politikern vor, bei der Reaktion auf gewalttätige Ausschreitungen bei Demonstrationen „mehr als einen Offenbarungseid geleistet“ zu haben.

Gerade die Erfahrungen der vergangenen Monate in Wackersdorf und Brokdorf hätten gezeigt, daß das polizeiliche Ziel, Straftäter zu fassen und Solidarisierung zu vermeiden, teilweise unerreichbar geworden sei. Die Politiker hätten nicht begriffen, „wie rasant infolge von Tschernobyl das aktive Protestpotential in der Bevölkerung angewachsen ist“, sagte Schröder. Nach seinen Angaben gibt es derzeit bundesweit etwa 2000 reisende Gewalttäter, die Demonstrationen umzufunktionieren versuchen.

### Alkem soll Antrag zurücknehmen

dpa, Wiesbaden

Der Staatssekretär im hessischen Umweltministerium, Karl Kerschgens (Die Grünen), hat die Hanauer Plutoniumfirma Alkem aufgefordert, ihren Antrag auf endgültige Genehmigung der Produktion von Brennelementen für Reaktoren des Typs Schneller Brüter zurückzunehmen. Da für den Schnellen Brüter in Kalmar keine Betriebslaubnis erteilt würde, so Kerschgens, sei auch der Betriebszweck von Alkem entfallen. Alkem und andere Hanauer Nuklearbetriebe arbeiten seit 1975 mit vorläufigen Genehmigungen.

Die atomrechtlichen Genehmigungsverfahren für diese Unternehmen werden im Auftrag des Bundes vom hessischen Wirtschaftsministerium geführt. Die Staatsanwaltschaft Hanau ermittelt seit Monaten gegen Alkem, Nukem und die Reaktor-Brennelemente-Union (RBU) wegen des Verdachtes des illegalen Betriebs von Anlagen.

### Sitzblockade nicht immer Nötigung

dpa, Köln

Die Sitzblockade, bei der Atomkraftgegner am 13. Oktober 1983 die Zufahrt zu einer Luftabwehrbatterie der Bundeswehr bei Waldbröl versperren, war nach Auffassung des Oberlandesgerichts (OLG) Köln strafrechtlich keine Nötigung. Mit einem entsprechenden Urteil des 1. Senats hat das OLG gestern ein Revisionsgehen der Staatsanwaltschaft gegen ein gleichlautendes Urteil des Bonner Landgerichts verworfen. Die Vorsitzende Richterin, Wehnert-Heinen, betonte, mit diesem Spruch sei nicht die Frage beantwortet worden, ob Sitzstreiks gegen die Nachrüstung gegen Straftat sein oder nicht. Das vorliegende Urteil sei eine „Einzelfallabwägung“ (AZS 37685-359). Prozeßbeobachter wiesen darauf hin, daß das Urteil von der bisherigen Spruchpraxis abgewichen sei, nach der Sitzstreiks immer „Gewalt“, stets „verwerflich“ und deshalb als Nötigung zu ahnden seien.

## Ost-Berlin und der Schwarzmarkt für Schnaps

AP, Hamburg

Zwischen Mai und Dezember 1985 hat ein internationaler Schmuggler-Ring mit Hilfe von „DDR“-Firmen und -ministern nach Angaben des Fernsehmagazins „Panorama“ Alkohol durch halb Europa geschleust. Mehr als 200 000 in der Bundesrepublik Deutschland abgefüllte Flaschen mit Whisky, Wodka, Rum und Korn seien über Holland, die „DDR“ und West-Berlin wieder zurückgebracht und hier auf dem schwarzen Markt verkauft worden, hieß es in einem Beitrag für die gestrige Sendung. Dem Fiskus seien mehr als zwei Millionen Mark an Brutto- und Mehrwertsteuer entgangen.

In der Sendung gab ein ehemaliger Komplize und späterer „V-Mann“ des Zolls genaue Auskünfte über die Tricks der Schmuggler und die Verwicklung von „DDR“-Firmen und -ministern in die Affäre. „Panorama“ will herausgefunden haben, daß die politische Verantwortung für die krummen Geschäfte in der „DDR“ bis zum Mitglied des Zentralkomitees der SED und Staatssekretär im Außenhandelsministerium, Schalck-Goldkowsky, reiche.

Als Scheinkäufer für den Schmuggler im Westen sei die „DDR“-Firma „Delta“ in Ost-Berlin, eine Organisation des Ministeriums für Außenhandel, aufgetreten. Nach „Panorama“ vorliegenden Telegrammen, Frachtbefehlen und Rechnungen habe die Firma für die Versorgung von „Diplomaten und Sonderbedarfs-trägern“ in der „DDR“ gekauft. Für ihre Schmuggeldienste habe „Delta“ von den Schnapsnehmern acht Prozent Provision kassiert, behauptet „Panorama“.

Für die Vermittlung der Ost-West-Schmuggelkontakte habe ein ehemaliger Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der „DDR“ und heutiger Repräsentant mehrerer Stahl-Unternehmen, dessen Name mit Günther Forger angegeben wurde, zwei Prozent Provision bekommen. Die schwarze Ware sei nachts umgehört über den Grenzübergang Heinrich-Heine-Straße/Prinzenstraße nach West-Berlin und dann über den Transitweg zurück in die Bundesrepublik gebracht worden.

Fazit des Filmes: „DDR“-Firmen und -ministern haben einem internationalen Schmuggler-Ring geholfen, den bundesdeutschen Steuerzahler zu prellen. Dafür haben sie auch noch Provision kassiert – in Westdevisen.

## Moskauer „Manifest“ gibt dem Westen Rätsel auf

Ruf nach politischen Reformen in der Sowjetunion

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Ein in den Westen durchgesickertes „Manifest“, dessen Autoren aus den höchsten Rängen des sowjetischen Parteiapparats – es heißt sogar aus dem Mitarbeiterstab Generalsekretär Gorbatschows – stammen sollen, hat bei westlichen Sowjetologen Rätselraten ausgelöst. In dem 17 Seiten umfassenden Dokument, aus dem gestern die britische Tageszeitung „Guardian“ zitierte, werden grundlegende politische und wirtschaftliche Reformen in der Sowjetunion gefordert, die weit über das bisherige Programm Gorbatschows hinausgehen und in ihrer Konsequenz ein Ende der Ein-Parteien-Diktatur bedeuten müssen.

Dem „Manifest“, das an die „Bürger der UdSSR“ gerichtet ist und den höchsten Parteigremien zugeleitet worden sein soll, wird die Zulassung „unterschiedlicher politischer Organisationen“ in der Sowjetunion verlangt. Diese Organisationen sollten alle das gemeinsame Ziel haben, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, sollten aber untereinander um das beste Aktionsprogramm in Wettbewerbsform – zum Wohl der „herrschenden Klasse“, nämlich der Arbeiter, Bauern und der werktätigen Intelligenz. Die Organisationen sollten, offenbar anstelle der jetzigen monolithischen KPdSU, die Interessen des Volkes in den höchsten Exekutivorganen vertreten und sollten dem Volk voll verantwortlich sein sowie vom Volk kontrolliert werden.

### Düsteres Bild der Lage

Solche Ideen eines qualifizierten Pluralismus auf sozialistischer Grundlage erinnern an Forderungen, die erstmals 1953 in Jugoslawien von Milovan Djilas in Jugoslawien vertreten hat – und wofür er dann mit langer Gefängnisstrafe und Ausschluss aus der Partei bestraft wurde. Sie kommen auch Ideen des „Prager Frühlings“ 1968 und Reformdiskussionen in der SED der späten 70er Jahre nahe.

Das Moskauer „Manifest“ zeigt, daß die Verfasser Zugang zu Informationen haben, die in der Sowjetunion nur hochrangigen Mitgliedern zentraler Partei- und Staatsgremien offenstehen. So wird ein düsteres Bild der gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände in der UdSSR gezeichnet.

„Die Ergebnisse dieser Analyse“, so heißt es in dem Papier, „zeigen, daß unser Land (die Sowjetunion) eine Grenze erreicht hat, jenseits derer sich eine unüberbrückbare Kluft in der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung gegenüber den fortgeschrittenen Industrienationen auftritt.“ Die Sowjetunion, so heißt es weiter, bleibe gegenwärtig um 10 bis 15 Jahre in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung hinter den kapitalistischen Staaten zurück. Der Abstand aber vergrößere sich immer mehr. Wörtlich: „Die Sowjetunion ist jetzt auf dem Weg, eine der unterentwickeltesten Nationen zu werden.“

### „Polnische Entwicklung“

Die Autoren erklären, die Sowjetunion habe 1983 gegenüber dem Westen Auslandsschulden in Höhe von 30 Milliarden Dollar gehabt. Bei einer Projektion der gegenwärtigen Tendenzen in die Zukunft werde sich der Schuldenstand bis zur Jahrtausendwende um 600 Prozent erhöhen. Im Jahre 2005 würden 75 Prozent der sowjetischen Exporterlöse nach Westen vom Schuldendienst aufgezehrt werden. Damit wird für die UdSSR eine „polnische Entwicklung“ vorausgesagt.

Eine andere Aussage: Die permanente Lebensmittellage in der Sowjetunion führe zu einem bedenklichen Anwachsen der Kindersterblichkeit. Die „ewige Jagd“ der Sowjetmenschen nach den grundlegenden Gütern und kleinen alltäglichen Dingen lasse den Menschen weder Zeit noch Kraft zur Befriedigung geistiger und kultureller Bedürfnisse.

Die Tatsache, daß das brisante Papier in den Westen gelangen konnte, ist für die Krenel-Führung ohne Zweifel mit Problemen verbunden. Denn westliche Rundfunksender werden diese Thesen in kürzester Zeit in russischsprachigen Diensten in die Sowjetunion zurücksenden. Ob das „Manifest“ eine Unterstützung Gorbatschows oder aber einen versuchten Dolchstoß gegen den Parteichef darstellt – möglicherweise sogar eine Provokation –, bleibt einstweilen ungewiß.

Einem amerikanischen Fernseh-korrespondenten wurde der Text des „Manifests“ auf dem Moskauer Flughafen abgenommen.

## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/50 41, Telex 8 85 714

### Zankapfel Cattenom

„Wallmann sagt: Vorzeichen für die französische Haltung zu Cattenom“, WELT vom 17. Juli

In dem Beitrag wird zu Unrecht der Eindruck erweckt, das Thema Cattenom würde seitens der saarländischen Landesregierung aus wahlkampfaktiven Gründen problematisiert. Diese Unterstellung übersteht, daß

● Cattenom schon seit den 70er Jahren Zankapfel in der Saar-Lor-Lux-Region und daß selbst der frühere Vorsitzende der französischen Reaktor-sicherheitskommission frühzeitig ernste Bedenken gegen den Standort im bevölkerungsreichen Dreiländer-eck erhoben hatte,

● aus der Bevölkerung schon gegen die Planung von Cattenom seinerzeit über 50 000 Einsprüche eingegangen waren,

● die saarländische Landesregierung bereits zu Zeiten des früheren Ministerpräsidenten Rüdiger (CDU) wiederholt gegen Cattenom Stellung genommen hat,

● die CDU-Landesgruppe Rheinland-Pfalz/Saarland kürzlich bei der Bundesregierung interveniert hat,

● die saarländische Klage auch von CDU-regierten Kommunen und Ver-

bänden in Rheinland-Pfalz unterstützt wird,

● die luxemburgische Regierung sich ebenfalls entschieden gegen Cattenom wendet und sogar die Abnahme des Stroms von dort verweigert.

Zu befürchten ist, daß die deutsch-luxemburgische Position gegenüber



Dr. Ottokar Hahn, SPD

Frankreich erheblich geschwächt würde, wenn Cattenom schlicht zum Wahlkampfthema abgewertet wird.

Dr. Ottokar Hahn, Minister für Bundesangelegenheiten und besondere Aufgaben des Saarlandes

### Treibhaushypothese

„Experten warnen vor Kohle und Öl als Brennstoff“, WELT vom 12. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren, in Ihrem Bericht über die Anhörung zum Verzicht auf die Kernenergie in der Münchner Staatskanzlei wird der Eindruck erweckt, als sei nach dem einhelligen Urteil aller 21 Experten das Hauptproblem nicht die Sicherheit der Kernkraftwerke, sondern – wegen des Einflusses von Kohlendioxid auf das Klima – der energiewirtschaftliche Einsatz fossiler Brennstoffe, also von Öl, Kohle und Erdgas.

Dazu sind drei Feststellungen zu treffen:

● Unter den an der Anhörung beteiligten Wissenschaftlern war nicht ein einziger, der durch eigene Forschungsarbeiten auf dem Gebiet von CO<sub>2</sub> und Klima ausgewiesen ist. Ihr wissenschaftliches Ansehen ist auf anderen Wissensgebieten erworben.

● Die einem Wissenschaftler in dem Mund gelegte Aussage, die CO<sub>2</sub>-Belastung sei das größte Problem der Menschheit, war in Wirklichkeit die Wiedergabe einer Äußerung eines Vertreters der Weltorganisation für

Meteorologie vor der Weltenergiekonferenz 1980. Das Zitat diente zur Kennzeichnung einer extremen Bewertung der CO<sub>2</sub>-Frage, der entgegen-gesetzte Auffassungen im wissenschaftlichen Raum gegenübergestellt wurden. Die Substanz jenes wörtlichen Zitats besteht übrigens nicht aus wissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern aus Rhetorik.

● In dem sehr gründlichen Sondergutachten „Energie und Umwelt“ des Rats von Sachverständigen für Umweltfragen, 1981, heißt es abschließend zu diesem Thema: „Der Rat mißt nach Abwägung aller bekanntgewordenen Fakten der CO<sub>2</sub>-Belastung aus dem Verbrauch fossiler Brennstoffe keine wesentliche Bedeutung für das globale Klima zu. Der vielschichtige Problembereich sollte aber weiterhin aufmerksam verfolgt werden.“

Es stünde schlecht um die energiewirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, wenn bei der politischen Abwägung von pro und contra Kernenergie ausgerechnet der unsichersten aller gegen den Einsatz von Öl, Kohle und Erd-

gas vorgebrachten Hypothesen, der Treibhaushypothese, ausschlaggebende Bedeutung beigemessen würde. Die nächste Glaubwürdigkeitskrise wäre dann vorprogrammiert.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Jochen Seeliger,  
Gesamtverband des deutschen  
Steinkohlenbergbaus, Essen 1

### Nur ein Wort

„Golo Mann: Deutschland-Lied ist patriotisch“, WELT vom 16. Juli

Golo Mann hat recht. Hätte Hoffmann von Fallersleben statt „Deutschland, Deutschland über alles“ „Deutschland lieb ich über alles“ gedichtet – so, wie er es fühlte und meinte – wären alle häßlichen Unterstellungen unterblieben.

Dr. Paulsen,  
Möln

### UNO-Charta

„Genscher würdigt UNO-Charta“, WELT vom 8. Juli

Genscher hebt die UNO-Charta als das zweifellos wichtigste Dokument des modernen universellen Völkerrechts hervor. Die vielen Verstöße seien kein Mangel der Norm, sondern ein Mangel der Verwirklichung. Leider gibt es aber noch die zwei die Deutschen diskriminierenden Artikel 53 und 107, die nicht inoffiziell, sondern noch immer geltendes Recht sind und von der UdSSR jederzeit herangezogen werden können.

Gewiß ist vieles getan worden zur Herrschaft des Rechts, wie es zum Beispiel die Deklaration Nr. 2625 vom 10. Oktober 1970 über die Grundprinzipien des Völkerrechts und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Staaten getan hat, unter deren sieben Punkten auch von der Forderung nach Selbstbestimmung der Völker und der Erfüllung nach Treu und Glauben die Rede ist. Die Schwäche von allem liegt noch immer darin, daß Deklarationen und Resolutionen nur Empfehlungen sind und keine bindende Rechtskraft haben.

Eine Schwäche des Völkerrechts

### Wort des Tages

„Der Kampf der Vernunft besteht darin, dasjenige, was der Verstand fixiert hat, zu überwinden.“

Georg Friedrich Wilhelm Hegel,  
deutscher Philosoph (1770-1831)

ist auch, daß die Urteile des höchsten Rechtsorgans der UNO, des Internationalen Gerichtshofs von Den Haag, auf dem Papier stehenbleiben, weil es keine internationale Vollstreckung gibt, wie wir das beim Urteil des Teheraner Geiseldramas und jetzt im Fall mit Nicaragua erlebt haben.

Seit Tschernobyl ist Europa gefordert, zum Überleben den vielen Worten nun Taten folgen zu lassen. Die Zeit dazu ist überfällig. Hier liegt die Chance, die Teilung Europas und die Spaltung Deutschlands im Geist der Selbstbestimmung der Völker und der Menschenrechte zu überwinden. Hier geht es um die „Implementierung“ eines besseren, mit Vorrängen, Prioritäten und Schwerpunkten ausgestatteten neuen Völkerrechts. Genscher hat ein weites Betätigungsfeld.

Dr. Herbert Kutschera,  
Hürth-Mitte

### Peinlichkeiten

„Deutschland bleibt ein Schlammloch“, WELT vom 14. Juli

Das Deutschlandbild des Italieners Piero Ostellini leidet unter einer notorischen Verzerrung und Eintrübung der Optik, die europäische Intellektuelle ohne Tücheltücheltum mit der schweigenden Mehrheit so leicht befallt und die man nicht ignorieren sollte. Die verwegene These, der Tod Bölls hätte ein Vakuum in unserer kulturellen Szene hinterlassen, zielt dann eben doch mellenweit auf den Realitäten vorbei. Über die Tatsache, daß unser jüngster Nobelpreisträger je länger je mehr uns mit lauter literarischen Peinlichkeiten und kaum noch zumutbaren ideologischen Ausrechnern versorgt, scheint selbst unter seinen Freunden hienzulande, die sich in ein bedientes Schweigen hüllen, ein unausgesprochener Konsens zu bestehen.

Die naive Trotzreaktion des literarischen Versagers und schlechten Verlierers Grass, der eben erst mit seiner anämischen „Rättin“ so etwas wie einen künstlerischen und moralischen Offenbarungseid abgelegt hat und dessen literarischen Potenzschwächen nicht mit seinem beherrschenden Untergrundgeschwafel zu kaschieren sind, stellt nun ganz gewiß alles andere als eine markante Zäsur in unserem Kulturleben dar, dessen Funktionäre im roten Plüsch unserer Funkhäuser oder in den Subventionen und Regisseurthronen nicht einmal mehr fähig oder willens sind, unsere große kulturelle Tradition würdig zu verwalten.

Im übrigen dürften mit einiger Sicherheit Böll wie Grass eines Tages als Paradebeispiel in eine Geschichte literarischer Überbewertungen eingehen, die noch zu schreiben wäre.

Dr. Gustav Siechelschmidt,  
Hude

## Personen

### EHRUNGEN

Mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ist in Düsseldorf der Mitbegründer der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Heinrich Barth (71), ausgezeichnet worden. Barth, ehemals persönlicher Referent von Bundeskanzler Konrad Adenauer, war von 1963 bis 1969 Staatssekretär im Bonner Familienministerium. Der promovierte Rechtsanwalt, der seit 1964 Vorsitzender des Bundesparteigerichts der CDU ist, zählte auch zu den Mitbegründern des Instituts für Begabtenförderung, das er bis 1980 leitete. Der CDU-Politiker erhielt die hohe Auszeichnung im Rahmen einer Feierstunde aus der Hand des nordrhein-westfälischen Innenministers Herbert Schmeier (SPD).

Dombaumeister Dr. Arnold Wolff ist von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen zum Professor ernannt worden. Mit dieser Ehrung werden vor allem die Bemühungen des Kölner Dombaumeisters um die Entwicklung von Restaurierungsverfahren für die mittelalterlichen Domfenster und gefährdeten Glasmalereien des 19. Jahrhunderts gewürdigt. Mit seinem Verfahren zur Steinconservierung gegen die zerstörerischen Umwelteinflüsse hat Wolff maßgeblich zum Denkmalschutz in Nordrhein-Westfalen beigetragen.

### GEBURTSTAGE

Der aus Kiew stammende französische Archäologe und Kunsthistoriker André Grabar begeht am Samstag in Paris seinen 90. Geburtstag. Der Wissenschaftler wurde mit Arbeiten über den „Bildstreit“ von Byzanz international bekannt. Sein Hauptwerk „L'Iconoclasme byzantin“ erschien 1958 und 1985 in Neuauflage. Das 400 Seiten starke, reich illustrierte Buch beleuchtet die archaische Seite des Streites zwischen Befürwortern und Gegnern der bildlichen Darstellungen der Heiligen Schrift, die die westliche Welt des Mittelalters prägen sollte.

Giuseppe Di Stefano, in den 50er Jahren als Partner von Maria Callas einer der begehrtesten Tenöre der Welt, wird morgen 65 Jahre alt. Schon seit Jahren tritt er nicht mehr auf. Nach zahllosen, nie verwirklichten Ankündigungen eines sängerischen Comebacks will er jetzt Theater-Improvisator werden. Dem Mailänder „Corriere della Sera“ sagte er in einem Gespräch, er stelle gerade ei-

ne Besetzungsliste für die Leher-Operette „Das Land des Lächelns“ zusammen, die in Mexiko aufgeführt werde. Das Unternehmen stärke von West-Berlin aus. Berlins Theater des Westens und Franz Lehar „Land des Lächelns“ im Jahre



Giuseppe Di Stefano

1966 waren einer der letzten Schauspieler und Rollen. Zwischen 1948 und 1961, als die Mailänder Scala sich von ihm trennte, rissen sich Opernhäuser in aller Welt um Giuseppe Di Stefano. Daß er auch in dieser Glanzzeit nie „der Größte“ war, gehört zur Tragik des aus einer armen sizilianischen Familie stammenden Künstlers und ist sicher nicht seine Schuld.

### VERANSTALTUNGEN

Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blum wird am 1. September im Kongresszentrum Hamburg den 7. Weltkongreß der Internationalen Gesellschaft für Arbeitsbeziehungen (International Industrial Relations Association/IIRA) eröffnen. Zum ersten Mal hält die IIRA, die ihren Sitz in Genf hat, einen Weltkongreß in der Bundesrepublik Deutschland ab. Der Kongreß steht unter der Leitung von Professor Dr. Hans-Wilhelm Helber vom Institut für Soziologie der Universität Hamburg. An dem Kongreß werden etwa 500 Wissenschaftler teilnehmen. Themenschwerpunkte der bis zum 4. September andauernden Tagung sind unter anderem „Technologischer Wandel und Arbeitsgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen“ und „Neue Trends bei der Arbeitszeiteinteilung“.

Nobelpreisträger Professor Klaus von Klitzing hat in der Osterlinen Humboldt-Universität im Rahmen des Max-von-Laue-Kolloquiums über den von ihm entdeckten Quanten-Hall-Effekt und Möglichkeiten seiner Anwendung referiert. Der Physiker vom Stuttgarter Max-Planck-Institut für Festkörperphysik hat während seines zweitägigen

Aufenthalts, zu dem ihn die Humboldt-Universität eingeladen hatte, vor allem Fachdiskussionen mit Wissenschaftlern geführt.

### ABSCHIED

Der Vorsitzende des Kuratoriums der in Hannover ansässigen Stiftung Volkswagenwerk, Dr. Werner Remmers, hat mitgeteilt, daß der Ständige Vertreter des Generalsekretärs der Stiftung, Werner Seifart, zum 31. Dezember 1986 die Stiftung verläßt, um sich nach 18 Jahren erfolgreicher Tätigkeit für diese größte private „Stiftung Europas“ anderen Aufgaben auf dem Gebiet des Stiftungsrechts, der Wissenschaftsorganisation und der Forschungsfinanzierung zu widmen.

### MEDIEN

Professor Albert Scharf, stellvertretender Intendant und Justiziar des Bayerischen Rundfunks, ist erneut zum Präsidenten der Europäischen Rundfunk-Union (UER) gewählt worden.

### WAHL

Neuer Präsident des Internationalen Verbandes der Pflanzenzüchter (Assinzel) mit seinem Sitz bei Genf in der Schweiz ist der Engländer T. Martin Cline. Cline, Vorsitzender und ausführender Direktor der Asmer Seeds Ltd. Leicester, ist Nachfolger des ausscheidenden Cornelius Mastenbroek aus Holland. Neuer Generalsekretär wurde der Schweizer Jurist Michel Besson.

### GESTORBEN

Der Mitbegründer und Verleger der zweiten in der amerikanischen Zone lizenzierten Tageszeitung nach dem Zusammenbruch, der im September 1945 erschienenen „Marburger Presse“, Hermann Bauer, ist in Marburg im Alter von 89 Jahren gestorben. Der als Sohn eines Marburger Druckereibesitzers geborene Journalist, der während der Weimarer Republik das 1933 von den Nationalsozialisten verbotene „Hessische Tageblatt“ in Marburg verlegt hatte, gehörte zu den besten Kennern der Marburger Gegenwart und Vergangenheit.

Der frühere Landrat des Kreises Gießen und hessische Landesvorsitzende im Deutschen Jugendherbergswerk, Ernst Türk, ist in Gießen im Alter von 83 Jahren gestorben. Der den Sozialdemokraten angehörende Kommunalpolitiker hatte die Geschichte des Kreises Gießen von 1967 bis 1977 geleitet.



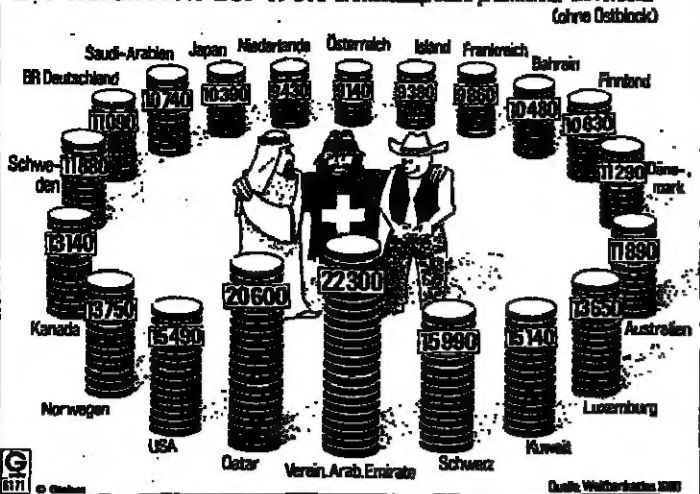
Manifest  
Rätsel

Mittwoch, 23. Juli 1986  
Nr. 168

# WELT DER WIRTSCHAFT

7

## Die Reichsten der Welt



Unter den 20 reichsten Nationen der Welt steht die Bundesrepublik mit 11 090 Dollar Sozialprodukt je Kopf und Jahr im Mittelfeld. An der Spitze liegen die Vereinigten Arabischen Emirate, es folgen Qatar als weiteres Erdöl-Land, die Schweiz und USA. Die Spitzenstellung der Ölscheiche steht angesichts sinkender Öl-Nachfrage bei fallenden Preisen auf tönernen Füßen.

## WELTWIRTSCHAFT

**Assoziationsrat:** Trotz griechischer Bedenken wird der Rat, der sich mit dem EG-Beitritt der Türkei befaßt, erstmals nach mehrjähriger Unterbrechung am 18. September in Brüssel tagen.

**Exportkontrollen:** Der US-Senat hat dem Gesetz zugestimmt, mit dem die Ausfuhr von High-Tech-Produkten an Ostblockländer blockiert werden kann, wenn diese für Rüstungszwecke verwendet werden können.

**Japan:** Stabiles Wachstum zwischen 4 und 5 Prozent bis 1986 sagt das Tokioter Institut für Wirtschaftsforschung voraus. Bis 1995 soll der Dollar einen Wert von nur noch 120 bis 130 (heute rund 155) Yen erreichen.

## FÜR DEN ANLEGER

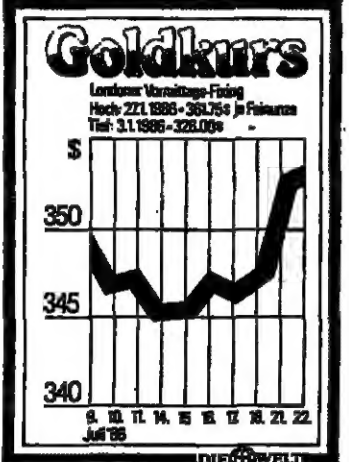
**Wertpapierperspektiven:** Die Bundesbank hat 4,9 Mrd. DM zum Festzins von 4,35 Prozent für die Laufzeit von 28 Tagen zugeteilt.

**Vermögensanlagen:** Für Schäden, die aus seinem fahrlässigen und eigenmächtigen Handeln entstehen, haftet der Berater eines an der Börse tätigen Unternehmens. Dies entschied der 3. Senat des Bundesobersten Gerichtshofs in Kassel. (Az.: 3 AZR 477/83)

**Währungs:** Auf einen neuen historischen Tiefstand ist das Pfund zur D-Mark mit 3,1766 (3,1821) DM in London gefallen. Auch gegenüber dem schwachen Dollar hat die englische Währung mit 1,4945 (1,5010) Dollar noch nach. Die Rohölpreise für englische Sorten lagen um 10 Pfund.

**Floating-Rate-Notes:** Eine 200-Mill.-Dollar-Anleihe begibt die Commerzbank Overseas Finance. Die siebenjährige Anleihe wird mit 6-Monats-Läusen verzinst, zu pari begeben und von der Commerzbank AG garantiert.

**Electricité de France:** Eine Anleihe über 300 Mill. DM mit einer Laufzeit von zehn Jahren und einem Jahreszins von 6,125 Prozent wird von der Republik



**WELT-Aktien-Indizes:** Gesamt: 241,64 (243,50); Chemie: 142,55 (143,67); Elektro: 282,72 (283,97); Auto: 639,48 (647,61); Maschinenbau: 135,82 (137,05); Versorgung: 137,38 (138,51); Banken: 368,10 (371,40); Warenhäuser: 139,87 (140,12); Bauwirtschaft: 464,97 (468,33); Konsumgüter: 163,85 (164,06); Versicherung: 1249,69 (1255,42); Stahl: 141,55 (142,49).

Nachbörsen: Behauptet.

## MÄRKTE & POLITIK

**Kohle:** Um die Hälfte auf mehr als 7 Mrd. DM werden die Subventionen für den deutschen Steinkohlenbergbau 1986 steigen, schätzt der Verein Deutscher Kohlenimporteure. Pro Beschäftigten ergibt das 44 000 DM. (S. 9)

**Agrarpolitik:** Für eine Abstimmung zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, damit Fortschritte in der EG erzielt würden, haben sich die Landwirtschaftsminister Kiechle und Guillaume ausgesprochen. 1987 sollen die Preise weiter erhöht werden, erklärten beide nach einem Treffen in Nancy.

**Stahl:** In der ersten Jahreshälfte

sank die Produktion in der westlichen Welt um 2,2 Prozent auf auf 215,6 Mill. Tonnen Rohstahl.

**Westfalen-AG:** An den Gesetzgeber wird appelliert, verbleibende Normalbenzin schnellstens aus dem Verkehr zu ziehen. Es habe keine Zukunft mehr und belastet kleinere Tankstellen sehr stark, weil sie in der Übergangszeit zwei Tanks vorhalten müßten.

**Tourismus:** Das Gastgewerbe beurteilt das Sommergeschäft positiv, hat der Arbeitskreis Fremdenverkehr im DIHT ermittelt. Die Investitionsbereitschaft sei „nach wie vor hoch“. Viele Betriebe wollen mehr Mitarbeiter einstellen.

## UNTERNEHMEN & BRANCHEN

**MBB:** Eine klare Absage an eine Wert-Beteiligung hat der Vorsitzende der Geschäftsführung, Volgel, abgegeben. Spekulationen, die sich um die Wert-Gruppe Harmsdorf rankten, hätten keinerlei Grundlage. (S. 8)

**Waschmaschinen:** waren neben Mikrowellenherden der Renner beim ostwestfälischen Hausgerätehersteller. (S. 8)

**Bertelsmann:** Die Druck- und Industriebetriebe expandieren weiter. Besondere Erfolge erzielen die ausländischen Töchter, die 45 Prozent zum Umsatz beitragen. (S. 9)



**Enkelstand:** Dr. Jürgen Stech, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Gas- und Wasserwirtschaft und Vorstandsvorsitzender der Technischen Werke der Stadt Stuttgart AG (TWS),

wird am 28. Juli 65 Jahre alt. Er tritt am 31. Dezember in den Ruhestand. Sein Nachfolger bei TWS wird Vorstandsmittglied Prof. Dr. Heinz Brüderlin.

**Versicherer:** Als Nachfolger des verstorbenen Dr. Heinz Bach ist Dr. Hans Karl Jähel, Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Krankenversicherungs AG, München, in den Vorstand des Verbandes der privaten Krankenversicherungen, Köln, gewählt worden.

**Das Spiel ist das einzige, was Männer wirklich ernst nehmen. Deshalb sind Spielregeln älter als alle Gesetze der Welt.**  
Peter Bamm, Schriftsteller

## Das Vermögensbildungsgesetz stößt in der Wirtschaft auf harte Kritik

DIHT: Überaus komplizierte Regelungen bringen unzumutbaren Verwaltungsaufwand

Die vermögenspolitischen Pläne der Bundesregierung finden in der Wirtschaft ein sehr kritisches Echo. Während der DGB sich gegen die Bevorzugung von Beteiligungswerten gegenüber der Sparförderung wendet, halten die Spitzenverbände der Wirtschaft viele Regelungen der geplanten zweiten Stufe der Vermögensbildung für zu kompliziert und wenig praktikabel.

Nach Ansicht des Deutschen Industrie- und Handelsklages laufen die Bestimmungen des Entwurfs, den das Kabinett Anfang August beschließen will, der Förderung nach Gesetzes- und Verwaltungsvereinfachung diametral zueinander. Als Beispiel greift die Spitzenorganisation der Industrie- und Handelskammern die Neufassung des Paragraphen 19a Einkommensteuergesetz heraus. Danach sind künftig, wenn der Arbeitgeber seinen Beschäftigten Beteiligungswerte zur Verfügung stellt, bis zu 500 (bisher 300) Mark jährlich einkommensteuer- und sozialabgabenfrei.

Die Anhebung des Freibetrags entspricht einer alten Forderung der Wirtschaft, gesteht der DIHT zu, fragt aber, ob es nötig sei, die bisher schon sehr komplizierte Vorschrift noch auf dann zehn Absätze mit über 20 Unterabsätzen zu verlängern. „Die Anwendung des vorgesehenen Paragraphen

19a EStG würde zu einer unzumutbaren Belastung der Lohnbüros, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen, führen. Es muß nämlich in jedem Einzelfall überprüft werden, ob Lohnsteuer und Arbeitnehmer-Sparzulage zurecht einbehalten und abgeführt beziehungsweise ausgesetzt werden“, heißt es in der DIHT-Stellungnahme. Daß Prüfungspflicht und Haftung des Arbeitgebers nicht geklärt seien, bemängelt auch die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA).

Für den DIHT stellt sich die grundsätzliche Frage, ob eine staatliche Förderung der Vermögensbildung notwendig ist. Denn bei einer allgemeinen steuerlichen Entlastung könnten sich vermögenswirksame Leistungen des Staates erübrigen.

Ähnlich grundsätzlich fällt die Kritik des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) aus. „Die Beschäftigungspolitik hat für uns absoluten Vorrang“, betont Wilfried Höhn, Vermögensbildungsexperte des DGB. Die Erhöhung des Lohnsteuerfreibetrags aber enge den Finanzierungsspielraum für eine beschäftigungssichernde Fiskalpolitik weiter ein. Mit der Steuervergünstigung und der Einbeziehung von GmbH-Anteilen in den Anlagekatalog werde die Förderung betrieblicher Beteiligungsmodelle weiter ausgedehnt. Die aber lehnt der DGB kategorisch ab, weil die, wie Höhn betont, dem Arbeitnehmer „mehr Nachteile als Vorteile“ bescheren. Der DGB fordert für alle betrieblichen Beteiligungen eine Insolvenzversicherung.

Die Beteiligungs-Sondervermögen, von denen sich Bonn einen Durchbruch bei der überbetrieblichen Mitarbeiterbeteiligung verspricht, sind für den DGB kein Ersatz für Tariflöhne. Aber auch die Bundesvereinigung sieht darin keine praktikable Lösung, da die Probleme der Bewertung und der Liquiditätskrisen dieser speziellen Form von Investitionsfonds, die bis zu 30 Prozent ihres Vermögens in stillen Beteiligungen anlegen können, nicht ausgeräumt seien.

## Kein Mieterschutz für kleine Läden

Antwort der Bundesregierung auf Anfrage der SPD - Neue bürokratische Hemmnisse

ARNULF GOSCH, Bonn

Eine Verstärkung des Mieterschutzes für kleine und mittlere Gewerbetreibende in den Innenstädten hält die Bundesregierung nicht für erforderlich. In seiner jetzt veröffentlichten Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion erklärt der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, Martin Grüner, daß eine Verstärkung des Mieterschutzes speziell für diese Gruppierung zu einer Spaltung des Mieterschutzes für Geschäftsräume führen würde. Je nach Betriebsgröße, Betriebsart und Standort würde entweder Mieterschutz mit einfachem oder mit „verstärktem“ Mieterschutz gelten. Schon deshalb könne eine solche Maßnahme nicht in Betracht kommen.

Vor allem aber wäre nach Grüners Worten zu befürchten, daß ein Sonderrecht mit verstärktem Mieterschutzbestimmungen für Klein- und Mittelbetriebe deren Mitbewerbschancen bei der Anmietung attraktiver Geschäftsräume nicht unerheblich verschlechtern würde.

Der Vermieter würde sich regelmäßig die zusätzliche Einschränkung seiner Rechte durch einen Mietzuschlag abgeben lassen oder aber von vornherein an einen Bewerber vermieten, für den die Schutzvorschriften nicht gelten. Erst recht wäre es widersprüchlich, wenn gleichzeitig mit der ansatzweisen Herstellung marktwirtschaftlicher Verhältnisse im Wohnungsbereich die Vertragsfreiheit im Geschäftsbereich durch Ausdehnung des gesetzlichen Mieterschutzes eingeschränkt würde.

Auch eine Verlängerung der gesetzlichen Kündigungsfrist bei Geschäftsräumen wird von der Bundesregierung nicht in Erwägung gezogen. Grüner verweist in diesem Zusammenhang auf die Antwort des Staatssekretärs Kinkel vom 21. 10. 1983.

An anderer Stelle erinnert Grüner

an die verstärkten Anstrengungen der Bundesregierung zur Deregulierung und zum Abbau übermäßiger und überflüssiger bürokratischer Hemmnisse, die den Unternehmen mehr Freiheits- und Handlungsspielräume brächten und so deren Existenzsicherung beitrügen könnten.

In diesem Sinne könnte auch die angestrebte Flexibilisierung der Ladeneöffnungszeiten nicht nur den Verbrauchern, sondern auch vielen mittelständischen Gewerbetreibenden, insbesondere kleineren unabhängigen Einzelhandelsgeschäften in den Stadtzentren, neue Chancen eröffnen.

Im übrigen geht die Bundesregierung davon aus, daß der anhaltende konjunkturelle Aufschwung - insbesondere auch die zunehmend verbesserten Binnenkonjunktur und der in diesem und im nächsten Jahr zu erwartende Kaufkraftzuwachs - zu einer weiteren nachhaltigen Belebung der Geschäftstätigkeit im Einzelhandel führen werde.

## US-Sozialprodukt um 1,1 Prozent angestiegen

VWD, Washington

Um real 1,1 Prozent hat sich das Bruttoinlandsprodukt in den USA im zweiten Quartal erhöht. Dieses Wachstum liegt am unteren Ende der Prognosen. Gleichzeitig wurde die Wachstumsrate für das erste Quartal auf 3,8 Prozent gegenüber dem zunächst gemeldeten 2,9 Prozent nach oben revidiert, teilt das US-Handelsministerium mit. Die Inflationsrate im Rahmen der Sozialproduktberechnung wird für das zweite Quartal mit 2,1 Prozent angegeben. Sie liegt damit am oberen Ende der Prognosen.

Die saisonbereinigte Jahresrate für das Bruttoinlandsprodukt von real 1,1 Prozent im zweiten Quartal ist nach Angaben des Handelsministeriums die niedrigste seit dem vierten Quartal 1982 (0,9). Für das erste Halbjahr wird das reale Wachstum mit 2,4 Prozent angegeben. Um das von der Regierung vorgegebene Wachstumsziel von vier Prozent zu erreichen, müßte sich das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Halbjahr nach Angaben des Ministeriums um real 5,6 Prozent erhöhen. Die Inflationsrate von 2,1 Prozent im zweiten Quartal ist die niedrigste seit dem zweiten Quartal 1987, als kein Preisanstieg zu verzeichnen war. Für das erste Quartal ergibt sich eine revidierte Rate von 2,5 (2,9) Prozent.

## AUF EIN WORT



„Während wir unsere Subventionen zurückzahlen sollen, dürfen unsere EG-Konkurrenten ihre gigantischen Subventionen natürlich behalten. Die Bundesregierung müßte hier mit zweierlei Maß nachsichtigen Verständnis für unsere Konkurrenten - drakonische Härte und bürokratische Pöngerei gegenüber der bedürftigen eigenen Stahlindustrie.“

Dr. Detlef Rohwedder, Vorstandsvorsitzender der Hoesch AG, Dortmund.

## Sozialwahlen 86: „Sonstige“ legten um acht Sitze zu

tl. Bonn

Bemerkenswert ist vor allem das gute Abschneiden der sonstigen Arbeitnehmervereinigungen bei den Angestellten-Erwerbslosen. Diese Feststellung traf der Bundesbeauftragte für die Sozialwahlen 1986, der SPD-Bundestagsabgeordnete, Eugen Glombig, gestern vor der Presse. Diese Gemeinschaften, die meistens den Namen des Versicherungsträgers benutzen, erreichten in den Wahlen des Jahres 1980 bei den sechs Erwerbslosen, bei denen aus jetzt wieder gewählt wurde, 138 Sitze. Das Ergebnis der diesjährigen Wahlen erhöhte diese Zahl auf 146 von 230 verfügbaren Sitzen. Glombig teilte mit, daß nur noch bei 35 Versicherungsträgern im Vergleich zu 49 im Jahr 1980 wirkliche Wahlhandlungen stattfanden. Die Zahl der Wähler sei dennoch wegen der größeren Zahl der Versicherungsträger bei der Bundesversicherunganstalt für Angestellte und den Erwerbslosen auf fast 35,3 Mill. gegenüber 32,8 Mill. vor sechs Jahren gewachsen. Die Zahl der abgegebenen Stimmen sei 1986 mit 15,46 Mill. höher gewesen als die fast 14,37 Mill. bei der letzten Sozialwahl. Die Wahlbeteiligung habe 43,85 Prozent betragen und sei damit gegenüber den 43,78 Prozent vor sechs Jahren so gut wie unverändert geblieben.

## Etikettenschwindel

Von THOMAS LINKE

Im Grunde hat sich bei den diesjährigen Sozialwahlen wieder die alte Konstellation ergeben. Die Interessen- und Mitgliederorganisationen gingen meistens als Sieger aus dem Rennen um die Sitze in den Parlamenten der Sozialversicherungsträger hervor - die Gewerkschaften werden wieder das alte Lied von der gesetzlich erlaubten Wählerentscheidung, dem unlauteren Wettbewerb und dem Etikettenschwindel singen, so wie sie es schon vor den Wahlen getan haben. Nur, es hat auch dieses Mal nichts geändert.

Ist denn nun der Wahlberechtigte so dumm, daß er die Warnungen nicht richtig verstanden hat? Oder will der Angestellte - dem Arbeiter haben die Gewerkschaften die Entscheidung über seine Vertreter in den Selbstverwaltungsorganen meistens schon abgenommen - bewußt sein Kreuzchen an eine Stelle setzen, wo nicht unbedingt DGB, ÖTV oder DAG steht? Es trifft wohl von beidem etwas zu.

Bei den diesjährigen Sozialwahlen hat sich wieder die alte Konstellation ergeben. Das Ergebnis läßt sich als Votum gegen die Allmacht der Gewerkschaften interpretieren.

stimmten nicht mehr nur Funktionäre und Organisierte ab, die damals wohl allein wußten, was Sozialwahlen überhaupt sind. Auch der unorganisierte Arbeitnehmer konnte in Verbindung mit einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit an die Wahlurne, sprich den Briefkasten, gelockt werden.

Doch die Gewerkschaften sollten es sich nicht zu leicht machen, die Ergebnisse allein diesen für sie sicher unvorteilhaften Veränderungen in die Schuhe zu schieben. Die Ergebnisse bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte oder bei den Ersatzkassen lassen sich auch anders deuten. Obwohl viele Wähler mit Namen wie Techniker-Krankenkasse-Will der Arbeiter Interessengemeinschaft oder DAK Mitglieder der Gewerkschaften sind, haben sie genau an der Stelle ihr Kreuzchen gemacht. Und das wird ja einen Grund haben.

War es das kleinere Übel? Denn gegen den DGB proklamierten Alleinvertretungsanspruch half eben nur die Stimme für Kandidaten, die keiner kennt und die aus finanziellen Gründen auch keinen Wahlkampf führen konnten. Insofern läßt sich das Ergebnis auch als Votum gegen die Allmacht der Gewerkschaften interpretieren. Immerhin ist in dieser Republik nur jeder dritte abhängig Beschäftigte in einer Gewerkschaft. Bei den Angestellten sind es noch weniger. Hier ist eine der ganz wenigen Möglichkeiten, zu zeigen, was man vom Alleinvertretungsanspruch der Gewerkschaften hält.

Unglaublich wird das ganze Geschehen der Gewerkschaften um ein neues Wahlsystem, wenn der verblüffte Wähler auf einmal feststellen muß, daß die Gewerkschaften nun selber Etikettenschwindel betreiben und mit einer der sonst so gescholtenen freien Listen koalieren, wie etwa die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft bei der BfA.

Bei den nächsten Sozialwahlen 1992 müssen dann auch diese „Gewerkschaftslisten“ Farbe bekennen. Dann reicht der Name des Versicherungsträgers allein nicht mehr aus. Es müssen aussagefähige Programme vorgelegt werden und der Anteil der Bediensteten des Versicherungsträgers darf nicht über 25 Prozent liegen. Man darf auf die Ergebnisse gespannt sein - auch wenn die stark beschnittenen Kompetenzen die Selbstverwaltung an sich auch weiter in Frage stellen. Daran wird die auch diesmal wieder sehr ansehnliche Wahlbeteiligung nichts ändern.

## Verbal mutig

hg - In Sachen Ladenschluß zeigt die FDP gelegentlich Mut - jedenfalls verbal. Jüngster Beweis ist die Aussage von Staatssekretär Martin Grüner, daß die von der Bundesregierung angestrebte Flexibilisierung der Ladeneöffnungszeiten nicht nur dem Verbraucher nützen werde, sondern auch dem mittelständischen Einzelhandel.

Der wird die Botschaft hören und bestimmt nicht daran glauben. Nicht umsonst haben einschlägige Verbandsfunktionäre und Politiker - vor allem jene, die sich gern mit dem Etikett „Mittelstand“ schmücken - jahrelang an der Basis Seelen gemästet. So daß heute kein Einzelhändler und schon gar kein mittelständischer Gefallen daran fände, etwa im Sommer nachmittags schwimmen zu gehen und dafür seinen Laden am Abend länger offen zuhalten. Lieber wartet er schweigend auf Kundschaft - die ist natürlich im Schwimmbad - und er quiekt sich an der Erkenntnis, daß in diesem Staat alles seine Ordnung haben muß. Und darum macht er um halb sieben seinen Laden zu.

Es ist verständlich, wenn die FDP an dieser Ordnung rüttelt. Gleichwohl ist es kühn, zu behaupten, daß die Bundesregierung eine Flexibilisierung des Gesetzes anstrebe. Die CDU strebt mitnichten. Ihre vor zwei Jahren eingesetzte Ladenschlußkommission ist nämlich zu der Überzeugung gekommen, daß man dabei nicht wolle. So daß sich der kleine Koalitionspartner, wenn er hier wirklich etwas in Bewegung bringen möchte, schon ziemlich warm anziehen muß. Und auch dann könnte es am Ende so ausgehen wie der kürzlich verabschiedete kümmerliche Kompromiß für Bahnhöfe und Flughäfen - da hat die FDP leider keinen besonderen Mut bewiesen.

## Mexiko erhält neuen Milliardenkredit

Abkommen mit dem Währungsfonds unterschrieben - Banken-Verhandlungen gehen weiter

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Unterzeichnung eines Beistandsabkommens zwischen dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und Mexiko steht unmittelbar bevor, nachdem eine Regierungsdelegation des mittelamerikanischen Landes ihre Ankunft in Washington anvisiert hat. Nach dem Programm wird sie eine Absichtserklärung mit den Einzelheiten der geplanten Wirtschaftsreform vorlegen. Im Gegenzug stimmt der IWF einem Kredit über rund 1,5 Mrd. Dollar zu, der in den kommenden 12 Monaten in Etappen gezogen werden kann.

Gerechnet wird damit, daß die Verhandlungen mit dem Geschäftsbanken im September zu einem Ergebnis führen. US-Finanzminister Baker und der Vorsitzende des Federal Reserve Board, Volcker, haben die führenden Gläubigerinstitutionen in einem Gespräch bereits darauf hingewiesen, daß Mexiko von ihnen 5 bis 6 Mrd. Dollar an „rischem“ Geld fordern wird. Davon sollen 2,5 Mrd. Dollar 1986 und der Rest 1987 ausbezahlt werden, wobei die Entwicklung des Ölpreises berücksichtigt wird.

Aus der Sicht der Reagan-Administration wird Mexiko zum Testfall. In den nächsten Wochen muß sich erweisen, ob die Baker-Initiative wirklich faßt. Sie sieht tiefgreifende Reformen der Schuldenländer vor, während als Belohnung der IWF, die Weltbank und andere Entwicklungsorganisationen sowie die Privatbanken harte Valuten bereitstellen. Falls die Banken den Ölpreis-Mechanismus akzeptieren, müßten sie bei einer weiteren Ölpreiserhöhung ihre Ausleihungen auf 7 Mrd. Dollar erhöhen. In Bankkreisen werden deshalb schon skeptische Stimmen laut.

Noch keine Einigung ist zwischen den USA und Mexiko über einen Überbrückungskredit erzielt worden. Genannt werden 1,5 Mrd. Dollar, die von den Vereinigten Staaten, multilateralen Entwicklungsinstitutionen und den Privatbanken kommen sollen. Eine solche Aktion wäre nicht nötig, wenn das Gesamtpaket bis spätestens Ende September geschnürt ist. Denn dann könnte der IWF die erste Rate ausbezahlen.

Die mexikanische Regierung ist insofern in einer schwierigen Position, als sie das Haushaltsdefizit um gut ein Zehntel kappen muß, wenn das Reformprogramm bei den Gläubigern Anklang finden soll. Zur Zeit macht es mehr als 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus.

## Weltweit wurden 2,2 Prozent Rohstahl weniger produziert

Die Staaten der EG verzeichneten die stärksten Einbußen

AP, Brüssel

In der ersten Jahreshälfte 1986 haben die wichtigsten Stahlproduzenten der westlichen Welt mit 215,6 Mill. Tonnen Rohstahl 2,2 Prozent weniger produziert als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, wie das Internationale Institut für Eisen und Stahl am Dienstag in Brüssel berichtete. Im Juni 1986 habe der Produktionsrückgang in diesen Ländern mit 34,4 Mill. Tonnen Stahl gegenüber dem Juni 1985 sogar bei 8,7 Prozent gelegen, hieß es.

Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft waren dem Bericht zufolge hiervon am stärksten betroffen. Der Ausstoß von Stahl sank im vergangenen Monat um elf Prozent auf 10,47 Mill. Tonnen. Nach Angaben des

Instituts verzeichneten die Stahlproduzenten in Großbritannien, Portugal, Belgien und der Bundesrepublik die stärksten Einbußen. In den USA verließen im Juni 1986 6,07 Mill. Tonnen Stahl die Hüttenwerke, acht Prozent weniger als im im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Mit 8,25 Mill. Tonnen lag der Rückgang in Japan bei sechs Prozent. Im Gegensatz zum weltweiten Trend konnte Südkorea seine Stahlproduktion um sechs Prozent auf 1,2 Mill. Tonnen im Juni steigern. Das Institut gab an, daß auf die von ihr untersuchten Stahlproduzenten 97 Prozent der Weltstahlproduktion des vergangenen Jahres entfallen sei, wobei die Staaten des Ostblocks, China und Nordkorea nicht berücksichtigt wurden.



## Holtzmann: Plus im Papierexport

Ein insgesamt positives Geschäftsjahr 1986 prognostiziert der renommierte Papierhersteller E. Holtzmann & Cie. AG, Weisenbach im Mürital. Der Umsatz lag im ersten Quartal mit 162 Mill. DM auf Vorjahresniveau. Zwar habe sich die unbefriedigende Lage beim Zellstoff fortgesetzt, doch habe man dies durch Mehrumsätze in anderen Bereichen nahezu ausgeglichen.

Im Geschäftsjahr 1985 war bei Holtzmann die Produktion von Papier, Karton, Papierverarbeitungsprodukten und Zellstoff leicht um 1,3

Prozent auf 539 000 Tonnen zurückgegangen. Demgegenüber verbesserte sich jedoch der Außenumsatz in Folge gestiegener durchschnittlicher Verkaufspreise um 4,8 Prozent auf 663 Mill. DM. Während das Inlandsgeschäft nur leicht über dem Stand des Vorjahres lag, weitete sich das Exportgeschäft auf einen Umsatzanteil von 31,8 (28,9) Prozent aus.

Der Absatz von Zeitungsdruckpapier sei unter dem Vorjahreswert geblieben, habe sich bei Zeitungsdruckpapier aber auf hohem Niveau gehalten. Eine gute Auslastung zeigten die drei Bereiche Karton, Spezialpapiere und Tapetenrohstoffe.

Ausgewiesen wird ein auf 8,5 (7,7) Mill. DM erhöhter Jahresüberschuss, aus dem 4,2 (3,8) Mill. DM den Rücklagen zugeführt und eine Dividende von acht Prozent auf das überwiegender in Familienbesitz befindliche Aktienkapital von 52 Mill. DM ausgeschüttet werden. Das Unternehmen arbeitet mit einer Eigenmittellquote von 21,0 (21,6) Prozent. Beschäftigt werden über 1800 Mitarbeiter.

Informieren Sie sich jeden Samstag im großen Stellenanzeigenteil für Fach- und Führungskräfte

101-108

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## „Beteiligung an Zukunftsprojekten ist unverzichtbar“

MBB will die Raumfahrt zu einem Schwerpunkt ausbauen – Hoffnung auf weitere Exportaufträge für den Tornado

DANKWARD SEITZ, München: „Wir haben theoretisch schon alle Fähigkeiten verfügbar, die für die übernächste Antriebsgeneration im Rahmen von Hyperschallprogrammen erforderlich sind.“ Der Blick in die Zukunft von Hanns Arnt Vogels, Vorsitzender der Geschäftsführung der MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH in Ottobrunn, umfasst nicht einen Zeitraum von 20 oder 50 Jahren, sondern geht weit ins nächste Jahrtausend hinein. Und damit wird wohl am besten charakterisiert, in welcher Größenordnung heute bereits beim größten deutschen Luft- und Raumfahrtkonzern gedacht wird.

Eine Zukunft, in der junge und neue Technologien zu neuen Produktansätzen führen und schon in einer überschaubaren Zeit große, attraktive Märkte eröffnen werden. Darauf muß sich MBB, so Vogels, einstellen und die notwendigen Konsequenzen ziehen. Dabei wird „der Weltraum rasch zu einer neuen Dimension für alle Aktivitäten“. Damit jedoch die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie den Anschluß an diese Entwicklung nicht verpaßt, ist es nach Ansicht des MBB-Chefs eine „unverzichtbare Voraussetzung, daß die Bundesrepublik an allen kommenden oder sich abzeichnenden Programmen (Hermes, Columbus,

Eureka, Jäger 90, Sänger oder Holo) eine „substantielle Beteiligung von mindestens 30 Prozent“ eingeht. Das erklärte Ziel von MBB jedenfalls sei es, an all diesen Projekten als deutscher Systemführer mitzuwirken und technisch anspruchsvolle Arbeitspakete zu übernehmen.

Der Unternehmensbereich Raumfahrt dürfte vor diesem Hintergrund in den nächsten Jahren wohl zu einem Schwerpunkt bei MBB werden. Schon 1990 soll er rund 3 Mrd. DM zum Gesamtumsatz der Gruppe von annähernd 10 Mrd. DM beitragen. Das enorme Wachstum im vergangenen Jahr sei allerdings nur auf vorzeitige Auftragsabrechnungen zurückzuführen; 1986 werde daher der Umsatz wieder auf rund 400 Mill. DM zurückfallen. Weder finanziell noch in der Produktion beeinträchtigt worden sei MBB, so Vogels, von den bedauerlichen Unfällen des Space Shuttles und der Ariane 4.

Recht zuversichtlich beurteilt Vogels auch den zivilen und militärischen Flugzeugbau bei MBB. Mit der Ertüchtung des 7. Loses für das Kampfflugzeug Tornado, das bis 1991 läuft, sei schon die drohende Beschäftigungslücke bis zum Serienanlauf des Jägers 90 im Jahr 1985 deutlich reduziert worden. Und, so Vogels,

warum sollten keine neuen Exportaufträge wie aus Saudi-Arabien und Oman herinkommen? Ebenso sei es doch möglich, daß auch andere NATO-Staaten noch weitere Tornados benötigen. Die Grunddefinition für den Jäger 90 soll Ende 1986 abgeschlossen werden; mit dem Erstflug wird für 1990 gerechnet.

„Erfreulich“ könnte man bereits beim Airbus 320 verbuchen, dessen Erstflug für das Frühjahr 1987 vorgesehen ist. Insgesamt seien von diesem Typ bereits 134 Flugzeuge verkauft und 133 Optionen eingekauft worden. Weiter gedroselt werden mußte dagegen die Produktion der A 300 und A 310, von denen bisher 408 Stück verkauft und 350 ausgeliefert sind. Aus seiner Airbus-Beteiligung mußte MBB schon Ankaufverluste von rund 1,6 Mrd. DM verkraften; davon 135 (110) Mill. DM im vergangenen Jahr. 1986 dürften noch einmal 60 Mill. DM hinzukommen.

Nicht akzeptiert werden konnte, so Vogels, ein Kooperationsangebot des amerikanischen Flugzeugherstellers McDonnell-Douglas. Dies hätte bedeutet, daß Airbus zugunsten einer DC 11 auf die Entwicklung einer A 340 hätten verzichten müssen. Im Gegenzug habe man nun seinerseits den Amerikanern angeboten, die

fräsmaschinen der Maho KG, Pfaffen, in Brasilien vertreiben. Wie Traub mitteilt, wird Traubomatic zu dem Maho-CSC-Fräsmaschinen in Lizenz gefertigt. Im Geschäftsjahr 1986 will die Traub-Gruppe die Gesamtleistung auf 340 (1985: 308) Mill. DM steigern. Die AG erwartet eine Leistung von 250 (207) Mill. DM und eine Dividende von 7 DM je Aktie.

Hohe Investitionen  
Warburg (Hdt.) – Rund 4,3 Mill. DM investiert die Warburger Nahrungsmittelwerke Kurt Holbach GmbH & Co. KG, Warburg, derzeit in den Ausbau ihrer Produktionsanlagen und ihrer Lagerkapazität. An der 100 bis 110 Mill. Kilogramm betragenden bundesdeutschen Jahresproduktion von Gemüsekonserven ist das Unternehmen mit etwa 25 Prozent beteiligt. Es erzielt 1985 einen Umsatz von rund 36 Mill. DM, die Planzahlen für 1986 liegen bei 40 Mill. DM.

Die Filterwerk Mann + Hummel GmbH, Ludwigsburg, ein maßgeblicher Kfz-Zulieferer, erwartet in den kommenden Monaten – abgesehen vom immer noch schwachen Kfz-Absatz – eine zufriedenstellende Auslastung und für 1986 einen bescheidenen realen Umsatzzuwachs. Wie es im Geschäftsbericht 1985 heißt, war das Unternehmen in nahezu allen Bereichen gut beschäftigt.

Der Umsatz der GmbH nahm um 7,7 Prozent auf 636,7 (591,3) Mill. DM zu. Der Jahresüberschuss wird mit 13,8 (13,7) Mill. DM ausgewiesen. Die Gruppe erzielte 1985 eine Umsatzsteigerung auf 823,3 (741) Mill. DM und beschäftigte im Jahresdurchschnitt 7419 (7062) Mitarbeiter, davon 4894 (4750) im Inland. Das Stammkapital von 56 Mill. DM wird nach früheren Angaben zu der Hälfte von den Familien Mann und Hummel gehalten.

## Umsatzsteigerung bei Miele

Umweltfreundliche Waschmaschinen waren die Renner

H. HILDEBRANDT, Gütersloh: Um 11,6 Prozent auf 2,013 (1,80) Milliarden DM konnte Haushaltsgerätehersteller Miele und Cie. Gütersloh, seinen Umsatz im Geschäftsjahr 1985/86 (30.6.) ausbauen, der damit erstmalig die Zwei-Mrd.-DM-Schwelle überschritt. Wie schon im Vorjahr trugen vor allem die Auslandserlöse zu dieser positiven Entwicklung bei. Sie erhöhten sich um 19 (11,4) Prozent auf 1,07 Mrd. DM, obwohl Wechselkursveränderungen die Absatzschancen negativ beeinflussten. Die Schwerpunkte der Exportaktivitäten lagen wiederum in den westeuropäischen Ländern wie Frankreich, den Beneluxstaaten, der Schweiz und Österreich sowie in Übersee, wo das Unternehmen mit eigenen Vertriebsgesellschaften präsent ist.

Die Entwicklung im Inland hat mit der im Ausland zwar nicht Schritt gehalten, die Miele-Gruppe erzielte hier jedoch trotz harten Wettbewerbs ein Umsatzplus von 4,2 Prozent, nachdem im Vorjahr noch ein Minus von sechs Prozent verzeichnet wurde. Da im zurückliegenden Jahr keine Preisanehörungen erfolgten, entspricht dieser Zuwachs einer realen Erhöhung.

Hauptumsatzträger mit mehr als 80 Prozent waren wiederum die Hausge-

räte. Hier gab es vor allem für neue umweltfreundliche Waschmaschinen einen Nachfrageschub, der den Umsatz in diesem Bereich um 20 Prozent ansteigen ließ. Besonders gut im Rennen lagen weiterhin Mikrowellengeräte, hier stieg der Umsatz sogar um 50 Prozent. Eine leicht steigende Tendenz zeigten Kücheneinbaugeräte, während die schwache Bautätigkeit das Geschäft mit kompletten Einbaubänken nicht expandieren ließ. Im Bereich Landtechnik mit Melk- und Milchkuhlmaschinen ergaben sich Zuwächse vor allem aus Auslandsaufträgen.

Bei befriedigender bis voller Auslastung der einzelnen Betriebsstätten stieg die Zahl der Mitarbeiter leicht auf 11 648 (11 271), von denen 20 Prozent im Ausland beschäftigt waren. Miele investierte 86 (66) Mill. DM, wovon wiederum im Ausbau der Produktionsanlagen.

Im neuen Geschäftsjahr wird eine Verbesserung des Konsumklimas im Inland erwartet, die sich günstig auf die Nachfrage auswirken sollte. Nicht so positiv wie in jüngster Vergangenheit wird dagegen das Auslandsgeschäft beurteilt, da hier Valutakürzungen und protektionistische Maßnahmen greifen könnten.

## Mehr ausländische Aussteller

KölnMesse zieht für 1986 eine gute Halbjahr-Bilanz

Py. Köln: Die KölnMesse erwartet nach einem günstigen ersten Halbjahr für das Gesamtjahr 1986 angesichts elf internationaler Messen und Fachausstellungen einen Umsatz von über 180 Mill. DM (davon 15 Mill. DM Auslandsumsatz), was im Vergleich zum Jahr 1984 (wegen des Zweijahresrhythmus vieler Veranstaltungen) eine Steigerung um 23 Prozent bedeutet. Das betriebswirtschaftliche Ergebnis soll mit Sicherheit positiv ausfallen. Nach den Worten des Hauptgeschäftsführers der KölnMesse- und Ausstellungs-GmbH, Dieter Ebert, werden zu den 24 Messeveranstaltungen dieses Jahres über 16 000 Aussteller sowie 900 000 Fachbesucher und Interessenten erwartet.

Im ersten Halbjahr 1986 hat sich im Vergleich zu den vorangegangenen Veranstaltungen die Zahl der Aussteller aus dem Ausland um sechs Prozent auf 9000, die benötigte Fläche um elf Prozent auf 466 000 qm erhöht. Während die Zahl der Auslandsbesucher um 26 Prozent zunahm, blieb der Inlandsbesuch konstant. Ebert begründete das mit dem Hinweis, daß – abgesehen vom ohnehin erreichten Höchstniveau – zu bestimmten Messen statt mehrerer Fachleute eines Unternehmens jetzt gleich die Entscheider kommen.

Inzwischen hat sich die Attraktivität Kölns als Messeplatz für multinationale Geschäftschancen etabliert: Jeder zweite Aussteller und jeder dritte Fachbesucher kommt mittlerweile aus dem Ausland. Nach der Organisation von Messebeteiligungen für 1600 Aussteller an 39 Messen in elf Staaten – Höhepunkt war die Expo '86 in Vancouver – erwartet die Auslandsabteilung der International Center KölnMesse weitere Beteiligungen an 26 Messen in 14 Staaten bis zum Jahresende.

## WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

### Bosch verkauft Resicort

Stuttgart (dpa/VWD) – Die Robert Bosch GmbH, Stuttgart, verkauft ihre Tochterfirma Resicort Beschichtungspulver GmbH, Reutlingen, zum 1. September 1986 an die niederländische DSM Resins B. V. Wie Bosch auf Anfrage erklärte, beschäftigt die Firma 75 Mitarbeiter, die von DSM übernommen werden.

### Stabile Konjunktur

Tokio (dpa/VWD) – Japan kann nach dem Jahresbericht 1986 des Tokioter Instituts für Wirtschaftsforschung in den nächsten zehn Jahren mit einem stabilen Wirtschaftswachstum zwischen vier und fünf Prozent rechnen. Die verstärkte Errichtung von Produktionsstätten im Ausland werde die heimische Wirtschaft nicht schwächen. Bis 1995 werde der Dollar sich voraussichtlich auf einen Wert von 120 bis 130 Yen hinentwickeln. Dies werde jedoch den Exportüber-

### Manila verstaatlicht

Manila (dpa/VWD) – Die philippinische Regierung hat die größte Werft des Landes, Bataan Shipyard and Engineering Corp (Mariveles), samt ihren Tochterfirmen verstaatlicht. Die Gruppe gehörte bisher mehrheitlich Alfredo Romauldez, einem Schwager des gestürzten Präsidenten Ferdinand Marcos. Romauldez floh während des Machtwechsels nach Guam. Seitdem wurden rund 40 Firmen aus dem Besitz von Marcos und seinen Günstlingen verstaatlicht.

### Plus bei Traub

Reichenbach/Fils (dpa/VWD) – Der Werkzeugmaschinenhersteller Traub AG, Reichenbach/Fils, wird ab 1987 über seine Tochtergesellschaft Traubomatic, São Paulo, die Präzisions-

### fräsmaschinen der Maho KG, Pfaffen,

in Brasilien vertreiben. Wie Traub mitteilt, wird Traubomatic zu dem Maho-CSC-Fräsmaschinen in Lizenz gefertigt. Im Geschäftsjahr 1986 will die Traub-Gruppe die Gesamtleistung auf 340 (1985: 308) Mill. DM steigern. Die AG erwartet eine Leistung von 250 (207) Mill. DM und eine Dividende von 7 DM je Aktie.

### Hohe Investitionen

Warburg (Hdt.) – Rund 4,3 Mill. DM investiert die Warburger Nahrungsmittelwerke Kurt Holbach GmbH & Co. KG, Warburg, derzeit in den Ausbau ihrer Produktionsanlagen und ihrer Lagerkapazität. An der 100 bis 110 Mill. Kilogramm betragenden bundesdeutschen Jahresproduktion von Gemüsekonserven ist das Unternehmen mit etwa 25 Prozent beteiligt. Es erzielt 1985 einen Umsatz von rund 36 Mill. DM, die Planzahlen für 1986 liegen bei 40 Mill. DM.

## GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

### Heute so faszinierend wie seit 1000 Jahren ...

Souv. Tempel-Ritterorden vergibt n. Mitgliedschaften. Noble Menschen, die uns human. Ziele fördern u. von d. internat. Gemeinschaft Hochgeschätzter profitieren möchten, sind uns willk. Postfach 21 32, D-7850 Lorrach

Wollen Sie eine Existenz gründen oder Ihre Firma zukunftsorientiert erweitern? In kurzer Zeit erreichen Sie in einem geschützten Verkaufsbereich Spitzenleistungen. Wir bieten ein bewährtes, installationsreifes

**Alarmsystem**  
mit völlig neuer Technik. Nur geringes Startkapital erforderlich. Fordern Sie ausführliche Informationen an bei: Proktor GmbH, Seidenwall 4, 2000 Hamburg 1, Tel. 0 40 / 32 12 22

**Führungsaufgaben und Inspektionen**  
nach Ihren Vorgaben übernehme ich nach Vereinbarung.  
Ing. H. Troche  
Tanneberg 5, 2258 Oersdorf  
Tel. 0 41 81 / 20 67

**Leistungsfähige Textilfabrik**  
bietet Kapazität 2 x 1 Mio T-Shirt bzw. Damen-, Herren- oder Kinderbekleidung an. Angebote unter X 3880 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Nur Erfolg zählt**  
Eben. Gehelndemstanz übernimmt diskrete Aufträge aller Art. Postfach 11 02, 8361 Amping

**Kriminalhauptkommissar**  
(vorzeitig pensioniert) übernimmt diskrete Ermittlungs- und Observationsaufgaben sowie Personenschutz.  
Zuschr. erb. u. W 3801 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

**Import von Textilien**  
100 Prozent Baumwolle (Pullover, Handgestrickt, Lacoste-Shirts, Lederhosen etc.) sowie Flechtfrisch und tiefgefroren. Zum Beispiel Zander, Trümpsch, Hecht. Handelsunternehmen aus Istanbul (Import/Export) sucht deutsche Geschäftspartner.  
Kontakt unter Tel. 0 97 23 / 44 63

**ISRAEL**  
Geschäftsmann übernimmt Import-Export-Verbindungen aller Art. Zuschriften unter Y 3903 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

**Time-Sharing Vertriebsgesellschaft** zwecks Verwertung interessanter Objekte in Österreich gesucht.  
A-5014 Salzburg, Postfach 53

**Spezialist für PC-Hardware**  
u. Software-Entwicklung hat nach freier Kapazität, Vereinbaren Sie jetzt einen Termin. Tel. 0 48 71 / 6 65

**Wenn Sie es eilig haben,**  
können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber  
8 579 104 aufgeben.

## STELLENGESUCHE

### Volljuristin

28 Jahre, led., ortszugehörig, einzelfreudig, mit bes. Interesse für Zivilrecht u. Bankrecht, sucht Möglichkeit, Berufserfahrung zu erwerben durch verantwortungsvolle Mitarbeit bei Bank, Versicherung, Verband oder Anwalt.  
Zuschr. erb. u. T 3888 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Betriebswirt des Handwerks

40 J., langjährige Erfahrung im Verkauf, Organisation, Marketing, Betriebsleitung, sucht neue verantwortungsvolle Tätigkeit als Geschäftsführer oder Vertriebsleiter oder in Schulung von Mitarbeitern.  
Zuschr. u. D 3888 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Geschäftsführer**  
qualifiziert, m. langjähr. Berufserf. sucht neue Tätigkeit. Tel. 0 49 68/42 40 v. 17.30-19.00 Uhr, od. Zuschr. u. B 3882 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Verkaufsleiter

mit 25jähriger Außendienst Erfahrung in der Nahrungsmittelindustrie und im chemisch-technischen Bereich sowie mit guten Kontakten und Erfolgsmachweisen in den genannten Bereichen sucht zum 1. September 1986 einen neuen Wirkungskreis im Angestelltenverhältnis. Der Aufbau einer Verkaufsmannschaft, die Motivation und Training von Außendienstmitarbeitern sowie die Kontrolle gehörten bisher zu meinen Aufgaben. Eine Umstellung in eine andere Branche würde mich ebenfalls interessieren.  
Zuschr. u. F 3888 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Technischer Kaufmann

sucht in Berlin Tätigkeit im Innen- u. Außendienst. Zuschr. unter A 3883 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

### Chauffeur

bei Firmen, Verbänden o. d. Gepl. Umgangformen, seriöses Äußere sowie strenge Disziplin sind selbstverständlich. Gute engl. Sprachkenntnisse. Referenzen. Zuschr. u. Z 3887 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suche Ausbildungsplatz in einem renommierten Hotel als Hotelchef. Bin 29 Jahre, stand. gep. gute Disziplin, sehr motiviert.  
Zuschr. unter C 3885 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Speditionskaufmann

44 J., fund. techn. u. techn. Kenntnisse, mehrj. Auslands Erfahrung in einer intern. Spedition. Log. Staboffiz. BW d. R., sucht ab sofort neuen Wirkungskreis.  
Zuschr. erb. u. Y 3881 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Dipl.-Kaufmann

37 Jahre, unget. unget. Erfahrung vor allem in Marketing/Vertrieb, Planung und Controlling in verschiedenen Branchen, sucht anspruchsvolle Aufgabe.  
Zuschr. erb. u. B 3886 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Kriminalhauptkommissar

(vorzeitig pensioniert) sucht neue Aufgabe im Sicherheitsbereich.  
Zuschr. erb. u. E 3808 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

### Filialeiter

Volljurist, 33 Jahre, in ungekündigter Stellung bei deutscher Großbank. Traineeausbildung und Ausbilderzeugnisprüfung. Prokurist.  
Sucht neue Aufgabe als Filialeiter; aus persönlichen Gründen vorzugsweise Großraum Hamburg.  
Zuschriften erbeten unter P 3895 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Von null auf 1 Million in 3 Jahren!

Junger, selbständiger Geschäftsmann, 29, standortungebunden, mit solider kaufmännischer Ausbildung (kein Studium), sucht interessante und anspruchsvolle Tätigkeit in der Wirtschaft.  
Als unverwundlicher Optimist mit Ideenreichtum und Überzeugungskraft, Risikobereitschaft und Selbstvertrauen, habe ich das oben genannte Ergebnis schon einmal erreicht.  
Außer einem starken Willen zum Erfolg sind Verhandlungsgeschick, sicheres Auftreten, umfangreiche Erfahrungen und Know-how im Verkauf, Handelsgeist und Telefonmarketing vorhanden. Wenn Sie einen geschickten, aber fairen und menschlichen Verhandlungspartner benötigen, dann sollten wir uns kennenlernen.  
Die entsprechende Aufgabe/Tätigkeit sollte mit mindestens DM 100 000,- p. a. vergütet werden.  
Zuschriften unter B 3884 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Journalist

ungekündigt, in verantwortlicher Position bei Tageszeitung, wünscht neuen Arbeitsplatz mit Aufstiegschancen.  
Zuschr. unter Z 3882 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Dipl.-Ing. Maschinenbau

39 J., led., einmündig, in ungek. Stellung, jetzt über 6 Jahre als Beratungsingenieur in der Maschinenbauindustrie tätig. Technik-Verkauf, sucht neuen adäquaten Tätigkeitsbereich.  
Ang. unter Z 3882 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Verkaufsleiter

40 J., mit langjähriger Brauereierfahrung, sucht neue Aufgabe im Raum Düsseldorf, Köln, Krefeld oder andere Bereiche.  
Zuschr. u. K 3825 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Suchen Sie eine verantwortliche

Position, attraktive Reise- und Auslandsaufträge, unter E 4008 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

### Org.-Programmierer als SAP-Betreuer

der über mindestens 1 Jahr praktische Erfahrung mit SAP verfügen mußte. Wir setzen ein: RF, RM, RV; geplant RL, RA, RK.  
Wir helfen Ihnen nicht nur bei der Einarbeitung, sondern auch bei einem eventuellen Umzug in den Raum Minden/Lübbecke.  
Ihre Bewerbung erbitten wir an unsere Personalabteilung  
Eichendorffstraße 16-22, 4992 Espeikamp

### GAUSELMANN SPIELGERÄTE

VERKEHRS WACHT

VERKEHRS WACHT

VERKEHRS WACHT

VERKEHRS WACHT

VERKEHRS WACHT

VERKEHRS WACHT

VERKEHRS WACHT

VERKEHRS WACHT

VERKEHRS WACHT

VERKEHRS WACHT

VERKEHRS WACHT

## STELLENANGEBOTE

### PROFI MACHT PROFIT

Dyn. Manager (33), Führungs- und Leistungsstärke, vertraut mit aller Aufbauarbeit, analysiert und beseitigt Schwächen, konzipiert und setzt notwendige Optimierungsmaßnahmen durch in den Bereichen Marketing – Beschaffung – Finanzierung – Controlling – Strategie. Ihre Kontaktaufnahme wird absolut vertraulich behandelt.  
Zuschr. erb. u. H 3880 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Dipl.-Ing., Dipl.-Wirtschaftsing. (FH)

Baubranche, Anfang 40, verheiratet, langjährige Erfahrung im Baubürger-geschäft, fundierte Kenntnisse in Bautechnik, Baurecht, Vertrieb, Personalführung.  
Jetztige Tätigkeit: Vertriebsleitung für Norddeutschland.  
Sucht neue Aufgabe in Immobilien-/Verkehrsbranche, Bautechnikindustrie.  
Zuschriften erb. u. Y 3740 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### Staatlich geprüfter Versorgungstechniker

27 Jahre, sucht Anstellung in der Heizungs-, Sanitär-, Klima-, Lüftungs- und Umwelttechnik im Raum Ruhrgebiet zum 1. September 1986.  
Zuschr. u. F 3886 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

### AI-PAIN IN AMERICA

At last! a legal AI-Pain programme in the USA!  
If you are:  
- Aged 18-25  
- Have experience in looking after children  
We offer:  
- Free flight to New York  
- 5 day orientation on arrival  
- Exchange visitor visa  
- \$100 per week pocket money  
- School insurance and other benefits  
Interviews are now being held for departure later this summer.  
Apply for details and application form to:  
Dept. DM17,  
American Institute for Foreign Study  
Scholarship Foundation,  
37 Queens Gate,  
London SW7 5HR.  
Tel. 0 20 41 / 5 84 22 74

### Wir sind in unserer Branche die führende

und auch weiterhin expandierende Unternehmensgruppe in der Bundesrepublik. Bei einem jährlichen Umsatz von 560 Mio. DM beschäftigen wir insgesamt mehr als 2800 Mitarbeiter.

### Für unsere Abteilung EDV-Organisation

(IBM 4381 – 3380 Platten – 3705 DFU) suchen wir einen

### Org.-Programmierer als SAP-Betreuer

der über mindestens 1 Jahr praktische Erfahrung mit SAP verfügen mußte. Wir setzen ein: RF, RM, RV; geplant RL, RA, RK.

### Wir helfen Ihnen nicht nur bei der Einarbeitung,

sondern auch bei einem eventuellen Umzug in den Raum Minden/Lübbecke.

### Ihre Bewerbung erbitten wir an unsere

Personalabteilung  
Eichendorffstraße 16-22, 4992 Espeikamp

### GAUSELMANN SPIELGERÄTE

VERKEHRS WACHT

VERKEHRS WACHT

VERKEHRS WACHT

VERKEHRS WACHT

VERKEHRS WACHT

VERKEHRS WACHT

VERKEHRS WACHT

VERKEHRS WACHT

VERKEHRS WACHT

### AI-PAIN IN AMERICA

At last! a legal AI-Pain programme in the USA!  
If you are:  
- Aged 18-25  
- Have experience in looking after children  
We offer:  
- Free flight to New York  
- 5 day orientation on arrival  
- Exchange visitor visa  
- \$100 per week pocket money  
- School insurance and other benefits  
Interviews are now being held for departure later this summer.  
Apply for details and application form to:  
Dept. DM17,  
American Institute for Foreign Study  
Scholarship Foundation,  
37 Queens Gate,  
London SW7 5HR.  
Tel. 0 20 41 / 5 84 22 74

### Wir sind in unserer Branche die führende

und auch weiterhin expandierende Unternehmensgruppe in der Bundesrepublik. Bei einem jährlichen Umsatz von 560 Mio. DM beschäftigen wir insgesamt mehr als 2800 Mitarbeiter.



## DKB: Weniger Kreditzusagen

## Deutsche Bank erhält für 1985 keine Dividendenzahlung

**HARALD POSNY, Düsseldorf**  
Trotz der 1985 auf den niedrigsten Stand seit 30 Jahren gesunkenen Zahl von Baugenehmigungen im Gefolge eingeschränkter steuerlicher Vorteile des Hausbauremodells und geringerer Neigung, Eigentumswohnungen primär unter dem Aspekt der Geldwertsicherung zu sehen, wird sich nach Ansicht der deutschen Kreditbank für Baufinanzierung AG (DKB), Köln, erst ab 1987 eine leichte Erholung zeigen. Längerfristig hält das zur Deutschen Bank gehörende Institut die Größenordnung von 30 000 Wohnungen jährlich für realistisch.

Größeres Wachstumspotential sieht die DKB weniger im Neubaubereich als in der Altbauerneuerung, da die Nachfrage nach preiswertem und finanzierbarem Wohnraum zunehmen dürfte. Trotz anhaltend günstiger Baufinanzierungskonditionen bleibt die Zurückhaltung bei der Fremdfinanzierung bestehen. Entgegen früherer Erfahrungen ist die Fremdfinanzierungsquote trotz relativ niedriger Hypothekenzinsen gesunken. Daraus schließt die Bank, daß das Zinsniveau nicht mehr die dominierende Rolle spielt. Die sinkende Fremdfinanzierungsquote hat nicht in erster Linie in einer Verunsicherung der Investoren zu suchen. Vielmehr werde bei gleichem Kapitaleinsatz in geringerem Umfang Fremdkapital benötigt.

Bei steigendem Realeinkommen dürfte jedoch die Nachfrage nach Wohnraum zunehmen, sowohl was Quantität als auch Wohnqualität angeht. Möglichkeiten für eine stärkere Wohneigentumsbildung werde seitens der Politik zu wenig Augenmerk geschenkt. Allein zusätzliche Initiativen, die der Verbesserung der Eigentumsstruktur Rechnung tragen, seien erforderlich. Kurzfristige haushaltspolitische Kostenüberlegungen sollten hinter das gesellschaftspolitisch bedeutsame Ziel der privaten Vermögensbildung zurücktreten.

Vor diesem Hintergrund hat die DKB 1985 bewußt vorsichtig operiert. Das Volumen der neuzeitigen Kredite lag mit 1,9 (2,4) Mrd. DM unter dem Vorjahresniveau. Dieser Rückgang fällt allein in den Bereich des kurzfristigen Geschäfts mit 0,77 nach 1,14 Mrd. DM. Im mittel- und langfristigen Sektor wurde das Vorjahresergebnis mit 1,14 (1,21) Mrd. DM nahezu erreicht. Das gesamte Kreditvolumen verringerte sich von 2,9 auf fast 2,5 Mrd. DM, davon waren 1,87 nach 2,41 Mrd. DM kurz- und mittelfristige Forderungen. Ihnen standen 3,2 (4,08) Mrd. DM an fremden Geldern gegenüber.

Zum Ertrag aus dem Geschäftsvolumen, das von 104,3 auf 89,6 Mill. DM zurückging, kam ein Provisionsüberschuß von 11,3 (15,0) Mill. DM. Nach 88,6 (99,6) Mill. DM an Vororganschaften für Kreditlinien schrumpfte der Jahresüberschuß von 12,7 Mill. DM auf ganz 730 000 DM und läßt keine Dividendenzahlung an die Deutsche Bank zu.

## HENNINGER-BRÄU AKTIENGESellschaft FRANKFURT AM MAIN

**Jahresabschluß zum 31. Dezember 1985 (in Mio. DM)  
(Kurzform)**

### Aktiva

Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	100,5
Finanzanlagen	71,4
Vorräte	18,6
Flüssige Mittel	4,2
Sonstige Vermögensgegen- stände und Rechnungs- abgrenzungsposten	51,2
	<u>245,9</u>

### Passiva

Grundkapital und Rücklagen	83,8
Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	1,2
Rückstellungen	62,8
Langfristige Verbindlich- keiten	41,0
Andere Verbindlichkeiten	50,7
Bilanzgewinn	6,4
	<u>245,9</u>

### Gewinn- und Verlustrechnung

Gesamtleistung	237,0
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren	93,0
Rohrertrag	144,0
Personalaufwand	81,5
Abschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen	26,4
Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen und sonstige Steuern	29,4
Sonstige Erträge und Aufwendungen	13,9
Jahresüberschuß	12,8
Gewinnvortrag	—
	<u>12,8</u>
Einstellung in die freie Rücklagen	6,4
Bilanzgewinn	<u>6,4</u>

Der vollständige Jahresabschluß mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, wird im Bundesanzeiger Nr. 138 vom 31. Juli 1986 veröffentlicht.

Die in der Hauptversammlung vom 9. Juli 1986 beschlossene Dividende von DM 2,— je Aktie im Nennbetrag von DM 50,—, unter Verzicht des Hauptaktionärs, der Deutsche Brau GmbH, Hamburg, kann gegen Einreichung des Dividendenscheines Nr. 30 von den Minderheitsaktionären sofort erhoben werden.

Frankfurt am Main, im Juli 1986

Der Vorstand

Dortmunder Union - Schultheiss Brauerei AG					
Berlin und Dortmund					
Zusammengefügter Jahresabschluss					
Bilanz zum 31. Dezember 1985					
	31.12.1985	31.12.1984		31.12.1985	31.12.1984
	TDM	TDM		TDM	TDM
<b>Aktiva</b>			<b>Passiva</b>		
Sachanlagen .....	193.946	183.221	Grundkapital .....	151.000	151.000
Beteiligungen .....	119.877	109.140	Gesetzliche Rücklage .....	139.970	139.970
Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren .....	69.678	72.627	Sonderposten mit Rücklageanteil .....	5.782	6.505
Vorräte .....	37.099	39.423	Pauschalwertberichtigung zu .....		
Forderungen aus Lieferungen .....			Forderungen .....	2.806	2.993
und Leistungen .....	32.318	33.141	Pensionsrückstellungen .....	193.940	191.020
Flüssige Mittel, Wertpapiere .....	44.443	59.586	Andere Rückstellungen .....	42.392	36.539
Forderungen an verbundene .....			Langfristige Verbindlichkeiten .....	20.987	22.638
Unternehmen .....	76.987	64.782	Kurzfristige Verbindlichkeiten .....	51.887	50.621
Sonstige Aktiva .....	58.064	62.888	Verbindlichkeiten gegenüber .....		
			verbundenen Unternehmen .....	2.472	2.408
			Bilanzgewinn .....	21.176	21.174
	<u>632.412</u>	<u>624.808</u>		<u>632.412</u>	<u>624.808</u>
<b>Gewinn- und Verlustrechnung für 1985</b>					
	1985	1984			
	TDM	TDM			
Umsatzerlöse .....	600.090	612.146			
Bestandsverminderung .....	1.439	1.680			
Andere aktivierte Eigenleistungen .....	122	224			
Gesamtleistung .....	598.773	610.690			
Materialeinsatz .....	177.123	181.425			
Rohertrag .....	421.650	429.265			
Erträge aus Beteiligungen .....	24.014	18.858			
Andere Erträge .....	68.355	79.779			
	<u>514.019</u>	<u>527.902</u>			
Personalaufwendungen .....	197.173	197.577			
Abschreibungen .....	59.473	69.626			
Steuern vom Einkommen, Ertrag, Vermögen .....	22.792	25.223			
Sonstige Steuern .....	49.407	52.013			
Andere Aufwendungen .....	164.031	162.323			
	<u>492.876</u>	<u>506.762</u>			
Jahresüberschuß .....	21.143	21.140			
Gewinnvortrag .....	33	34			
Bilanzgewinn .....	<u>21.176</u>	<u>21.174</u>			



## DIE WELT - Nr. 168 - Mittwoch, 23. Juli 1986

Component	2000	2001
Land	14.75	14.30
Water	7.5	7.75
MA-30	17.1	18
Kaplan	17.1	17.51
MA-30	17.5	18
Kaplan	17.5	17.51
MA-30	17.5	17.51
Kaplan	17.5	17.51
MA-30	17.5	17.51
Kaplan	17.5	17.51

Inland	Kurs	Zu-/Abh.	F. d. Gl.	F. d. Gl.	F. d. Gl.	F. d. Gl.	F. d. Gl.	F. d. Gl.	F. d. Gl.	Freiverkehr	Kurs	Zu-/Abh.	F. d. Gl.	F. d. Gl.	F. d. Gl.	F. d. Gl.	F. d. Gl.	F. d. Gl.	F. d. Gl.	F. d. Gl.	Ungeregelt Freiverkehr	Kurs	Zu-/Abh.	F. d. Gl.	F. d. Gl.	F. d. Gl.	F. d. Gl.	F. d. Gl.	F. d. Gl.	F. d. Gl.	F. d. Gl.
H Aach. Mch. 7/5	22,7	21,7	F Cöln-Gemünd	117,25	118	H Alt. Uib. 9	555	555	F d. Gl. v. 5,5	320,25	318,5	F Scazio 13	5007	5007	S Zees Innt. 10	4507,8	4487,8	S Schölg. St. 2+3	1500	1999	M Alps El.	23,2	23,2	F Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
H Aach. Mch. 7/5	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
H Aach. Mch. 7/5	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll. Uib. 9	40	40	F d. Gl. v. 6,5	318,5	318,5	M Zucker & Co. 10	3410	3410	M Zucker & Co. 10	3410	3410	D Schmitz 7/3	300,2	296	D E. Comp. 1	23,5	23,5	D Ewerder Schenke	480	470	D Raver Co. 1	8,6	9,5		
D Aach. 4/1	17,0	17,0	F Cöln Chem. 4/1	300	300	H H. Moll																									

<b>Ausland</b>		<b>Kopenhagen</b>		<b>Luxemburg</b>		<b>Amsterdam</b>	
22.7. 21.7.		22.7. 21.7.		22.7. 21.7.		22.7. 21.7.	
334 339.5		334 339.5		334 339.5		334 339.5	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	
99.5 101		99.5 101		99.5 101		99.5 101	

[illegible]







## NACHRICHTEN

## Sieg für Anatas

Ostende (dpa) - Gestern Itlingens sechsjähriger Hengst Anatas gewann mit Georg Bocksal im Sattel das bedeutendste Galopprennen Belgiens, den mit 150 000 Mark für den Sieger dotierten Grand Prix Prince Rose über 2200 Meter in Ostende.

## Nationaltrainer-Wechsel

Budapest (sid) - Der 46-jährige Imre Komora ist neuer Trainer der ungarischen Fußball-Nationalmannschaft. Der frühere Nationalspieler tritt die Nachfolge von György Mezey an, der nach dem Scheitern in der WM-Vorrunde in Mexiko zurückgetreten war.

## Keine Besserung

Düsseldorf (sid) - Unverändert ist der Zustand der 17-jährigen alten Amateurläuferin Veronika Szemes, die am Sonntag bei der Veranstaltung auf dem Galopprennbahn in Düsseldorf gestürzt war und eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. Sie liegt weiterhin auf der Intensivstation der Uniklinik.

## Maminski gesperrt

Warschau (sid) - Der Pole Boguslaw Maminski (31), fünfmaliger Landesmeister im 3000-Meter-Hindernislauf, wurde vom polnischen Leichtathletik-Verband für ein Jahr gesperrt. Er hatte nicht am Länderkampf am 5./6. Juli in Monaco teilgenommen, sondern war am 7. Juli beim Meeting in Helsinki gestartet.

## ZAHLEN

**FUSSBALL**  
Freundschaftsspiele: SVV Ulm - 1. FC Nürnberg 4:0, Wattenscheid - Bochum 1:1, TV 1860 Wuppertal - Blau-Weiß 90 Berlin 0:2, Homburg - Dukla Prag 0:5, TSV Eintracht - Eintracht Frankfurt 1:2.

**TENNIS**  
Internationale Schwedische Meisterschaften in Bastad, erste Runde, Herren: Jelen (Deutschland) - Ericsson (Schweden) 6:3, 6:0, Kerec (Deutschland) - Lundgren (Schweden) 6:2, 6:2, De Miguel (Spanien) - Moraring (Deutschland) 7:6, 6:0.

**GEWINNQUOTEN**  
Letzte Klasse 1: 1590 583,30 Mark, 2: 105 372,30, 3: 7962,80, 4: 137,40, 10,30, 11,70, 12,70, 13,70, 14,70, 15,70, 16,70, 17,70, 18,70, 19,70, 20,70, 21,70, 22,70, 23,70, 24,70, 25,70, 26,70, 27,70, 28,70, 29,70, 30,70, 31,70, 32,70, 33,70, 34,70, 35,70, 36,70, 37,70, 38,70, 39,70, 40,70, 41,70, 42,70, 43,70, 44,70, 45,70, 46,70, 47,70, 48,70, 49,70, 50,70, 51,70, 52,70, 53,70, 54,70, 55,70, 56,70, 57,70, 58,70, 59,70, 60,70, 61,70, 62,70, 63,70, 64,70, 65,70, 66,70, 67,70, 68,70, 69,70, 70,70, 71,70, 72,70, 73,70, 74,70, 75,70, 76,70, 77,70, 78,70, 79,70, 80,70, 81,70, 82,70, 83,70, 84,70, 85,70, 86,70, 87,70, 88,70, 89,70, 90,70, 91,70, 92,70, 93,70, 94,70, 95,70, 96,70, 97,70, 98,70, 99,70, 100,70, 101,70, 102,70, 103,70, 104,70, 105,70, 106,70, 107,70, 108,70, 109,70, 110,70, 111,70, 112,70, 113,70, 114,70, 115,70, 116,70, 117,70, 118,70, 119,70, 120,70, 121,70, 122,70, 123,70, 124,70, 125,70, 126,70, 127,70, 128,70, 129,70, 130,70, 131,70, 132,70, 133,70, 134,70, 135,70, 136,70, 137,70, 138,70, 139,70, 140,70, 141,70, 142,70, 143,70, 144,70, 145,70, 146,70, 147,70, 148,70, 149,70, 150,70, 151,70, 152,70, 153,70, 154,70, 155,70, 156,70, 157,70, 158,70, 159,70, 160,70, 161,70, 162,70, 163,70, 164,70, 165,70, 166,70, 167,70, 168,70, 169,70, 170,70, 171,70, 172,70, 173,70, 174,70, 175,70, 176,70, 177,70, 178,70, 179,70, 180,70, 181,70, 182,70, 183,70, 184,70, 185,70, 186,70, 187,70, 188,70, 189,70, 190,70, 191,70, 192,70, 193,70, 194,70, 195,70, 196,70, 197,70, 198,70, 199,70, 200,70, 201,70, 202,70, 203,70, 204,70, 205,70, 206,70, 207,70, 208,70, 209,70, 210,70, 211,70, 212,70, 213,70, 214,70, 215,70, 216,70, 217,70, 218,70, 219,70, 220,70, 221,70, 222,70, 223,70, 224,70, 225,70, 226,70, 227,70, 228,70, 229,70, 230,70, 231,70, 232,70, 233,70, 234,70, 235,70, 236,70, 237,70, 238,70, 239,70, 240,70, 241,70, 242,70, 243,70, 244,70, 245,70, 246,70, 247,70, 248,70, 249,70, 250,70, 251,70, 252,70, 253,70, 254,70, 255,70, 256,70, 257,70, 258,70, 259,70, 260,70, 261,70, 262,70, 263,70, 264,70, 265,70, 266,70, 267,70, 268,70, 269,70, 270,70, 271,70, 272,70, 273,70, 274,70, 275,70, 276,70, 277,70, 278,70, 279,70, 280,70, 281,70, 282,70, 283,70, 284,70, 285,70, 286,70, 287,70, 288,70, 289,70, 290,70, 291,70, 292,70, 293,70, 294,70, 295,70, 296,70, 297,70, 298,70, 299,70, 300,70, 301,70, 302,70, 303,70, 304,70, 305,70, 306,70, 307,70, 308,70, 309,70, 310,70, 311,70, 312,70, 313,70, 314,70, 315,70, 316,70, 317,70, 318,70, 319,70, 320,70, 321,70, 322,70, 323,70, 324,70, 325,70, 326,70, 327,70, 328,70, 329,70, 330,70, 331,70, 332,70, 333,70, 334,70, 335,70, 336,70, 337,70, 338,70, 339,70, 340,70, 341,70, 342,70, 343,70, 344,70, 345,70, 346,70, 347,70, 348,70, 349,70, 350,70, 351,70, 352,70, 353,70, 354,70, 355,70, 356,70, 357,70, 358,70, 359,70, 360,70, 361,70, 362,70, 363,70, 364,70, 365,70, 366,70, 367,70, 368,70, 369,70, 370,70, 371,70, 372,70, 373,70, 374,70, 375,70, 376,70, 377,70, 378,70, 379,70, 380,70, 381,70, 382,70, 383,70, 384,70, 385,70, 386,70, 387,70, 388,70, 389,70, 390,70, 391,70, 392,70, 393,70, 394,70, 395,70, 396,70, 397,70, 398,70, 399,70, 400,70, 401,70, 402,70, 403,70, 404,70, 405,70, 406,70, 407,70, 408,70, 409,70, 410,70, 411,70, 412,70, 413,70, 414,70, 415,70, 416,70, 417,70, 418,70, 419,70, 420,70, 421,70, 422,70, 423,70, 424,70, 425,70, 426,70, 427,70, 428,70, 429,70, 430,70, 431,70, 432,70, 433,70, 434,70, 435,70, 436,70, 437,70, 438,70, 439,70, 440,70, 441,70, 442,70, 443,70, 444,70, 445,70, 446,70, 447,70, 448,70, 449,70, 450,70, 451,70, 452,70, 453,70, 454,70, 455,70, 456,70, 457,70, 458,70, 459,70, 460,70, 461,70, 462,70, 463,70, 464,70, 465,70, 466,70, 467,70, 468,70, 469,70, 470,70, 471,70, 472,70, 473,70, 474,70, 475,70, 476,70, 477,70, 478,70, 479,70, 480,70, 481,70, 482,70, 483,70, 484,70, 485,70, 486,70, 487,70, 488,70, 489,70, 490,70, 491,70, 492,70, 493,70, 494,70, 495,70, 496,70, 497,70, 498,70, 499,70, 500,70, 501,70, 502,70, 503,70, 504,70, 505,70, 506,70, 507,70, 508,70, 509,70, 510,70, 511,70, 512,70, 513,70, 514,70, 515,70, 516,70, 517,70, 518,70, 519,70, 520,70, 521,70, 522,70, 523,70, 524,70, 525,70, 526,70, 527,70, 528,70, 529,70, 530,70, 531,70, 532,70, 533,70, 534,70, 535,70, 536,70, 537,70, 538,70, 539,70, 540,70, 541,70, 542,70, 543,70, 544,70, 545,70, 546,70, 547,70, 548,70, 549,70, 550,70, 551,70, 552,70, 553,70, 554,70, 555,70, 556,70, 557,70, 558,70, 559,70, 560,70, 561,70, 562,70, 563,70, 564,70, 565,70, 566,70, 567,70, 568,70, 569,70, 570,70, 571,70, 572,70, 573,70, 574,70, 575,70, 576,70, 577,70, 578,70, 579,70, 580,70, 581,70, 582,70, 583,70, 584,70, 585,70, 586,70, 587,70, 588,70, 589,70, 590,70, 591,70, 592,70, 593,70, 594,70, 595,70, 596,70, 597,70, 598,70, 599,70, 600,70, 601,70, 602,70, 603,70, 604,70, 605,70, 606,70, 607,70, 608,70, 609,70, 610,70, 611,70, 612,70, 613,70, 614,70, 615,70, 616,70, 617,70, 618,70, 619,70, 620,70, 621,70, 622,70, 623,70, 624,70, 625,70, 626,70, 627,70, 628,70, 629,70, 630,70, 631,70, 632,70, 633,70, 634,70, 635,70, 636,70, 637,70, 638,70, 639,70, 640,70, 641,70, 642,70, 643,70, 644,70, 645,70, 646,70, 647,70, 648,70, 649,70, 650,70, 651,70, 652,70, 653,70, 654,70, 655,70, 656,70, 657,70, 658,70, 659,70, 660,70, 661,70, 662,70, 663,70, 664,70, 665,70, 666,70, 667,70, 668,70, 669,70, 670,70, 671,70, 672,70, 673,70, 674,70, 675,70, 676,70, 677,70, 678,70, 679,70, 680,70, 681,70, 682,70, 683,70, 684,70, 685,70, 686,70, 687,70, 688,70, 689,70, 690,70, 691,70, 692,70, 693,70, 694,70, 695,70, 696,70, 697,70, 698,70, 699,70, 700,70, 701,70, 702,70, 703,70, 704,70, 705,70, 706,70, 707,70, 708,70, 709,70, 710,70, 711,70, 712,70, 713,70, 714,70, 715,70, 716,70, 717,70, 718,70, 719,70, 720,70, 721,70, 722,70, 723,70, 724,70, 725,70, 726,70, 727,70, 728,70, 729,70, 730,70, 731,70, 732,70, 733,70, 734,70, 735,70, 736,70, 737,70, 738,70, 739,70, 740,70, 741,70, 742,70, 743,70, 744,70, 745,70, 746,70, 747,70, 748,70, 749,70, 750,70, 751,70, 752,70, 753,70, 754,70, 755,70, 756,70, 757,70, 758,70, 759,70, 760,70, 761,70, 762,70, 763,70, 764,70, 765,70, 766,70, 767,70, 768,70, 769,70, 770,70, 771,70, 772,70, 773,70, 774,70, 775,70, 776,70, 777,70, 778,70, 779,70, 780,70, 781,70, 782,70, 783,70, 784,70, 785,70, 786,70, 787,70, 788,70, 789,70, 790,70, 791,70, 792,70, 793,70, 794,70, 795,70, 796,70, 797,70, 798,70, 799,70, 800,70, 801,70, 802,70, 803,70, 804,70, 805,70, 806,70, 807,70, 808,70, 809,70, 810,70, 811,70, 812,70, 813,70, 814,70, 815,70, 816,70, 817,70, 818,70, 819,70, 820,70, 821,70, 822,70, 823,70, 824,70, 825,70, 826,70, 827,70, 828,70, 829,70, 830,70, 831,70, 832,70, 833,70, 834,70, 835,70, 836,70, 837,70, 838,70, 839,70, 840,70, 841,70, 842,70, 843,70, 844,70, 845,70, 846,70, 847,70, 848,70, 849,70, 850,70, 851,70, 852,70, 853,70, 854,70, 855,70, 856,70, 857,70, 858,70, 859,70, 860,70, 861,70, 862,70, 863,70, 864,70, 865,70, 866,70, 867,70, 868,70, 869,70, 870,70, 871,70, 872,70, 873,70, 874,70, 875,70, 876,70, 877,70, 878,70, 879,70, 880,70, 881,70, 882,70, 883,70, 884,70, 885,70, 886,70, 887,70, 888,70, 889,70, 890,70, 891,70, 892,70, 893,70, 894,70, 895,70, 896,70, 897,70, 898,70, 899,70, 900,70, 901,70, 902,70, 903,70, 904,70, 905,70, 906,70, 907,70, 908,70, 909,70, 910,70, 911,70, 912,70, 913,70, 914,70, 915,70, 916,70, 917,70, 918,70, 919,70, 920,70, 921,70, 922,70, 923,70, 924,70, 925,70, 926,70, 927,70, 928,70, 929,70, 930,70, 931,70, 932,70, 933,70, 934,70, 935,70, 936,70, 937,70, 938,70, 939,70, 940,70, 941,70, 942,70, 943,70, 944,70, 945,70, 946,70, 947,70, 948,70, 949,70, 950,70, 951,70, 952,70, 953,70, 954,70, 955,70, 956,70, 957,70, 958,70, 959,70, 960,70, 961,70, 962,70, 963,70, 964,70, 965,70, 966,70, 967,70, 968,70, 969,70, 970,70, 971,70, 972,70, 973,70, 974,70, 975,70, 976,70, 977,70, 978,70, 979,70, 980,70, 981,70, 982,70, 983,70, 984,70, 985,70, 986,70, 987,70, 988,70, 989,70, 990,70, 991,70, 992,70, 993,70, 994,70, 995,70, 996,70, 997,70, 998,70, 999,70, 1000,70, 1001,70, 1002,70, 1003,70, 1004,70, 1005,70, 1006,70, 1007,70, 1008,70, 1009,70, 1010,70, 1011,70, 1012,70, 1013,70, 1014,70, 1015,70, 1016,70, 1017,70, 1018,70, 1019,70, 1020,70, 1021,70, 1022,70, 1023,70, 1024,70, 1025,70, 1026,70, 1027,70, 1028,70, 1029,70, 1030,70, 1031,70, 1032,70, 1033,70, 1034,70, 1035,70, 1036,70, 1037,70, 1038,70, 1039,70, 1040,70, 1041,70, 1042,70, 1043,70, 1044,70, 1045,70, 1046,70, 1047,70, 1048,70, 1049,70, 1050,70, 1051,70, 1052,70, 1053,70, 1054,70, 1055,70, 1056,70, 1057,70, 1058,70, 1059,70, 1060,70, 1061,70, 1062,70, 1063,70, 1064,70, 1065,70, 1066,70, 1067,70, 1068,70, 1069,70, 1070,70, 1071,70, 1072,70, 1073,70, 1074,70, 1075,70, 1076,70, 1077,70, 1078,70, 1079,70, 1080,70, 1081,70, 1082,70, 1083,70, 1084,70, 1085,70, 1086,70, 1087,70, 1088,70, 1089,70, 1090,70, 1091,70, 1092,70, 1093,70, 1094,70, 1095,70, 1096,70, 1097,70, 1098,70, 1099,70, 1100,70, 1101,70, 1102,70, 1103,70, 1104,70, 1105,70, 1106,70, 1107,70, 1108,70, 1109,70, 1110,70, 1111,70, 1112,70, 1113,70, 1114,70, 1115,70, 1116,70, 1117,70, 1118,70, 1119,70, 1120,70, 1121,70, 1122,70, 1123,70, 1124,70, 1125,70, 1126,70, 1127,70, 1128,70, 1129,70, 1130,70, 1131,70, 1132,70, 1133,70, 1134,70, 1135,70, 1136,70, 1137,70, 1138,70, 1139,70, 1140,70, 1141,70, 1142,70, 1143,70, 1144,70, 1145,70, 1146,70, 1147,70, 1148,70, 1149,70, 1150,70, 1151,70, 1152,70, 1153,70, 1154,70, 1155,70, 1156,70, 1157,70, 1158,70, 1159,70, 1160,70, 1161,70, 1162,70, 1163,70, 1164,70, 1165,70, 1166,70, 1167,70, 1168,70, 1169,70, 1170,70, 1171,70, 1172,70, 1173,70, 1174,70, 1175,70, 1176,70, 1177,70, 1178,70, 1179,70, 1180,70, 1181,70, 1182,70, 1183,70, 1184,70, 1185,70, 1186,70, 1187,70, 1188,70, 1189,70, 1190,70, 1191,70, 1192,70, 1193,70, 1194,70, 1195,70, 1196,70, 1197,70, 1198,70, 1199,70, 1200,70, 1201,70, 1202,70, 1203,70, 1204,70, 1205,70, 1206,70, 1207,70, 1208,70, 1209,70, 1210,70, 1211,70, 1212,70, 1213,70, 1214,70, 1215,70, 1216,70, 1217,70, 1218,70, 1219,70, 1220,70, 1221,70, 1222,70, 1223,70, 1224,70, 1225,70, 1226,70, 1227,70, 1228,70, 1229,70, 1230,70, 1231,70, 1232,70, 1233,70, 1234,70, 1235,70, 1236,70, 1237,70, 1238,70, 1239,70, 1240,70, 1241,70, 1242,70, 1243,70, 1244,70, 1245,70, 1246,70, 1247,70, 1248,70, 1249,70, 1250,70, 1251,70, 1252,70, 1253,70, 1254,70, 1255,70, 1256,70, 1257,70, 1258,70, 1259,70, 1260,70, 1261,70, 1262,70, 1263,70, 1264,70, 1265,70, 1266,70, 1267,70, 1268,70, 1269,70, 1270,70, 1271,70, 1272,70, 1273,70, 1274,70, 1275,70, 1276,70, 1277,70, 1278,70, 1279,70, 1280,70, 1281,70, 1282,70, 1283,70, 1284,70, 1285,70, 1286,70, 1287,70, 1288,70, 1289,70, 1290,70, 1291,70, 1292,70, 1293,70, 1294,70, 1295,70, 1296,70, 1297,70, 1298,70, 1299,70, 1300,70, 1301,70, 1302,70, 1303,70, 1304,70, 1305,70, 1306,70, 1307,70, 1308,70, 1309,70, 1310,70, 1311,70, 1312,70, 1313,70, 1314,70, 1315,70, 1316,70, 1317,70, 1318,70, 1319,70, 1320,70, 1321,70, 1322,70, 1323,70, 1324,70, 1325,70, 1326,70, 1327,70, 1328,70, 1329,70, 1330,70, 1331,70, 1332,70, 1333,70, 1334,70, 1335,70, 1336,70, 1337,70, 1338,70, 1339,70, 1340,70, 1341,70, 1342,70, 1343,70, 1344,70, 1345,70, 1346,70, 1347,70, 1348,70, 1349,70, 1350,70, 1351,70, 1352,70, 1353,70, 1354,70, 1355,70, 1356,70, 1357,70, 1358,70, 1359,70, 1360,70, 1361,70, 1362,70, 1363,70, 1364,70, 1365,70, 1366,70, 1367,70, 1368,70, 1369,70, 1370,70, 1371,70, 1372,70, 1373,70, 1374,70, 1375,70, 1376,70, 1377,70, 1378,70, 1



## Vertrauen verbraten

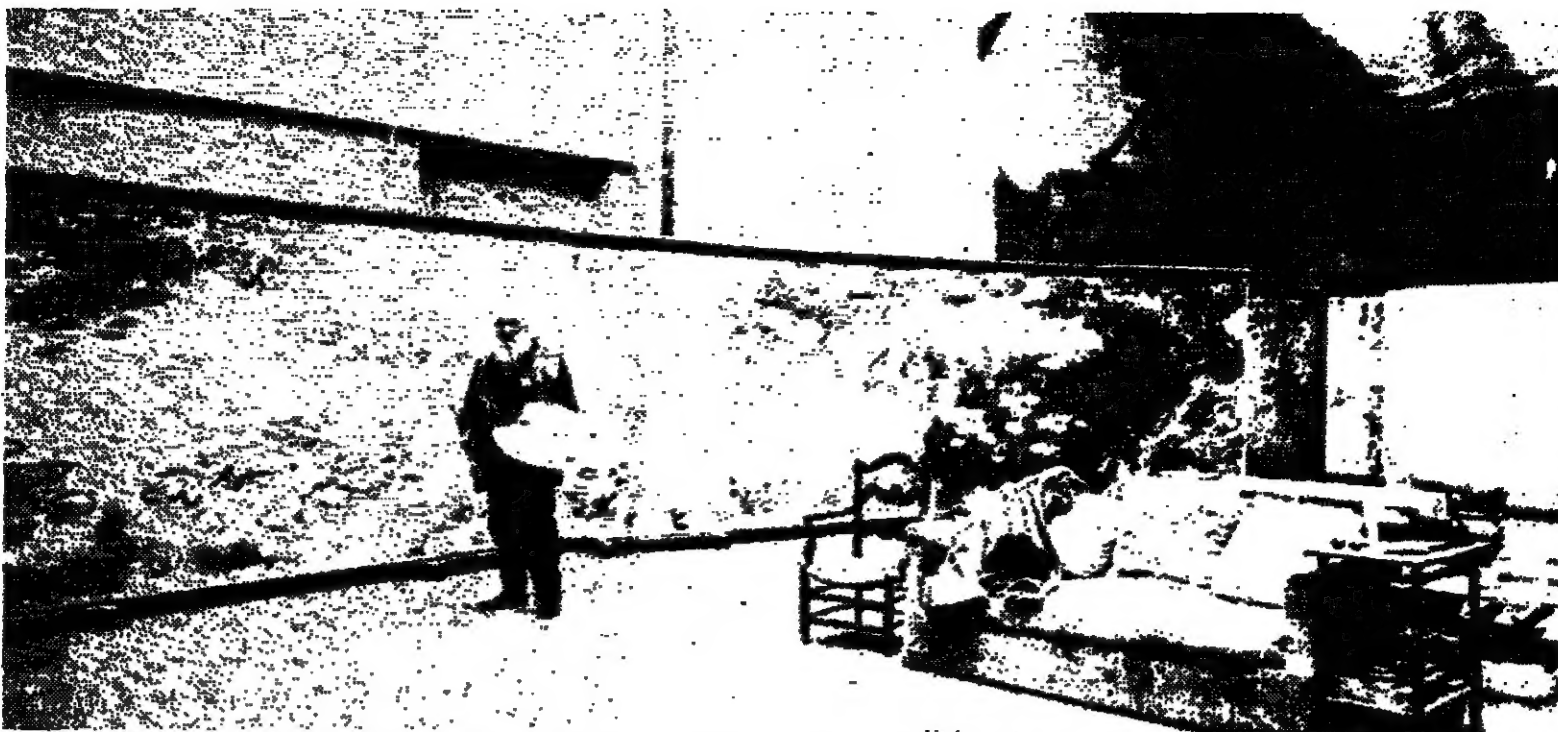
P.F.R. - Hessen wird im nächsten Schuljahr neue „Handreichungen“ zur Drogen-Bekämpfung in den Klassen einleiten. Kultusminister Karl Schneider (SPD) hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß „die bloße Sachinformation“ nicht nur nicht genügt, sie habe „nachweisbar vor allem bei Jugendlichen eher zur Vergrößerung der Konsumbereitschaft geführt, anstatt sie abzubauen“. Des Ministers Fazit: „Die Flucht in die Drogen ist ein Ausweichen vor alltäglichen Lebensproblemen. Die Kinder und Jugendlichen müssen daher lernen und üben, mit den Belastungen des Alltags fertig zu werden.“

Ein wahres Wort - mit Konsequenzen freilich, die weit über den von Schneider vorgezeichneten Rahmen hinausreichen. Hessen hat in den letzten 15 Jahren die Konsumpädagogik zum Wert an sich hochstilisiert. Vor den Augen der Schüler wurde ein Szenario ausbreitet, das einen Kampf aller gegen

alle vorführte. Interessensstandpunkte wurden zum Einmaligen der gesellschaftlichen Wirklichkeit erklärt, und nur zu oft wurde das Bemühen um Konsens als Röstschärrück hingestellt, dazu bestimmt, den Schwachen noch schwächer zu machen.

In Hessen weitverbreitete Politik-Lehrbücher haben das „gastig Lied“ mit besonderer Hingabe gepflegt. Kurt Gerhard Fischer etwa stimmte die Halbwüchsigen auf die Intentionen seines Bandes „Gesellschaft und Politik“ mit den Worten ein: „Wir möchten Euch dazu verhelfen, daß Ihr nicht jetzt oder eines Tages ... in die Falle gehaut, verbraten ... werdet, und wir hoffen, daß Ihr rechtzeitig lernt und übt, Euch Eurer Haut zu wehren.“ Rolf Gitz und Wilhelm Knoll entwickelten als Lernziel die Einsicht, daß auch Sie jederzeit als einer verfolgten Minderheit gehören können.

Die Schule kann Defizite der Gesellschaft nicht allein ausgleichen. Aber sie muß mit dazu beitragen, ein Klima des Vertrauens zu schaffen. Die Eltern nicht „hinterfragen“, sondern mit ihnen zusammenarbeiten: ein weites, zu weites Feld für Hessen?



Als die Grandes Decorations entstanden: Claude Monet vor Teilen des Nymphéas-Zyklus in seinem Atelier in Giverny um 1920

FOTO: HENRI MANUEL/KATALOG

Der schnelle Blick erfährt die Schönheit nicht: Das Basler Kunstmuseum zeigt Monets Seerosenbilder

## Schatten über der japanischen Brücke

Monet ist nur Auge, aber, mein Gott, was für ein Auge. Was dieser eigenartige Anspruch Cézannes, der oft als Beleg für Cézannes Mißbehagen an Monets Malerei genommen wird, eigentlich besagt, lehrt derzeit die Ausstellung „Claude Monet: Nymphéas Impression-Vision“ im Kunstmuseum Basel.

Nymphéas sind uns als Seerosen vertraut. Zur Gartenzeit gehören sie allerdings erst ein gutes Jahrhundert. Im Zuge des Japonismus entdeckte Europa den Wassergarten. Und um die künstlichen Teiche vielfältig füllen zu können, begannen die Gärtner vor der Jahrhundertwende allerhand Varietäten der eigentlich nur weißen Seerose in rosa, gelb, rot, sogar dunkelrot zu züchten. Bald tauchten diese Blumen, eher in Seide nachgebildet als echt, auf Ballkleidern auf. Und die Seerosengärten entwickelten sich zu einem Lieblingsmotiv des Jugendstils.

Die Seerose war also „aktuell“, als Claude Monet 1893 begann, in Giverny, wo er seit zehn Jahren wohnte und für den Rest seines Lebens eine Heimstatt gefunden hatte, einen Wassergarten anzulegen. Dessen Hauptbestandteil war der von einer japanischen Brücke überspannte, 1901 nochmals erheblich erweiterte Seerosenteich. Aber Aktualität hatte der Maler damit nicht im Sinn.

Monet brauchte immer einige Zeit, um sich an eine neue Umgebung zu gewöhnen, sie als Motiv aufzunehmen. So malte er die Brücke erst 1895, die Seerosen 1897. Doch 1899/1900 entsteht dann eine ganze Serie über die „Japanische Brücke“. Und die Seerosen lassen ihn von 1903 an bis zu seinem Lebensende nicht mehr los.

Rund 50 Gemälde mit der Brücke und etwa 150 mit den Nymphéas hat er hinterlassen. 64 davon sind in Basel zu sehen, ein Lehrstück für das, was Cézanne mit seinem Ausspruch gemeint hat - und eine faszinierende Bildersammlung zugleich.

Obwohl sich die Ausstellung auf diese beiden Themen beschränkt, ist sie von jeglicher Monotonie weit entfernt. Monet hat diese beiden Sujets stets zu verschiedenen Tages- und Jahreszeiten, bei ganz unterschiedlichem Licht gemalt. Denn er besaß, was auch für einen Maler keineswegs selbstverständlich ist, sozusagen ein „absolutes Auge“ (entsprechend dem „absoluten Gehör“, mit dem mancher Musiker ohne Vergleichsmöglichkeit die genaue Tonhöhe zu erkennen vermag).

Während das ungeliebte Auge nur die Eigenfarbe eines Gegenstandes registriert, vermochte Monet die Abweichungen zu sehen und zu malen, die sich bei wechselndem Sonnenstand ergeben. Mit Farbfotos lassen sich diese Veränderungen heutzutage leicht dokumentieren. Doch zu Monets Zeiten war man sich dieses Phänomens kaum bewußt. Und bewußt machen waren sie nur in einer Serie. Monet hat das mit den Heuhaufen, der Kathedrale von Rouen und mit den Seerosenbildern vorgeführt. Während die Blüten und Blattschnecken des Morgens in einem gelblich hellgrünen See schwimmen, sätigen sich die Farben im Laufe des Tages immer mehr, bis sie das Abenddunkle, grüne Blätter auf blauvioletttem Wasser zeigen.

Ähnlich sind die Farbspiele bei der „Japanischen Brücke“. Zu Tagesbeginn herrschen die hellen, leichten

Grüntöne vor. Sonnenschein fällt auf den vorderen Teil des Teiches und auf das weiße Gelande der geschwungenen Stages, der als Doppelbogen das Bild gliedert. Später dann treten Vordergrund und Brücke mit dunkleren Farbtönen in den Schatten, während nur das Wasser hinter der Brücke das Licht reflektiert. Im Laufe der Jahre verliert die Brücke außerdem immer mehr ihre Realität (was auch damit zusammenhängt, daß sie ein Gang mit einem Metallgitter überspannt, von Gylzinen überwuchert wurde). Auf den späteren Bildern ist sie nur noch ein Schema, der sich von der Folie der Bäume und des Teiches durch eine etwas dunklere Tönung abhebt. Den Schritt zur Abstraktion ist Monet damit gegangen, jedoch nicht den zur Gegenstandslosigkeit.

Ähnlich entwickeln sich die Nymphéas. Anfangs setzt der Maler zwei offene, helle Blüten mitten in eine rechteckige Tafel. Dreißig Jahre später bei den „Grandes Decorations“ für die Orangerie in den Tuileries werden es nur noch die Reflexe der Bäume und des Himmels sein, die mit den angedeuteten Blüten und Blüten der Seerosen zu einem breiten, spannungsreichen Band manierter Farben verschmelzen. Und während bei den frühen Gemälden noch ein schmaler Uferstreifen die Grenzen des Teiches markiert oder einen Zweig der Trauerweide als Orientierungspunkt von oben ins Bild ragt, verzichtet Monet schon bald auf solche Sehilfen für den Betrachter. Die Seeroseninseln schwimmen nun über den Spiegeln im Wasser, die nicht als Abbild, sondern als eine vibrierende Farbfläche erscheinen.

Auch die Bildformate gewinnen eine besondere Bedeutung. Morgens, wählt Monet ein Querformat, gegen Abend, wenn sie länger werden, entscheidet er sich für hohe Rechtecke. Oft greift er auch zu quadratischen Maßstäben (und gelegentlich zu Rundbildern, die in Basel allerdings fehlen), einem Format ohne Richtungspräferenz, das in sich ruht und damit jenem interessierten Wohlgefallen Kants, das kein anderes Interesse meint als das des Bildes selbst, entgegenkommt. Und es ist gewiß kein Zufall, daß Gustav Klimt zur selben Zeit ebenfalls stets quadratische Leinwände für seine Landschaften wählte (obwohl sich eine gegenseitige Kenntnis nicht nachweisen läßt).

Die Basler Ausstellung ist eine Schule des Sehens. Sie fördert allerdings vom Betrachter Konzentration und Geduld. Mit einem schnellen Blick ist es hier nicht getan. Sonst entgehen ihm der Reichtum der Bilder, die Varianten der Gestaltung, die Feinheiten der Farbgebung (die zu bezeichnen unser Wortschatz nicht ausreicht), führt er nichts von den Stimmungen, die sie reflektieren und zugleich hervorufen.

Dieser Zusammenklang ist allein vor den Bildern zu genießen, im Nebeneinander der Gemälde, die sonst über die Welt in Museen und Privatsammlungen verstreut sind. Reproduktionen und Bildbände können das nicht ersetzen, weil die Feinheiten, auf die es dabei ankommt, nur das Original preisgibt: allein dem Auge.

PETER DITTMAR

Bis 19. Okt.; Katalog 36 Sfr. im Buchhandel, 5 V International, 65 Sfr.

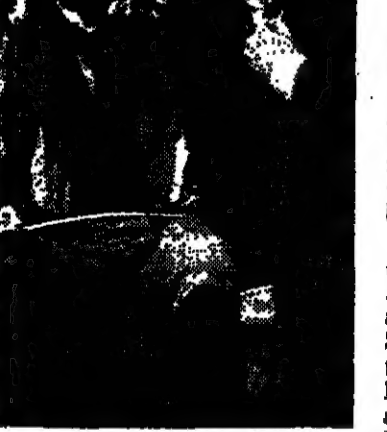
## Münchner Opernfest: „Hoffmanns Erzählungen“

### Wie man ein Säuer wird

Das ging schief. „Hoffmanns Erzählungen“, die zweite Premiere der diesjährigen Münchner Opernfestspiele, ist aufwendig mißglückt. Man wird des Abends nur momentweise froh. Es ist eine jener Produktionen, in denen Fahrlässigkeit und Denkfaulheit bequeme Kompromisse eingekauft. Kunst wird nicht ernst genommen. Schlamperei aus Tradition.

Dabei sieht die Aufführung der Welt heute wohl besten Hoffmann: Neil Shicoff. Wenn der knickbeinige die Bühne betritt, der Kneifer auf der spitzen Nase rutscht, er sich mit fahrigem Gesten in der Luft festhalten möchte, dann ist schon klar, daß es ihm nicht um einen tenorischen Singelied geht. Woody Allen als Schnapsentrockner in Lutters Keller - das ist eher die Gleichung, die auf Shicoff paßt.

Was in der Oper so schwer und so nötig ist, einen präzisen, doch vielschichtigen Charakter aufzuschreiben, gelingt Shicoff ganz fabelhaft.



Shicoff mit Neil Shicoff (Hoffmann) und Regie Colin (Hoffmann)

Seine Hoffmann ist ein grimmiger Intellektueller. Die Welt ist ihm zum Kotzen. Er betrachtet sich vorsätzlich. Er randaliert. Doch diese Attitüde fällt in sich zusammen, er wird ganz jung und schüchtern, wenn ihm ein Lied von Klein Zack bloß die Erinnerung aufrufen soll an eine Frau, an eine Liebe. Mit einem Mal ist er der träumerischen, romantische Poet. Als solcher darf er in die drei großen Akte der Oper wiederkehren, um zu erzählen, wie mies ihm diese Welt mitgespielt hat.

Shicoff überdies singt diesen so fordernden Part mit einer Strahlkraft, einer hochgespannten Stimme, daß einem zweifeln bangt, wie er sein Durchsetzungsvermögen. Denn Shicoff scheint sich nicht. Er ist Hoffmann mit selbstvergessener Intensität, und so singt er ihn: wie im Fieber, wie im Rausch. Über Shicoff geht zum Schluß der Aufführung ein Jubel von Orkanstärke nieder. Zu Recht.

Aber ein einziger grandioser Sänger, selbst wenn er Neil Shicoff heißt, ist dem doch erheblich zu wenig für einen vierstündigen Opernabend, erst recht, wenn er zu Münchner Festspielpreisen daherkommt. Schon um

Shicoff herum nichts als pure Besetzungsliebe. Die Münchner Rechnung, daß man jene Partien, für die man nicht einmal einen treffenden Sänger hat, am besten gleich mit deren vier besetzt, kann natürlich auch nicht aufgehen. Was für ein Unsinn ist das, die Bariton-Partie des Hoffmannschen Widersachers aufteilen? Was für eine Idee, die Diener-Gestalten auseinanderzureißen? Eine Rolle mit Fleisch bleibt dann nur für Ferry Gruber als Franz übrig. Bei den anderen hat man, wie überhaupt bei der Lektüre des Besetzungszettels, den Verdacht, daß es hier um nichts anderes gegangen ist, als einigen Staatsopernveteranen die vertraglich garantierte Premiere zukommen zu lassen. Bei einigen aber reicht die Stimme nicht einmal mehr für Stichworte.

Die drei Damen sind herzlich schlecht. Die Olympia gibt Cyndia Sieden mit einer zwar hohen, aber piepsigen Koloraturstimme, bei der es leider mit der Treffsicherheit der Töne arg hapert. Sie, vor zwei Wochen in der Reimann-Uraufführung als Helena triumphierend, war nun doch eine arme, trübselige. Man sieht wieder: um Stimmen richtig einzuschätzen, braucht es eben immer noch die klassischen Rollen.

Trudle Schmidt unternimmt mit ihrem üppigen Mezzosopran als Giulietta einen Ausflug ins Sopranfach, und der bekommt ihr nicht. Die Stimme klingt überanstrengt. Die lyrische Antonia fällt Pamela Coburn zu, die zwar eine intelligente Musikerin ist, aber für ein solches Haus, eine solche Partie einfach stimmlich nicht ausreicht.

Die musikalischen Fäden hält Riccardo Chailly in sicheren Händen. Zuweilen schlägt er sogar Funken aus der Musik, aber dann sehen die Sänger so schlecht aus, daß es besser gleich wieder läßt. Ohnehin erlaubt die breilige Choudens-Fassung, auf der der Regisseur Otto Schenk bestanden hatte, nicht viel Verve.

Diese Werkfassung und diese Regie Schenks sind die eigentlichen Fallstricke der Aufführung. Es ist doch schlechthin ein Aberwitz, daß ein Haus wie das Münchner Nationaltheater, dem mit Wolfgang Sawallisch sogar ein Musiker als Direktor vorsteht, eine zusammengestampfte Werkfassung aufführt, die mit Offenbachs Intentionen nachweislich nichts zu tun hat. Eine Fassung, in der halbe Akte gar nicht von Offenbach stammen. Natürlich, die authentische Dialogfassung hätte einiges mehr an Detailarbeit des Regisseurs verlangt. Sie hätte jene Opern-Pauschalarrangements auf der Bühne verboten, die allenfalls pittoresk aussehen, aber Sinn nie ergeben. Früher einmal waren Schenks Regien zwar konventionelles, aber gutes Theater. Nicht einmal dazu gibt es sich heute noch Mühe, auch nicht für die Münchner Festspiele. Wo man hinschaut, stimmt diese Regie nicht. Ein einziger Krampf.

Daß dies nicht gar so auffällig, können sich Monika von Zallinger (Kotter) und Günther Schneider-Siemssen (Bühnenbild) anrechnen. So ist wenigstens die Ausstattung typisch und bühnenfüllend geworden.

REINHARD BEUTH

## Bühler Schloßkonzerte mit Werken von Mozart

### Geliebter Amadeus '86

Am 5. Dezember 1991 jährt sich Mozarts Todestag zum 200. Mal. Die Musikwelt wird dann vielleicht einen Augenblick den Atem anhalten im Gedenken an ihren unbefehltesten Genius. Aber sie wird sicher auch rechtzeitig Luft holen, um diesen in seiner Musik laut zu feiern - und natürlich auch sich selbst.

Das ist legitim. Im Schloß Brühl bei Köln hat man sogar schon jetzt damit angefangen und in einer Festwoche „Amadeus '86“ die aus dem Jahr 1786 stammenden Mozart-Werke aufgeführt. Jedes Jahr sollen nun bis 1991 die jeweils 200 Jahre zuvor entstandenen Kompositionen gespielt werden.

Ein Großprojekt in Sachen Mozart, das für seine Schloßkonzerte selten um Ideen verlegen Helmut Müller-Brühl, Mozarts Musik aus seinen letzten Lebensjahren komplett in der Barockpracht des gerade ein Vierteljahrhundert vorher vollendeten kurfürstlichen Schlosses. Und den auch anderswo nicht immer tiefstehenden Programmüberlegungen wird ein biographischer Faden in der Hoffnung eingelegt, daß es ja vielleicht doch miteinander zu tun hat, was in direkter Lebensnähe zueinander entstand. Nur daß Mozart solche Hoffnungen nicht immer tiefstehenden Programmüberlegungen wird ein biographischer Faden in der Hoffnung eingelegt, daß es ja vielleicht doch miteinander zu tun hat, was in direkter Lebensnähe zueinander entstand. Nur daß Mozart solche Hoffnungen nicht immer tiefstehenden Programmüberlegungen wird ein biographischer Faden in der Hoffnung eingelegt, daß es ja vielleicht doch miteinander zu tun hat, was in direkter Lebensnähe zueinander entstand.

Aber schon beim Festkonzert mit konzertanten „Figaro“-Szenen, Hornkonzert Es-Dur KV 485 (prätig: Andrew Joy) und der „Frager-Sinfonie“, das Ministerpräsident Johannes Rau kurz vor der Feier zum 40. Geburtstag von Nordrhein-Westfalen umfunktioniert, lag Müller-Brühl mit durchgebrochenem Magen geschwitzt im Krankenhaus. Statt seiner dirigierte der Bielefelder GMD Rainer Koch das Kölner Kammerorchester.

Naturgemäß geriet dieses Konzert ein bißchen ad hoc nach nur kurzer Verständigungsprobe. Auch Barbara Schick mußte als Susanna für Maria Venuti einspringen. Aber sie war keinesfalls eine Notlösung. Darüber hinaus sang sie ebenso stilvoll wie schön klingend auch später noch die Ergänzungsstücke aus dem Jahre 1786 zum „Idomeneo“. Hier war Alexander Stevenson ihr Partner, dort waren es Sue Patchell und Manfred Hemm.

Daß „Amadeus '86“ und folgende nicht wörtlich alles und jedes Gelegenheitsstückchen bringen kann, versteht sich von selbst. Auch daß dem Veranstalter schon mal Kompromisse aufgegeben sind. Für das einzige Streichquartett von 1786 ließ man natürlich nicht eigens ein Quartett anreisen. Man hatte es in einem vorgezogenen Konzert dem Joachim Quartett unter anderem anvertraut.

Klavierwerke spielten Jörg Demus plus Partner François Verry, die Klaviertrios von 1786 das Trio Fontenay, die Duos für Bassethörn Wolfgang Meyer und Matthias Höfele. Beim Abschlussprogramm mit Karl Engel und den Klavierkonzerten KV 468 und 491 war dann Rainer Koch endgültig aus der Ersatzrolle herausgewachsen zu musterhaftem Umgang mit dem Kammerorchester. Das c-Moll-Konzert geriet zur fast unerwarteten Sternstunde.

Aber man sollte sich auch nicht darüber wundern, daß Balthasar Neumanns berühmtes schönes Treppenhäuschen dergleichen befördert kann: Die jungen Häuser aus Müller-Brühls Orchester, allen voran das erste Fagott, wuchsen schier über sich hinaus. Den Klavier-Bäser-Dialog hört man nicht oft so deklariert. Mozart, wie man ihn liebt.

DIETER SCHÜREN

## Robert Altman verfilmt Shepards „Fool for Love“

### Alles ist böse und schrill

Wer sich seine Liebe zu Amerika aus dem Herzen reißen möchte, der schaue sich Robert Altman Film „Fool for Love“ („Verückt vor Liebe“) an. Wie dieser erbarmungslose Zivilisationskritiker seinen Hauptspielfeld, das Motel „El Royale“ irgendwo in den Weiten des Landesinneren, mit dem Kamera-Auge abtastet, ist von unglaublich starker Wirkung. Eine Anzahl jämmerlicher, mit bunten Neonröhren aufgetupfte Häuser stehen in halbhohem Buschwerk herum: Rummelpfad oder halb aufgebrochener Wanderkruke?

Die junge Frau, die man bei hauswirtschaftlicher Tätigkeit beobachten kann, scheint ihres Lebens nicht besonders froh zu sein. Vor wem fürchtet sie sich? Vor dem Cowboy, der auf einem Transporter voller Pferde auf den entzweiten breiten Straßen heranzieht? Vor ihm versteckt sie sich in ihrer erbarmungslosen Behausung, doch er spürt sie auf, mit einem Fußtritt läßt er die Spertheiligkeit zerplatzen und wirft sich über sie auf das zerwühlte Doppelbett.

Sie sind ein von Haßbitter zerrissenes Paar. Daß sie obendrein Halbgeschwister sind, wie man allmählich erfährt, braucht nicht die Ursache ihrer Unverträglichkeit zu sein. Sie ist eine Stützerin, er möchte gern auf der Bühne ein Riesenerfolg war und auch an deutschen Bühnen schon ausprobiert wurde. Geschrieben hat ihn Sam Shepard, der Darsteller des Eddie, der auch das Drehbuch zu „Paris, Texas“ verfaßt hat. Im Atmosphäre des Motel tatenlos herumhängt.

An dieser Besonderheit erkennt man die Herkunft des Stückes von der Bühne. Es ist ein an Strindberg wie an der griechischen Tragödie geschnitten Psychothriller, der am Broadway ein Riesenerfolg war und auch an deutschen Bühnen schon ausprobiert wurde. Geschrieben hat ihn Sam Shepard, der Darsteller des Eddie, der auch das Drehbuch zu „Paris, Texas“ verfaßt hat. Im Atmosphäre des Motel tatenlos herumhängt.

So schön und frisch Kim Basinger als May auch ist, so jämmerlich ist alles, was sie umgibt, am schrecklichsten wohl in der Szene, in der sich der sanfte junge Mann, den sie sich als Nachfolger für ihren Cowboy ausgesucht hat, ihr zertrümmertes Bett wieder herrichtet und dessen zerrissene und beschmutzte Innereien zu Tage fördert. Es gibt innerhalb der Mauern des Motel keinen einzigen Gegenstand, auf dem das Auge wohlgefallen ruhen könnte. Und ebenso ist alles, was diese paar Menschen zu sagen haben, böse und schrill. Um so höher muß man die Leistungen der Darsteller bei der Enthüllung eines von keinerlei göttlichen Gnade erleuchteten Inneren einschätzen.

HELLMUT JAEHRICH



Von Haßbitter zerrissen: Kim Basinger und Sam Shepard

## JOURNAL

### „Iberoamericana“ an der Alster

Mehr als 15 Konzerte sind während der Iberoamerikanischen Wochen vom 10. September bis zum 13. Oktober in Hamburg vorgesehen. Aus Uruguay kommt die Pianistin Elida Gencarelli zur „Iberoamericana“ an die Alster. Der brasilianische Pianist Marco de Almeida - er lebt seit 1980 in Hamburg - wird Werke von Komponisten seiner Heimat sowie von Schubert spielen. Bei einem Gitarrenabend sind Aqualupa Yupaqui und Pedro Soler zu hören.

### Originalpartitur Rossinis gefunden

Musikfreunde können ab 1988 erstmals Gioacchino Rossinis Oper „Die seidene Leiter“ in voller Länge hören. Die in Pesaro, dem Geburtsort des Komponisten, beimate Rossini-Stiftung hat in einer schwedischen Sammlung die verschollene Originalpartitur von „La scala di seta“ aufgefunden. Das Werk soll nun beim „Rossini Opera Festival“ in Pesaro in zwei Jahren aufgeführt werden.

### Botrop zeigt das Werk Vantongerloos

Die Geometrie war für ihn das, um die Beziehungen einer neuen Bildschöpfung, einer Komposition zu formulieren. Folgerichtig entwarf der Antwerpener Georges Vantongerloo in den 30er und 40er Jahren „Kurven“-Bilder mit geschwungenen Parabelbögen. Die Ausstellung zum 100. Geburtstag Vantongerloos in der Modernen Galerie Botrop vom 4. September bis 12. Oktober - sie war bereits in Berlin zu sehen (vgl. WELT v. 20.5.) - umfaßt je 30 Gemälde und Plastiken. (Katalog mit zahlreichen Abbildungen 24 Mark)

### Von-der-Heydt-Museum drei Jahre geschlossen

Wuppertals Von-der-Heydt-Museum wird seine Kunstschätze künftig auf mehr als einem Kilometer Hängefläche zeigen können. Für fast 20 Millionen Mark soll das am 1940 errichtete ehemalige Elberfelder Rathaus modernisiert werden. Zu diesem „Jahrhundertumbau“ ist die städtische Gemäldegalerie jetzt für die kommenden drei Jahre geschlossen worden. Ein Drittel der reinen Kosten für die Museumsneuerung übernimmt das Land Nordrhein-Westfalen.

### Archäologen entdecken slawisches Familiengrab

Durch die Ausgrabung eines Totenhausens in einer Kiesgrube haben „DDR“-Wissenschaftler Erkenntnisse über Bestattungssitten der Slawen erhalten. Bisher wurde angenommen, daß die Slawen ihre Toten in die Erde beteteten. Bei dem im Bezirk Neubrandenburg entdeckten Totenhaus, das aus dem 9. bis 11. Jahrhundert n. Chr. stammt, handelt es sich wahrscheinlich um ein slawisches Familiengrab. In ihm wurden die Überreste eines Erwachsenen und eines etwa vierjährigen Kindes gefunden.

### Kurt Henkels †

Kurt Henkels, einstiger Chef des Leipziger Tanzorchesters, ist, wie erst jetzt bekannt wurde, am 12. Juli im Alter von 75 Jahren in Hamburg gestorben. Der gebürtige Solinger, der in Köln Musik studierte und ursprünglich Geiger war, befaßte sich zunächst überwiegend mit klassischer Musik. Über die Grenzen Deutschlands hinaus wurde Henkels bekannt als Leiter des Tanzorchesters des Senders Leipzig, das er nach dem Zweiten Weltkrieg aufbaute. 1958 floh er in die Bundesrepublik, weil er in der DDR nicht die Musik machen durfte, die ihm schmeckte. Als er nach einigen Jahren als Leiter des Tanzorchesters des Norddeutschen Rundfunks ausschied, war er als Lektor in Hamburger Musikverlagen tätig.

### DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

„Eine Reise zwischen Himmel und Erde“ unternahm der Arzt und Schriftsteller Alfred Döblin in den Jahren 1940 bis 1943, als er vor den Nationalsozialisten zuerst nach Frankreich und Spanien, schließlich nach Amerika fliehen mußte, wo er sich, wie viele Kollegen, in Hollywood erfolglos als Drehbuchautor versuchte. Besonders beeindruckend sind die letzten Kapitel der Autobiographie, in denen Döblin sein Wiedersehen mit Berlin nach dem Kriege beschreibt: sachlich, nüchtern, scheinbar emotionslos - und doch zutiefst emotional. „Ich habe nichts vergessen. Ich will nichts vergessen. Darum schreibe ich dieses Buch.“

no Alfred Döblin: „Schicksalserbe. Flucht und Exil 1940-1943“. Piper, 326 S., 16,80 Mark.

## KULTURNOTIZEN

Bergische Volkskunst zeigt bis 7. September das Bergische Museum in Schloß Burg an der Wupper.

An den Maler Heinrich von Zügel erinnert die neue Galerie im Alten Rathaus von Würth am Rhein.

Das erste albanische Lexikon ist in Tirana erschienen. Das von der Albanischen Akademie der Wissenschaften herausgegebene einbändige Werk umfaßt 3000 Stichwörter.

Das 24. Jazzfestival von Montreux hat in diesem Jahr mit über 60 000 Besuchern und einem Reingewinn

von 300 000 Schweizer Franken seine eigenen Rekorde gebrochen.

In Münster findet vom 24. August bis zum 5. September die „Internationale Tanztheater-Werkstatt“ statt.

Das Moskauer Bolschoi-Ballett kommt vom 27. September bis 27. Oktober nach sechsjähriger Pause nach Paris.

Die polnische Sopranistin Jolanta Wroznia hat den mit 50 000 Schilling dotierten 1. Preis des Internationalen Belvedere-Wettbewerbs in der Wiener Kammeroper gewonnen.



## Dem LKA in Stuttgart gelang ein großer Coup

Internationaler Rauschgiftzirkel zerschlagen / 36 Festnahmen

**HARALD GÜNTHER, Stuttgart**  
Ein bisher wohl einmaliger Schlag gegen das organisierte Verbrechen ist dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg gelungen: Im Verlauf ihrer gut einjährigen Ermittlungen konnte eine in Stuttgart eingesetzte Sonderkommission fünf internationale Rauschgiftkriminalbanden ausheben. 36 mutmaßliche Bandenmitglieder, darunter 13 Griechen und zwölf Türken, wurden im In- und Ausland verhaftet. 4,5 Kilogramm Heroin und 35 Kilogramm Haschisch sowie Hehlware im Gesamtwert von über zwei Millionen Mark wurden sichergestellt. Weitere „Zugriffe“ sind nicht ausgeschlossen.

Ausgangspunkt der Ermittlungsarbeit, die Beamte des Landeskriminalamtes (LKA) auch in die USA und den Vorderen Orient führte, war Stuttgart. Seit Mitte 1985 hatten sich Hinweise darauf verdichtet, daß internationale Rauschgiftkriminalbanden versuchten, hier neue Absatzmärkte für Heroin und Haschisch zu erschließen. Auffallend dabei war die offenbar führende Rolle griechischer Händler in einer bislang hauptsächlich von Italienern und Türken beherrschten Szene. Außerdem kam es erstmals zu „deliktübergreifenden“ Aktivitäten: Zusätzlich zum Transport und Vertrieb von Rauschgift unterhielten diese Banden auch florierende Hehlwaregeschäfte. Neben Schmuck und Uhren gehörten, wie sich bei späteren Festnahmen herausstellte, vor allem Nobelmünzen zu ihrer bevorzugten Handelsware.

Das Landeskriminalamt hatte daher eine „Sonderkommission Hellas“ eingesetzt, die von Fall zu Fall durch mehrere Mobile Einsatzkommandos (MEK) und das Spezialkommando (SEK) Baden-Württemberg sowie verschiedene Zoll- und Grenzpolizeinheiten unterstützt wurde. Besonders bewährt, so LKA-Chef Kuno Bux, haben sich im Verlauf der Fährten nach den Hintermännern der Einsatz verdeckter Ermittler und die enge Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden.

Die erste Teilorganisation, eine vorwiegend türkische Rauschgiftbande, wurde im Sommer 1985 in der Nähe von Stuttgart, flog bereits Ende 1985 auf. Damals konnten insgesamt 14 Ban-

denmitglieder festgenommen und 2,3 Kilogramm hochprozentiges Heroin aus einem Labor in Anatolien, das über Griechenland und Budapest in die Bundesrepublik gekommen war, sichergestellt werden. Weitere Spuren führten von diesem Händler zu anderen Teilen des organisierten Verbrechens. Wieder wurde die Sonderkommission fündig: Mitte Februar konnten in einem Stuttgarter Prominenten-Hotel zwei aus New York und Thessaloniki angereiste „Profis“ verhaftet werden. Die Drogenhändler, beide Griechen, wollten sich mit drei in Köln lebenden Landeuten treffen, um über die Ankerbelegung des Heroinabsatzes in Süddeutschland zu reden. Statt des Trios aus der Domstadt wartete jedoch die Polizei.

Später, Ende April, gelang es der Sonderkommission, kriminelle Verbindungen nach Zypern und Syrien aufzudecken. Drei Araber gingen ihr, wieder in einem Stuttgarter Hotel, ins Netz. Im Reisegepäck: 520 Gramm Heroin zum Einfuhrpreis von 92 000 Mark. Auch sie sollten in Baden-Württemberg neue Märkte erschließen. Nach Erkenntnissen des Landeskriminalamtes gibt es Verbindungen zwischen dieser Gruppe, die von Zypern aus operierte, und einem Ende Februar im Golf von Mexiko aufgetauchten Schiff, auf dem 5,5 Tonnen Haschisch, mehrere Kilogramm Heroin und ein kleines Waffenarsenal sichergestellt wurden.

Die letzte der fünf Banden, die alle untereinander subtile „Geschäftsverbindungen“ unterhielten, ging am vergangenen Wochenende im Raum Karlsruhe/Bruchsal hoch. Sechs Händler und Kuriere, darunter vier Griechen, kamen hinter Schloß und Riegel, 21 Kilogramm Haschisch ins Polizeilabor. Das Rauschgift war in den Reservieren zweier Personenwagen versteckt.

Kennzeichnend für alle Fälle war laut LKA-Chef Bux die professionelle Arbeitsweise der Banden. „Mit ihrer Zerschlagung konnten eingespielte Zufuhrwege unterbrochen und der weitere Ausbau von Rauschgiftabsatzmärkten verhindert werden“, sagte Kuno Bux gestern vor Journalisten in Stuttgart.

Beim Predigtschreiben sollen Pfarrer künftig zum Computer statt zur Bibel greifen. Der Nürnberger Pfarrer Detlef Rose (Foto) ist zur Zeit dabei, die 4,5 Millionen Buchstaben der Heiligen Schrift auf 20 bis 25 Disketten zu überspielen. Bis Ende dieses Jahres soll die Arbeit abgeschlossen sein.

## Die Bibel kommt auf die Datenbank

Gottes Wort soll es künftig nicht nur auf Pergament oder wenigstens weißem Papier, sondern auch auf dem Bildschirm geben. Bei einem Probeauftrag mit dem Matthäus-Evangelium wird jetzt erstmals in der Bundesrepublik geprüft, ob die Bibel auch in „Computerfassung“ gelesen wird. Wie der Leiter des interkonfessionellen Pilotprojektes „Pfarrer und PC (Personalcomputer)“, der Nürnberger Geistliche Detlef Rose, erläuterte, kann das elektronische Hilfsmittel, sinnvoll eingesetzt, den Pfarrer bei seiner zeitaufwendigen seelsorgerischen Arbeit entlasten.

Das Buch der Bücher auf Diskette erspart das Abschreiben oder Kopieren von Bibelstellen für die Predigt, ebenso, wie die Suche von Zitaten erheblich verkürzt werden kann. Um beispielsweise das erste Evangelium, das über 150 000 Zeichen lang ist, einmal nach einem Stichwort „durchzulesen“, braucht die Datenverarbeitungsanlage nur dreieinhalb Minuten. Es sei deshalb bedauerlich, daß die bayerische Landeskirche das



FOTO: KEMMER/DPA

Projekt bislang nicht fördere, so Rose, da offensichtlich bei manchen Theologen immer noch eine innere Sperre gegenüber der neuen Technik bestehe.

Bei der Deutschen Bibelgesellschaft in Stuttgart sind für die computerisierten Setmaschinen längst das Alte und Neue Testament einschließlich Urtext und Konkordanz auf Datenspeicher vorhanden. Für die Anwendung am Heimcomputer müssen die etwa 4,5 Millionen Buchstaben der Bibel auf 20 bis 25 Disketten überspielt werden. Probleme bereiten der Arbeitsgemeinschaft

der Pfarrer, die gemeinsam mit der Bibelgesellschaft und dem Presseverband der Evangelischen Landeskirche in Bayern die „Computerbibel“ vorbereitet, lediglich die Versangaben und Querverweise auf andere Textstellen.

Um die Theologen mit den Anwendungsmöglichkeiten der neuen Technik, die von der Verwaltung der Pfarrgemeinde bis zum Ablesen von Predigten reichen, vertraut zu machen, erhalten alle der „Christlichen Interessengemeinschaft für

Computeranwendung“ (chric) angehörenden Pfarrer regelmäßig einen eigenen „chric-Brief“. Bis Ende dieses Jahres soll die gesamte Bibel für die Arbeit an modernen Bürogeräten zur Verfügung stehen, da bundesweit, so Rose, bereits rund 150 Pfarrer mit einem Computer arbeiten. In den Vereinigten Staaten und in Belgien ist die Heilige Schrift in englischen und französischen Übersetzungen, sowie die griechische und hebräische Fassung, schon seit Jahren auf Datenbanken vorhanden. **DUNJA ULBRICHT (dpa)**

## Einem neuen Superklebstoff auf der Spur

**dpa, New York**  
US-Forscher sind einem organischen Haftmittel von ungewöhnlicher Kraft und Beständigkeit auf der Spur, das bislang nur die blaue Miesmuschel produziert, um sich an Felsen zu verankern. Nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Newsweek“ ist es dem Meeresbiologen J. Herbert Waite von der Universität des Staates Connecticut gelungen, die chemische Formel des Klebers zu entschlüsseln.

Da der Kleber auch auf feuchter Unterlage in nur drei Minuten aushärtet und von der salzhaltigen Flüssigkeit menschlicher Zellen nicht angegriffen werde, könne dieser Kleber von großem Nutzen in Medizin und Technik sein. So könnten Zahnärzte künftig zerbrochene Zähne leichter kleben, Chirurgen bei komplizierten Knochenbrüchen auf Nägel und Schrauben verzichten und Augenärzte abgelöste Netzhäute fixieren. Auch im Schiffbau wäre das Mittel als Grundlage für Anti-Rost-Anstriche unter Wasser verwendbar.

## Familie bei Unfall getötet

**AP, Graz**  
Bei einem schweren Verkehrsunfall auf der österreichischen Südautostrasse bei Gleisdorf in der Steiermark sind am Montag sieben Menschen getötet und fünf verletzt worden. Bei dem Todesopfer handelt es sich um Angehörige einer brasilianischen Großfamilie, die in einem Kombi-Wagen unterwegs waren. Nur die 17-jährige Tochter überlebte den Unfall schwerverletzt.

## Neues Beben in Kalifornien

**AP, Bishop**  
In Mittelkalifornien hat sich am Montag erneut innerhalb von zwei Tagen ein Erdbeben ereignet. Das Epizentrum der Erschütterung mit einer Stärke von 6,2 auf der Richterskala lag in der Nähe der Stadt Bishop. Im Bebengebiet taten sich Erdschichten auf. Es entstand schwerer Sachschaden. Verletzte gab es nicht. Vor gut zwei Wochen hatte in Südkalifornien innerhalb von fünf Tagen zweimal die Erde gebebt (WELT vom 16. 7.).

## Franzosen am beliebtesten

**AP, München**  
Frankreich und Dänemark sind für die meisten Bundesbürger die beliebtesten europäischen Nationen. Nach einer Umfrage im Auftrag der Illustrierten „Quick“ sind diese beiden Länder für 84 und 83 Prozent der 1530 Befragten am sympathischsten, unmittelbar gefolgt von Spanien, Italien, Österreich und Schweden. Weniger gut schnitten Jugoslawien mit 55, Irland mit 62 und die Niederlande mit 65 Prozent ab.

## Ungewöhnliche Lichtquelle

**AP, Bern**  
Der 110 Meter lange Summeregattentunnel am Schweizer Grimselpaß wird als erster Tunnel der Welt mit Sonnenenergie beleuchtet. Der Betrieb der Sonnenenergie-Anlage sei im Vergleich zur konventionellen Stromversorgung bedeutend billiger, teilte das Amt für Information des Kantons Bern gestern mit.

## Riesenhecht gefangen

**AFP, Rostock**  
Ein 127 Zentimeter langer und 15 Kilogramm schwerer Hecht ist dieser Tage von einem Greifswalder Sportangler im Greifswalder Bodden in der „DDB“ gefangen worden. In dem Brackwasser, das als besonders fischreich gilt, kommen neben Hechten, Barschen und anderen Süßwasserfischen auch verschiedene Meeresfischearten vor.

## Todesstrafe noch in Kraft

**rt, Tel Aviv**  
Eine 500 Jahre alte spanische Ausweisverfügung für Juden, auf deren Nichtbeachtung die Todesstrafe steht, ist nach wie vor in Kraft. In einem gestern in der israelischen Zeitung „Maariv“ veröffentlichten Brief des spanischen Kulturministeriums an einen jüdischen Historiker wurde bestätigt, daß die am 31. März 1492 erlassene Verfügung nie annulliert wurde. Spanien hat im Januar Beziehungen zu Israel aufgenommen. Seitdem haben Tausende israelischer Juden das Land besucht, in dem es nur eine kleine jüdische Gemeinde gibt.

## Das beste ist: eine gute Versicherung.

**SIGNAL VERSICHERUNGEN**

## ZU GUTER LETZT

Ein ungewöhnlicher Weltrekord wurde jetzt auf Java eingestellt: Der 20-jährige Student Suardi stand 15 Stunden und 25 Minuten still auf einem Fleck. Damit übertraf er den Guinness-Bekord des Engländer Willi Nugent um zwei Stunden.

## Die heikle Frage endlich in der Familie ansprechen

In den USA gibt es einen Drogen-Test für den Hausgebrauch

**P. TAILLANDIER, Washington**  
Zum Preis von 24,95 Dollar können besorgte Eltern in den USA die Probe auf Exempel machen, ob ihre Sprößlinge zu den Drogenkonsumenten gehören, deren Zahl unter den amerikanischen Schülern weiterhin wächst. „Wir geben den Eltern die Gelegenheit, nicht emotional sondern wissenschaftlich“ auf das Drogenproblem zu reagieren, erläutert Howard Klubeck (28) das Verfahren des Drogen-Tests für den Hausgebrauch.

Das von dem Texaner angebotene Produkt „Aware“ (Bewußt) besteht aus einem Fläschchen für eine Urinprobe und einer kleinen Röhre zum kostenlosen Versand an ein Labor in Chicago, das seine Analyse binnen zehn Tagen zurückschickt. Ist das Ergebnis positiv, so rät eine beigelegte Notiz den Eltern, bei einem Spezialisten genauere Untersuchungen vornehmen zu lassen.

Den Statistiken zufolge haben mehr als die Hälfte aller amerikanischen Oberschüler während ihrer Schulzeit mindestens einmal Marihu-

ana oder Haschisch genommen. Bald schon wird jeder fünfte Kokain probiert haben – vor allem als „crack“, ein Kokain-Ableger, der schnell wirkt und genauso schnell Abhängigkeit schafft.

„Aware“ wird bereits in großem Maßstab bei der Personalausstellung in Unternehmern, in Sportklubs und bei den amerikanischen Streitkräften angewendet. Kritiker des Verfahrens geben zu bedenken, daß es für einen jungen Süchtigen ein Leichtes sei, durch Beimischung anderer Stoffes das Ergebnis zu verfälschen oder ganz einfach eine Urinprobe eines Freundes einzusenden.

Demgegenüber ist Don Shattuck, der die „Aware“-Methode im „American Institute for Drug Detection“ in Chicago anwendet, davon überzeugt, daß „unsere Tests, die die meisten Giftstoffe aufspüren, zu 95 bis 98 Prozent zuverlässig sind“. Eltern jedenfalls begrüßen die Möglichkeit des Drogen-Tests als ein Mittel, die heikle Frage im Familienkreis endlich einmal zur Sprache zu bringen. (AFP)

## LEUTE HEUTE



## Die Schönsten der Welt

Der südamerikanische Charme hat sich in den Wahlen zur Miss Universum durchgesetzt. Die Venezolanerin Barbara Palacios (rechts im Bild) aus Caracas wurde in der Nacht zum Dienstag in Panama-Stadt zur schönsten Frau der Welt für die nächsten zwölf Monate gewählt. Auch Platz drei eroberte eine Lateinamerikanerin, die 18-jährige Maria Monica Urbina aus Kolumbien. Miss USA, Christy Fichtner, erreichte zwischen den beiden Südamerikanerinnen Platz zwei. Den vierten Platz belegte die Polin Brigida Szankiewicz, fünfte wurde die Finnin Tuula Innelli.

Die Vorgängerin der neuen 22-jährigen Miss Universum, Deborah Cartwright (links im Bild), setzte Barbara

Palacios die Krone auf. Als die begeisterten Familienangehörigen die Bühne stürmten, stolperte die Schönste der Welt – die Krone fiel und kullerte über den Boden.

Als immer mehr animierte Landsleute der neuen Miss Universum auf die Bühne sprangen, mußte die Polizei schließlich die Gemüter beruhigen. Der Präsident von Panama, Erick del Valle, gratulierte der Siegerin, die ihre amnütigen 173 Zentimeter und 54 Kilogramm in einem engen, langen, blauen Kleid präsentierte. Die Siegerin erhält Preise im Wert von mehr als 200 000 Dollar.

Für das Semifinale am Montag hatten sich zehn der 77 Kandidatinnen qualifiziert. Neben den fünf Erstplatzierten waren dies Evelyn Glazman (Schweiz), Elizabeth Robinson (Puerto Rico), Denise Nunes (Brasilien), Likeda Dohala (Zaire) und Mariana Billasante (Chile).

## Nur ein Scherz

Einen gehörigen Schrecken jagte der Bruder des Bräutigams den Zuschauern der letzten Probe für die Hochzeit des Jahres ein. Prinz Edward, der jüngere Bruder von Prinz Andrew, trug einen Arm in einer Schlinge. Als er nach der einstündigen Probe in der Westminster Abbey wieder herauskam, trug er die Schlinge immer noch. Schließlich bemerkte jemand, daß jetzt der andere Arm darin steckte: ein Streich, der den Sprecher des Buckingham-Palastes, Michael Shae, später zu der Erklärung nötigte: „Es war nur ein Jux.“

## Verkehrsunfälle im Mai auf dem Höchststand

**AP, Wiesbaden**  
Die Verkehrsteilnehmer in der Bundesrepublik fahren offenbar immer unvorsichtiger, und auch die hohe Gurtschnallensicherheit schützt sie nicht vor fatalen Folgen. Nach den gestern in Wiesbaden veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamtes wurden im Mai dieses Jahres 106 823 Verkehrsunfälle registriert, die höchste Mai-Zahl seit Bestehen der Statistik. Zwar starben mit 823 Menschen 41 (4,7 Prozent) weniger als im Mai des vergangenen Jahres, aber die Zahlen für die ersten fünf Monate dieses Jahres wiesen in allen Bereichen steigende Tendenz auf.

Das Mai-Ergebnis der von der Polizei aufgenommenen Verkehrsunfälle liegt den Angaben zufolge um fast 13 000 oder 8,3 Prozent über dem Vorjahreswert. Den größten Anteil hatten mit 111 256 Unfällen (plus 9,7 Prozent) Bagatellunfälle mit weniger als 3000 Mark Sachschaden (bei den 6,5 Prozent) Bagatellunfällen mit weniger als 3000 Mark Sachschaden (plus 5,2 Prozent) wurden Personen verletzt oder getötet.

45 202 Personen erlitten Verletzungen, das sind 2900 oder 6,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Um 7,6 Prozent auf 31 689 ist in den ersten fünf Monaten 1986 die Zahl der bei Verkehrsunfällen Getöteten gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen.

## WETTER: Kühl

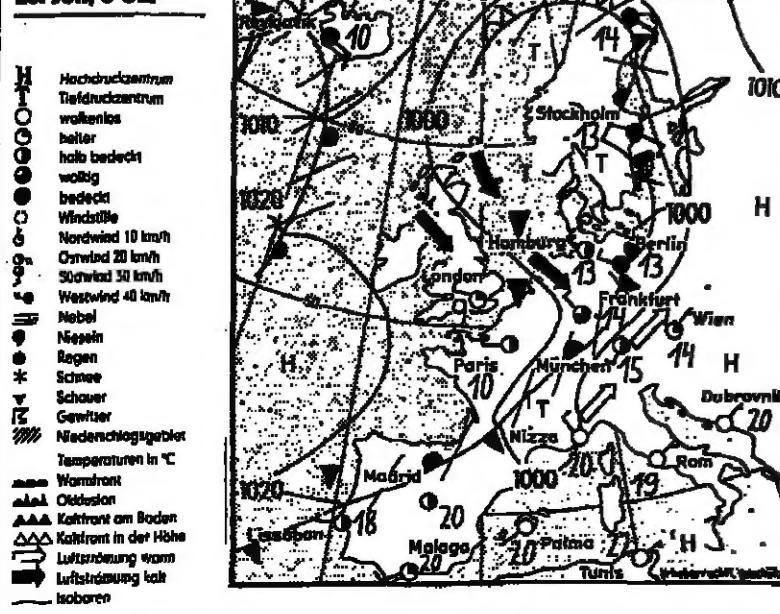
**Lager:** Hinter einer nach Südosten abziehenden Kaltfront fließt hochreichende kalte Meeresluft ein.

**Vorhersage für Mittwoch:** Im Alpenvorland sowie in Ost- und Südbayern meist bedeckt und zum Teil länger andauernder Regen. Im übrigen Deutschland wechselnd bewölkt mit einzelnen Schauern, örtlich auch mit kurzen Gewittern. Höchsttemperaturen 15 bis 20 Grad. In der Nacht zum Donnerstag Abkühlung auf 11

bis 7 Grad. Schwächer bis mäßiger, in Schauernähe auch böig aufsteigender Wind aus West bis Nordwest.

**Weitere Aussichten:** Am Donnerstag wechselnd bewölkt und nachlassende Schauerneigung, kühl. **Sonnenanfang am Donnerstag:** 5:34 Uhr, **Untergang:** 21:22 Uhr, **Mondaufgang:** 23:11 Uhr, **Untergang:** 9:05 Uhr (\* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

**Vorhersagekarte für den 23. Juli, 8 Uhr**



## Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 14. Juli (MESZ):

Deutschland:		Paris	24
Berlin	25	Paris	24
München	21	Genf	23
Düsseldorf	21	Helsinki	23
Frankfurt	21	Hongkong	23
Köln	21	London	23
Leipzig	21	Lissabon	23
München	21	Madrid	23
Nürnberg	21	Osaka	23
Regensburg	21	Rio de Janeiro	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur	23
Stuttgart	21	Singapur	23
Wien	21	Singapur	23
Zürich	21	Singapur	23
Brüssel	21	Singapur	23
Frankfurt	21	Singapur	23
Köln	21	Singapur	23
Leipzig	21	Singapur	23
München	21	Singapur	23
Nürnberg	21	Singapur	23
Regensburg	21	Singapur</	